

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Ungarn

Árpád von Klimó

KLEINE GESCHICHTE
DES MODERNEN UNGARN

Ralf Thomas Göllner

DER VOLKSAUFSTAND
VON 1956

James Mark

ERINNERUNGSPOLITIK
SEIT 1989

Daniel Hegedüs

UNGARNS UNBESTÄNDIGE
AUßENPOLITISCHE TRADITION

Ellen Bos

ORBÁNS LEGACIES

Cathrin Kahlweit

EXPLOSION DER FREIHEIT.
DIE UNGARISCHE
GESELLSCHAFT NACH ORBÁN

Dorothee Bohle

ABHÄNGIGER KAPITALISMUS
MIT NATIONALER FASSADE.
UNGARNS WIRTSCHAFTS-
MODELL SEIT 1989

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DAS PARLAMENT

Ungarn

APuZ 42/2026

ÁRPÁD VON KLIMÓ

KLEINE GESCHICHTE DES MODERNEN
UNGARN

Die Geschichte des modernen Ungarn ist geprägt von nationaler Zerrissenheit, demokratischen Versuchen und autokratischen Rückschritten. Mit dem Wahlsieg Péter Magyars 2026 besteht die Hoffnung auf einen demokratischen, von breiten Schichten getragenen Neuanfang.

Seite 04–09

RALF THOMAS GÖLLNER

DER VOLKSAUFSTAND VON 1956

Das Scheitern der Revolution von 1956 hat nicht nur die Entwicklung Ungarns beeinflusst, sondern auch einen Erinnerungsort geschaffen, der die ungarische Identität bis heute prägt – auch wenn die damit verbundenen Vorstellungen und Erinnerungen unterschiedliche sein mögen.

Seite 10–15

JAMES MARK

ERINNERUNGSPOLITIK SEIT 1989

Erinnerungspolitik ist immer auch ein Kampf um Deutung und Legitimation. Das war unter kommunistischen Vorzeichen nicht anders als nach der Demokratisierung 1989. Die illiberale Renationalisierung der Erinnerungspolitik unter Fidesz war gleichwohl von eigener Qualität.

Seite 16–22

DANIEL HEGEDÜS

UNGARNS UNBESTÄNDIGE
AUßENPOLITISCHE TRADITION

Ungarns Außenpolitik ist historisch von erheblichen Richtungswechseln und geringer strategischer Kontinuität geprägt. Historische Brüche und vor allem das Interesse an Regimestabilität können den wiederholten Wechsel zwischen außenpolitischen Leitprinzipien erklären.

Seite 23–28

ELLEN BOS

ORBÁNS LEGACIES

Ungarn war 1989 Musterbeispiel des demokratischen Systemwandels und wurde nach 2010 zum Modellfall demokratischer Erosion. Nun könnte das Land zum Vorreiter der Wiederherstellung von Demokratie werden, doch das Erbe der Regierung Orbán wiegt schwer.

Seite 29–34

CATHRIN KAHLWEIT

EXPLOSION DER FREIHEIT.

DIE UNGARISCHE GESELLSCHAFT
NACH ORBÁN

Die überraschende Wahlniederlage des Fidesz und der Sieg Péter Magyars bei der jüngsten Parlamentswahl haben über Nacht Freiheitsräume eröffnet, wie sie sich zuletzt nach der Revolution von 1989 auftaten. Wie nachhaltig dies sein wird, ist aber noch nicht vollends abzusehen.

Seite 35–40

DOROTHEE BOHLE

ABHÄNGIGER KAPITALISMUS MIT
NATIONALER FASSADE. UNGARNS
WIRTSCHAFTSMODELL SEIT 1989

Ungarns Wirtschaftssystem beruht seit 1989 auf neoliberalen Reformen und ausländischen Direktinvestitionen. Unter Orbán wurde der Neoliberalismus autoritär, Ressourcen wurden zugunsten politisch-loyaler Unternehmen umverteilt. Heute stößt das Modell an Grenzen.

Seite 41–46

EDITORIAL

„In den frühen Morgenstunden haben sowjetische Truppen einen Angriff auf unsere Hauptstadt gestartet, mit der offensichtlichen Absicht, die rechtmäßige, demokratische ungarische Regierung zu stürzen. Unsere Truppen kämpfen. Die Regierung ist weiterhin im Amt. Ich teile dies dem Volk unseres Landes und der Weltöffentlichkeit mit.“ Mit diesen dramatischen Worten beschrieb der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy am 4. November 1956 in einer Radioansprache die Lage in Budapest. Seit dem Spätsommer hatten die reformorientierten Teile der Kommunistischen Partei, unterstützt von weiten Teilen der Gesellschaft und ermutigt durch widersprüchliche Signale aus Moskau, die Herrschaft der alten stalinistischen Kader durch demokratische Reformen zu beenden versucht. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen und der Absetzung der Regierung wurden die gerade erkämpften Freiheiten jäh und brutal wieder entzogen. Fast 3000 Menschen starben bei den landesweiten Kämpfen.

Die Erinnerung an „1956“ hat sich tief ins kollektive Gedächtnis Ungarns eingebrannt. Deshalb ist es wohl auch kein Zufall, dass der Ruf nach Freiheit, Reformen und Demokratie 1988/89 in Mittelosteuropa nach Polen als erstes in Ungarn erklang und rasch konkrete Demokratisierungsschritte nach sich zog. Dass ausgerechnet dort nach 2010 unter der Fidesz-Regierung Schritt für Schritt eine illiberale Demokratie geschaffen wurde, nachdem das Land Anfang der 1990er Jahre noch als Musterbeispiel für eine erfolgreiche liberaldemokratische Transformation gegolten hatte, wirkt rückblickend wie eine bittere Ironie der Geschichte.

Doch anders als Karl Marx meinte, wiederholt sich Geschichte keineswegs nur als Tragödie oder Farce. 70 Jahre nach dem Aufstand von 1956 haben die Ungarinnen und Ungarn nicht mit Gewalt, sondern durch einen von Vielen mittlerweile für unmöglich gehaltenen Wahlakt die Herrschaft Viktor Orbáns beendet. Sie haben das Abdriften des Landes ins Autoritäre vorerst gestoppt und so ihrem offenkundig ungebrochenen Freiheitswillen Ausdruck verliehen. Aufgabe der neuen, mit Zweidrittelmehrheit im Parlament ausgestatteten Regierung unter Péter Magyar wird es sein, diesen Willen – trotz oder gerade wegen der eigenen Machtfülle – zu bewahren und weiterzutragen.

Sascha Kneip

DIE UNERWARTET ERKÄMPFTE FREIHEIT

Kleine Geschichte des modernen Ungarn seit 1918

Árpád von Klimó

In der Nacht des 12. April 2026 feierten und tanzten Hunderttausende Ungarinnen und Ungarn in Budapest und vielen anderen Orten des Landes. Der erdrutschartige Wahlsieg von Péter Magyar der Tisza-Partei⁰¹ schuf eine lange nicht gekannte Euphorie, die sogar den Jubel über den deutlichen Wahlsieg von Viktor Orbán im Jahr 2010 übertraf. Auch dieser hatte seinerzeit zwei Drittel der Parlamentsmandate und damit eine verfassungsgebende Mehrheit erreicht. Doch 16 Jahre später ist die Stimmung im Land eine ganz andere. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, besonders aber für die Jüngeren, fühlt sich das Wahlergebnis wie eine Befreiung an – die Befreiung des Landes von einem autoritären System, das alles im Griff zu haben schien: das Parlament, die Regierung, die Verfassung, die obersten Gerichte, die Medien, die Wirtschaft (zumindest die in ungarischer Hand befindlichen Unternehmen), die Kultur, das öffentliche Leben – alles schien unter der Kontrolle von Fidesz zu stehen. Daher gleicht der Wahlsieg der Opposition einem Wunder. Er ermöglicht die Überwindung dieses auf einer neuen Verfassung, dem Grundgesetz von 2011, basierenden Systems, das Orbán und seine Fidesz-Partei Schritt für Schritt aufgebaut hatten.⁰²

Magyar und seine von Tausenden Freiwilligen getragene Bewegung haben es geschafft, auch sehr viele von jenen von sich zu überzeugen, die zuvor ihr Kreuz bei Fidesz gemacht hatten, besonders auf dem Land und in den Kleinstädten. Mit ihrer unermüdlichen, von vielen Einzelgesprächen und Kurzauftritten an etwa siebenhundert Orten geprägten Wahlkampagne haben sie Orbáns Propagandamaschine unterlaufen. Die Verteufelung des Gegenkandidaten und die angebliche Verschwörung „Brüssels“ gegen das „ungarische Volk“, die das Land in einen Krieg gegen Russland treibe, verfliegen nicht mehr. Die Polarisierung, mit der Orbán seit 2006 die ungarische Gesellschaft gespalten hatte, ist, zumindest für den Moment, überwunden.

Dieses vollkommen unvorhersehbare Ereignis wirft ein neues Licht auf die jüngere Geschichte Ungarns seit 1918, als das Land nach dem Untergang der Habsburgermonarchie wieder eigenständig wurde. Wohl niemals zuvor hat die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft ihren Willen so einig und friedlich zum Ausdruck gebracht wie am 12. April 2026. Besonders deutlich wird dies, wenn man die jüngste Parlamentswahl mit den anderen Wendepunkten der modernen ungarischen Geschichte seit der Unabhängigkeit des Landes am Ende des Ersten Weltkriegs vergleicht.

Die (unfreiwillige) Unterzeichnung des Vertrags von Trianon 1920 hatte das Chaos beendet, das nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches herrschte. Zugleich aber bedeutete Trianon für Ungarn den Beginn unruhiger Zeiten, da das Land rund zwei Drittel seines Territoriums verlor und ein Drittel der ungarischsprachigen Bevölkerung fortan jenseits der neuen Grenzen lebte. Die Versuche, den Vertrag zu revidieren, und das Erstarken des Rechtsextremismus in Ungarn im Schatten des nationalsozialistischen Deutschlands prägten das Land und endeten erst in der katastrophalen Sackgasse des Zweiten Weltkriegs und der Ermordung von Hunderttausenden Juden im „Holocaust nach dem Holocaust“ von 1944/45.⁰³ Demokratische Elemente gab es nach Ende des Krieges nur für eine kurze Übergangsphase. Bis 1948/49 errichtete die Kommunistische Partei (KP), maßgeblich unterstützt von der sowjetischen Besatzungsarmee mit ihrer massiven Truppenpräsenz, eine stalinistische Diktatur, die auf radikalen sozialen Umwälzungen, Massenterror und allgegenwärtiger Propaganda beruhte. Im Oktober 1956 entluden sich die angestauten Frustrationen in Massenprotesten, die kurzzeitig die Regierung zu Fall brachten, doch schon wenig später marschierten die sowjetischen Truppen erneut ein und halfen den regimetreuen Kommunisten dabei, die Diktatur

zu stabilisieren.⁰⁴ Erst dreißig Jahre später hatte das sozialistische System endgültig jegliche Legitimität und Zukunftsfähigkeit eingebüßt. 1988/89 wurde es abgewickelt, als die KP ihre politische Monopolstellung freiwillig aufgab und sich mit verschiedenen Oppositionsgruppen auf einen Übergang zu Demokratie, Kapitalismus und Rechtsstaatlichkeit verständigte.⁰⁵ Bis zu Viktor Orbáns erdrutschartigem zweiten Wahlsieg 2010, der ihm den radikalen Umbau Ungarns erlaubte, funktionierte die ungarische Demokratie gleichwohl mehr schlecht als recht,⁰⁶ auch wenn ihre Konsolidierung bis dahin als gelungen galt.⁰⁷

All diese Umwälzungen waren jeweils nur von Minderheiten getragen; große Teile der ungarischen Gesellschaft verhielten sich eher passiv oder verharrten in der Opposition. Häufig prägte eine starke, politisch massiv forcierte Polarisierung das Land – bis zur Wahlnacht im April 2026.

TRIANON UND DIE FOLGEN

Nun könnte man einwenden, dass der Vertrag von Trianon, der den Ersten Weltkrieg für Ungarn beendete, ebenfalls eine ungeahnte Einigkeit, nämlich in der Ablehnung dieses Vertragswerks und seiner Bestimmungen, hervorgerufen hatte. Aber diese war eine rein negative Reaktion, die nicht mit Hoffnung auf etwas Positives verbunden war. Ansonsten hätte die Front der Ab-

lehnung kaum so extreme politische Kräfte wie die Kommunisten und die Rechtsradikalen vereinen können, die sich ansonsten bis aufs Blut bekämpften. Trianon war sicher ein Schock für die ungarische Gesellschaft – oft wird sogar der Begriff des „Traumas“ herangezogen –, aber dieser Begriff täuscht ein wenig darüber hinweg, dass sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch nach 1989 die damit verbundenen negativen Gefühle erfolgreich politisch manipuliert wurden.

Die Empörung über das Vertragswerk von 1920 rührte erstens daher, dass die Alliierten es der ungarischen Regierung aufzwangen, die über keinerlei Mitspracherechte verfügte; dass es zweitens auf einer aus dieser Perspektive unbegründeten „Kriegsschuldthese“ beruhte, obwohl der ungarische Ministerpräsident István Tisza in der Julikrise 1914 in Wahrheit lange gezögert hatte, dem Krieg zuzustimmen; und drittens auf der heute fast unvorstellbaren Tatsache, dass das Königreich Ungarn zwei Drittel seines Staatsgebiets und drei Fünftel seiner Bevölkerung abtreten musste. Obwohl Trianon angeblich auf dem Prinzip der „Selbstbestimmung der Völker“ beruhte, wurden mehr als drei Millionen Ungarisch sprechende Menschen ungefragt zu Staatsbürgern der Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Rumänien, Österreich und Jugoslawien. Diese Neuziehung der Grenzen zwischen dem nunmehr unabhängigen Ungarn und den angrenzenden Staaten schuf keinen Frieden, sondern befeuerte die vehemente Revisionspolitik Ungarns in der Zwischenkriegszeit – und endete in dem katastrophalen Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland.⁰⁸

Auch wenn die meisten Ungarinnen und Ungarn Trianon weiterhin für Unrecht halten, ist der Begriff „Trauma“ gleichwohl irreführend. Das „Nem, nem, soha!“ („Nein, nein, niemals!“) und das „ungarische Gebet“ („Ich glaube an die Wiedergeburt Ungarns“), welche die Propaganda der Horthyzeit zwischen 1920 und 1941 prägten,⁰⁹

01 Tisza (Theiß) ist der zweitlängste Fluss des Landes, aber hier steht das Akronym für „Tisztelet és Szabadság Párt“, was so viel wie „Respekt- und Freiheitspartei“ bedeutet. Das Wort „tiszetelet“ bedeutet auch „Hochachtung“, etwa wenn man jemanden mit „Tiszteletem“ („Meine Hochachtung“) begrüßt.

02 Eine gute Einführung in dieses autoritäre System bietet Melani Barlai/Florian Hartleb/Dániel Mikecz, *Das politische System Ungarns*, Baden-Baden 2023.

03 Der Begriff geht zurück auf Christian Gerlach/Götz Aly, *Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden*, Stuttgart–München 2002.

04 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ralf Thomas Göllner in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

05 Vgl. Máté Szabó, *Kompromiss als Erbe des Kádárismus: Ungarn 1989–1990*, in: Jerzy Maćków (Hrsg.), *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa*, Wiesbaden 2009, S. 199–213.

06 Vgl. Ellen Bos, *Politisches System und Demokratieentwicklung in Ungarn: Funktionsdefizite und Instrumentalisierung demokratischer Verfahren durch die Regierungsparteien*, in: dies./Astrid Lorenz (Hrsg.), *Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU*, Wiesbaden 2021 S. 25–55.

07 Vgl. Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2010, S. 394–435.

08 Viktor Orbán und seine Regierung haben schon vor 2020, dem hundertsten Jahrestag des Trianon-Vertrages, versucht, die Erinnerung daran systematisch zur antiwestlichen Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern zu nutzen, etwa durch die Errichtung von Denkmälern und die ständige Erinnerung an das an der Nation begangene Unrecht, allerdings mit eher überschaubarem Erfolg.

09 Miklós Horthy war als Reichsverweser von 1920 bis 1944 faktisches Staatsoberhaupt des Königreichs Ungarn. Unter seiner autoritären Herrschaft näherte sich Ungarn dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland an.

waren zwar für eine große Mehrheit der ungarischen Bevölkerung anschlussfähig, aber eben nur in einem negativen Sinne. Zu welchem Ungarn man genau „zurückkehren“ wollte, war nicht so recht klar, dafür war die ungarische Gesellschaft zu sehr gespalten. Das sozial extrem ungleiche System der Zeit vor 1918 mit seinen wenigen Großgrundbesitzern und der nun viel zu großen und wirtschaftlich sehr dynamischen Metropole Budapest wurde beibehalten, obwohl dies kein Zukunftsmodell war und die Entwicklung des Landes mehr hemmte als erleichterte. Die regierende Staatspartei konnte das Land zwar zwischen 1920 und der Weltwirtschaftskrise 1929 einigermaßen stabilisieren, stand aber sowohl den außenpolitischen Herausforderungen – insbesondere dem Aufstieg des nationalsozialistischen Deutschland und seiner zunehmend aggressiven Politik – als auch den größer werdenden sozialen Spannungen im Innern machtlos gegenüber. Spätestens nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 und der Zerschlagung der Tschechoslowakei war das Land von Territorien umgeben, die entweder vom „Dritten Reich“ oder von der Sowjetunion kontrolliert wurden, mit Ausnahme Jugoslawiens im Süden und Rumäniens im Osten.

Der Eintritt Ungarns in den Zweiten Weltkrieg 1941 war der Preis, den das Land für die deutsche Hilfe bei der Rückkehr einiger durch Trianon verlorener Gebiete (vor allem das nördliche Siebenbürgen in Rumänien und Teile der Slowakei beziehungsweise Jugoslawiens) zu zahlen hatte. Dieser Preis war extrem hoch und wurde vor allem von den weit über 500 000 Jüdinnen und Juden und fast 30 000 Roma bezahlt, die in der letzten Phase des Holocaust ermordet wurden. Zudem starben 300 000 ungarische Soldaten und einige Tausend Zivilisten. Die Hauptstadt Budapest lag bei Kriegsende in Trümmern, nach einer monatelang andauernden Belagerung. Die Euphorie über die von Horthy inszenierte „Rückkehr“ ehemaliger Gebiete währte nur sehr kurz und stellte keine politische Einigkeit her. Das Bündnis mit Hitler spaltete die ungarische Gesellschaft, auch wenn es starke rechtsradikale Kräfte gab, wie etwa der Wahlsieg der faschistischen und antisemitischen „Pfeilkreuzler“ unter Ferenc Szálasi von 1938 bewies. Obwohl die nationalkonservative Regierung die Stimmabgabe erschwerte und hoffte, die Rechtsradikalen unter Kontrolle zu halten, erhielten diese über 30 Prozent der Stimmen. Im Gegensatz zu Deutsch-

land gab es aber auch eine zwar zahlenmäßig kleine, doch politisch breit gefächerte antideutsche Opposition, die von den Konservativen auf der Rechten bis zu den Kommunisten auf der Linken reichte. Bei Kriegsende 1945 war die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung erschöpft und ausgehungert, nur einige wenige Menschen schöpften Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang, der von weitreichenden sozialen Reformen begleitet sein sollte. Doch es kam anders.

VOM STALINISMUS ZUM GULASCHKOMMUNISMUS

1945 besetzte die sowjetische Armee Ungarn und verhalf den aus Moskau eingeflogenen Kommunisten nach einer kurzen Übergangsphase zur Übernahme der Macht. Nachdem die Opposition im Rahmen der sprichwörtlichen „Salamitaktik“¹⁰ schrittweise ausgeschaltet worden war, entwickelte sich Ungarn ab 1948/49 zu einer brutalen stalinistischen Diktatur, die nicht nur die Wirtschaft des Landes ruinierte, sondern jegliche Freiheitsbestrebungen unterdrückte. Nach den Massendemonstrationen vom 23. Oktober 1956 verloren die Kommunisten, deren Elite sich zwischenzeitlich in stalinistische Dogmatiker und Reformkommunisten gespalten hatte, vorübergehend die Macht, doch war dies nur ein kurzer Moment, in dem die Menschen Hoffnung auf mehr Freiheit schöpfen konnten. Der Reformkommunist Imre Nagy wurde Ministerpräsident und bildete eine Mehrparteienregierung, doch deren Ende war mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen besiegelt. Die meisten Ungarn verhielten sich, nur elf Jahre nach Kriegsende, eher abwartend. „1956“ markiert insofern zwar ein heroisches Aufbäumen, wurde von großen Teilen der ungarischen Gesellschaft aber vor allem ideell unterstützt und nur passiv begleitet. Die meisten Menschen warteten schlicht ab, was passieren würde.

Retrospektiv wurde der „Ungarnaufstand“ von 1956 zu einem Symbol des ungebrochenen ungarischen Freiheitswillens stilisiert. Diese Erin-

¹⁰ Der Begriff geht vermutlich auf Zoltán Pfeiffer, den Vorsitzenden der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte (FKGP), zurück, der damit 1947 die Taktik der KP beschrieb, politische Gegner sukzessive auszuschalten oder zu kooptieren. Vgl. Heino Nyyssönen, *Salami Reconstructed*. „Goulash Communism“ and Political Culture in Hungary, in: *Cahiers du monde russe* 1–2/2006, S. 153–172.

nerung einte nach 1989 vorübergehend alle postkommunistischen Kräfte unter Einschluss der zu Sozialisten gewandelten Reformkommunisten. Doch nach seiner postliberalen Wende benutzte Viktor Orbán die Erinnerung an den Aufstand zunehmend für sein antiwestliches, insbesondere gegen die EU gerichtetes Narrativ, indem er dem Westen „Verrat“ an Ungarn vorwarf. Balázs Orbán, einer der wichtigsten Ideologen unter Viktor Orbán (aber nicht verwandt mit ihm), verstieg sich 2024 sogar zu der Aussage, dass es die Lehre von 1956 sei, dass man sich gegen Russland nicht zur Wehr setzen könne, weil man vom Westen ohnehin im Stich gelassen werde, der im Zweifelsfall nur tatenlos zuschaue.¹¹

Tatsächlich sahen die USA angesichts der massiven sowjetischen Invasion 1956 keine Möglichkeit, zugunsten der revolutionären Regierung unter Nagy zu intervenieren, ohne einen Atomkrieg zu riskieren. Das brachte letztlich János Kádár an die Macht, der unter dem Horthy-Regime zwei Jahre im Gefängnis gesessen und dort den späteren stalinistischen Parteichef Mátyás Rákosi kennengelernt hatte. Kádár ging zunächst äußerst brutal gegen jegliche Opposition vor, bevor er ab den 1960er Jahren wirtschaftliche Reformen („Gulaschkommunismus“) einleiten ließ und eine gewisse kulturelle Öffnung erlaubte. Für Außenstehende wurde Ungarn zu einer „fröhlichen Baracke“. ¹² 1961, als die DDR eine Mauer in Berlin errichtete und jeglichen Fluchtversuch kriminalisierte, durften ungarische Bürgerinnen und Bürger, wenn auch mit starken Einschränkungen, erstmals ins westliche Ausland reisen. Der „Ostblock“ driftete allmählich auseinander, in Ungarn bekamen in der Kommunistischen Partei die Reformen die Oberhand. Im Mai 1988 setzten sie den greisen Kádár ab, der in einer wirren letzten Rede wie ein moderner Macbeth die von ihm Hingerichteten beschwor. Der mit der Opposition ausgehandelte „Systemwechsel“ (*rendszer váltás*) wurde schließlich 1989 Wirklichkeit.

Das Jahr der „Wende“, als die kommunistischen Diktaturen in Polen und Ungarn an Runden Tischen abgewickelt wurden und die Regime

in der DDR, der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien nach Massendemonstrationen in dramatischer Weise zusammenbrachen, war von großer Euphorie begleitet – sowohl in Ost- wie auch in Westeuropa. Der Fall des Eisernen Vorhangs gab auch der europäischen Einigung neuen Schub, der ab 2004 nicht nur in der Osterweiterung der Europäischen Union mündete, sondern scheinbar auch das demokratische und kapitalistische System endgültig in Europa verankerte. Mancher interpretierte dies als liberales „Ende der Geschichte“, wenngleich die Metapher mitunter etwas überinterpretiert wurde. Warum aber konnten Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei diese Entwicklung nach ihrem erdrutschartigen Wahlsieg von 2010 dann wieder rückgängig machen und durch ein ganz anderes Narrativ – „nationale Souveränität“ statt „europäische Einigung“ – ersetzen? Was war zwischen 1989 und 2010 schiefgelaufen?

DEMOKRATISIERUNGSHINDERNISSE

Ein grundsätzliches Problem des ungarischen Systemwechsels bestand in der relativ geringen Beteiligung der Bevölkerung, der Passivität der Gesellschaft beim Übergang von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie. Es war die Staatspartei selbst, die die Voraussetzung für die Demokratisierung geschaffen hatte, indem sie 1988 ihr politisches Monopol aufgab und Oppositionsparteien zuließ. Die kommunistischen Reformer wollten als demokratische Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) in freien Wahlen und ohne den Einsatz von Machtapparat oder Geheimpolizei Mehrheiten erringen, was ihnen 1994 unter Gyula Horn dann auch gelang. Zugleich entstanden drei größere Oppositionsgruppen, die entweder, wie die Nationalkonservativen (Magyar Demokrata Fórum, Kiszgazdapárt) oder die Liberalen (Szabad Demokrata Szövetség, SZDSZ), an frühere Traditionen anknüpften oder sich wie der Fidesz als ganz neue, junge Kraft verstanden (Fiatal Demokrata Szövetség – Bündnis der Jungen Demokraten). Es waren die Vertreter dieser eher kleinen Eliten mit oft akademischem Hintergrund, die von den Reformern der Staatspartei zum Runden Tisch eingeladen worden waren, um eine neue demokratische Verfassung auszuhandeln. Die breite Masse der Bevölkerung wurde nicht einbezogen.

¹¹ Vgl. Zolán Zubor, Learned Helplessness. Balázs Orbán, Ukraine and Hungarian Historical Memory, 1. 10. 2024, <https://english.atlatszo.hu/2024/10/01/learned-helplessness-balazs-orban-ukraine-and-hungarian-historical-memory>.

¹² Eine ausgezeichnete und unterhaltsame Beschreibung bietet György Dalos, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn, Bremen 1986.

Das wichtigste Ereignis, das den Übergang zum neuen System symbolisieren sollte, war im Sommer 1989 die Wiederbestattung der Märtyrer um Imre Nagy – jenes Ministerpräsidenten, der sich im Oktober 1956 an die Spitze der Revolution gestellt hatte und später auf Geheiß Kádárs hingerichtet worden war. Zu diesem Anlass hielt der junge Viktor Orbán erstmals eine öffentliche Rede, die Millionen Ungarinnen und Ungarn am Fernseher oder auf dem Budapester Heldenplatz, wo Hunderttausende versammelt waren, verfolgen konnten. Seine Worte gipfelten in der heute berühmten Aufforderung an „die Russen“, das Land nach 44 Jahren Okkupation zu verlassen. In der Wahlnacht von 2026 erinnerten ihn die feienden Massen daran, als sie „Russzik haza!“ riefen („Russen heim“) – eine Anspielung darauf, dass Orbán in seinen letzten Jahren als Regierungschef immer prorussischer (und antiukrainischer) geworden war und damit seine alten Ideale verraten hatte.

Als zweites großes Problem des ungarischen Transformationsprozesses sollte sich die Tatsache erweisen, dass die Opposition von Beginn an in mindestens zwei ideologische Lager gespalten war, die sich auf sehr unterschiedliche nationale Traditionen aus der Zwischenkriegszeit beriefen. Die eine Seite bezog sich auf die „volkstümlichen“ beziehungsweise „völkischen“ (*népi*) Traditionen – eine sehr heterogene Strömung, die im Zuge des Protests gegen die soziale Not der ländlichen Bevölkerung entstanden war. Die Landbevölkerung empfand sie als den „wahren Kern“ des „magyarischen Volkes“, während ihre Ideologie von sozialrevolutionären bis zu rechtsextremen und antisemitischen Ideen reichte. Auf der anderen Seite standen die eher urbanen, liberalen und kosmopolitischen Traditionen mit ihrem bedeutenden jüdischen Erbe. In vielerlei Hinsicht standen diese beiden Traditionen für sich gegenseitig ausschließende Vorstellungen vom ungarischen Gemeinwesen.

Die Sozialisten als ehemalige Staatspartei hatten Vertreter beider Richtungen in ihren Reihen, was sie in den 1990er Jahren zu einer starken, von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützten Partei machte. Allerdings konnten sie so auch bald für die Probleme des Übergangs verantwortlich gemacht werden: Oligarchentum auf der einen, Massenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite – und eine weit verbreitete Verunsicherung durch zunehmende, oft auch organisierte Kriminalität.

Ferenc Gyurcsány etwa, der bislang letzte sozialistische Ministerpräsident der MSZP, war in den 1990er Jahren auf dubiose Weise sehr reich geworden. Als Symbol einer korrupten postkommunistischen Elite war er ein leichtes Ziel für Orbáns spätere Agitation.

ORBÁNS AUFSTIEG ...

Während Orbán anfangs, vom US-amerikanischen Milliardär George Soros mit einem Stipendium unterstützt, eher den Liberalen zuneigte, wandte er sich ab 1994 der Rechten zu, nachdem sich die Liberalen, aus Furcht vor einem Wiedererstarken des Antisemitismus aufseiten der Nationalkonservativen, auf ein Regierungsbündnis mit den Sozialisten eingelassen hatten. Dies verhalf dem Fidesz, gemeinsam mit einigen konservativen Parteien, zu einem ersten Wahlsieg im Jahr 1998. In dieser ersten Regierungsperiode strebte Orbán die Einleitung einer nationalkonservativen, aber eher moderaten Wende an, die mit der knappen Wahlniederlage 2002 jedoch ein jähes Ende nahm. Während Orbáns Koalition nach Bestechungsskandalen und internen Streitigkeiten geschwächt in die Wahl gegangen war, trat die Opposition geeint und mit dem Versprechen sozialer Verbesserungen an.

Die unerwartet knappe Wahlniederlage von 2002 veränderte Viktor Orbáns Verständnis von Politik. Er empfand die Niederlage, die erst nach einer Stichwahl feststand, als persönliche Beleidigung und nationalen Verrat. Sozialisten und Liberale seien unwürdig, unfähig und nicht legitimiert, Ungarn zu führen; auch von Wahlfälschung war die Rede. Seine Gegner, so Orbán, stützten sich mehr auf ihre Netzwerke in den Medien, Justiz und Verwaltung als auf den Willen der Wähler. In der Folge organisierte Fidesz Massendemonstrationen gegen die gewählte Regierung und begann, sich mehr und mehr einer polarisierenden Sprache zu bedienen: Alle, die nicht Orbán und Fidesz unterstützten, seien „Verräter“ und keine „wahren Ungarn“. Die Partei radikalisierte sich zunehmend und begann, ein landesweites Netzwerk von „bürgerlichen Kreisen“ (*polgári körök*) aufzubauen, die die Ideologie der Partei verbreiten sollten. Teilweise mischten sich in die Rhetorik auch antisemitische Untertöne, einige Vertreter von Fidesz bedienten gezielt die Verschwörungstheorien um George Soros, die schon in den frühen 1990er Jahren von rechts-

extremen Kreisen in Ungarn in die Welt gesetzt worden waren.¹³ Später, als Orbáns Regierung zunehmend in Konflikte mit der EU geriet, wurde die Kampagne mit massiven öffentlichen Mitteln wieder aufgewärmt.

Trotz der massenhaften Mobilisierung gegen die sozialistisch-liberale Regierung verlor Fidesz auch die Wahlen im April 2006 gegen eine erstarkte Sozialistische Partei und ihren geschwächten liberalen Bündnispartner SZDSZ. Allerdings geriet Ministerpräsident Ferenc Gyurcsánys Kabinett kurz darauf in eine tiefe Krise. In einer Rede gegenüber Parteigenossen, die an die Öffentlichkeit gespielt worden war, hatte Gyurcsány davon gesprochen, dass man die Bevölkerung seit Jahren angelogen und die schlechte Lage im Land schön geredet habe. Dies nutzte Fidesz für eine erneute Massenmobilisierung. Anlässlich der Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der 1956er-Revolution im Oktober kam es zu Massendemonstrationen, auf denen auch rechtsextreme Gruppen auftraten.¹⁴ Mit hysterisch-nationalistischen Reden, in denen er erneut vom „nationalen Verrat“ sprach, heizte Orbán die Stimmung an. Die gesellschaftliche Polarisierung erreichte einen Höhepunkt, und die Regierung schien ratlos.

Nach dem schweren Einbruch der ungarischen Wirtschaft infolge der Weltfinanzkrise ab 2008 versuchte der Ökonom und Unternehmer Gordon Bajnai, der Gyurcsány 2009 im Amt des Ministerpräsidenten nachfolgte, das Ruder mit drastischen Reformen herumzureißen. Doch die Wahlen von 2010 endeten mit dem Erdrutschsieg für Fidesz und einer vernichtenden Niederlage für die Sozialisten und die Liberalen, die seither von der politischen Landschaft Ungarns verschwunden sind. Orbán errang mit fast 53 Prozent der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit der Sitze im Parlament, was es Fidesz ermöglichte, eine neue Verfassung ohne Zustimmung der Opposition zu verabschieden und das Land in den darauffolgenden 16 Jahren systematisch umzubauen. Ergebnis war ein politisches System, das Ungarn in ein auf Orbán und Fidesz zugeschnittenes illiberales und autoritäres Sys-

tem verwandelte. Zugleich nahm die Korruption, von der nicht nur Orbáns Familie und Freunde, sondern auch zahlreiche der Regierung nahestehende Gefolgsleute profitierten, in einem Umfang zu, wie es zuvor nicht für möglich gehalten worden war.

... UND ORBÁNS FALL

Péter Magyar, einst selbst Parteigänger und Profiteur des Systems, wandte sich 2024 von Orbán und der Partei ab, als er damit begann, die Skandale der Regierung anzuprangern. Im Sommer 2024 wurde er Vorsitzender der bis dahin völlig unbedeutenden Tisza-Partei, die er bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit rund 30 Prozent der Stimmen aus dem Stand zu einem überraschenden Achtungserfolg führte. Seitdem war Tisza die einzige ernstzunehmende Oppositionspartei. Dass es Magyar schließlich gelang, die Mehrheit der Ungarinnen und Ungarn hinter sich zu bringen und das scheinbar unbezwingbare System Orbán zu stürzen, wirkt noch heute unwirklich und bedarf einer vertieften Analyse. Was jedoch feststeht: Während an den Wahlen von 2010 nur 64 Prozent der Wählerinnen und Wähler teilnahmen, hatten 16 Jahre später fast 79 Prozent der ungarischen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Gegen diese hohe Wahlbeteiligung und die damit verbundene entschiedene Willensbekundung der ungarischen Gesellschaft konnten selbst die Einmischungen der US-amerikanischen und der russischen Seite zugunsten Orbáns im Wahlkampf nichts mehr ausrichten. Das ist in der ungarischen Geschichte einmalig.

¹³ Vgl. Attila Bátorfy/Tremmel Márk, Data Visualization: The Definitive Timeline of Anti-Soros Conspiracy Theories, 10.2.2019, aktualisiert am 28.11.2022, <https://english.atlatszo.hu/2019/02/10/data-visualization-the-definitive-timeline-of-anti-soros-conspiracy-theories>.

¹⁴ Vgl. Thomas von Ahn, Demokratie oder Straße? Fragile Stabilität in Ungarn, in: Osteuropa 10/2006, S. 89–103.

ÁRPÁD VON KLIMÓ

ist Professor für Europäische Geschichte an der Catholic University of America in Washington, D.C. Derzeit arbeitet er unter anderem an der Herausgabe des Routledge Handbook of Hungarian History.

DER VOLKSAUFSTAND VON 1956

Ereignisgeschichte und Wirkung

Ralf Thomas Göllner

Der Aufstand vom Oktober 1956, der sich 2026 zum 70. Mal jährt, war ein weltweit beachtetes Ereignis. Er fiel in die Frühphase der Konsolidierung der östlichen und westlichen Machtsphären und galt als der Versuch eines kleinen Landes, vom kommunistischen Block in die demokratische Sphäre hinüberzuwechseln. Zugleich verdeutlichen die Ereignisse sowohl die Grenzen der vorsichtigen Entspannung, die nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 eingesetzt hatte, als auch die globale Interdependenz weltpolitischer Interessen. Innenpolitisch markierte der Aufstand nicht nur den Versuch einer radikalen Richtungsentscheidung, sondern er begründete auch einen Erinnerungsort, der bis zum heutigen Tag identitätsstiftend wirkt – auch wenn es „im heutigen Ungarn nach wie vor gegensätzliche und unvereinbare Vorstellungen von der Revolution von 1956 gibt“.⁰¹

DER WEG ZUM AUFSTAND

Anfang der 1950er Jahre hatte das „Vierergespann“ Mátyás Rákosi, Ernő Gerő, József Révai und Mihály Farkas mit seiner stalinistischen Repressionspolitik auch Teile der Kommunistischen Partei gegen sich aufgebracht.⁰² Der Reformkommunist Imre Nagy, der im Juni 1953 Ministerpräsident geworden war, warf den Stalinisten vor, „der Partei und der Nation politischen, kulturellen und moralischen Schaden“ zugefügt zu haben.⁰³ Doch schon im April 1955 wurde Nagy seiner Ämter enthoben und aus dem öffentlichen wie dem Parteileben herausgedrängt. Parteichef Mátyás Rákosi hatte sich durchgesetzt und die vorsichtigen Reformen wieder rückgängig gemacht.⁰⁴

Doch Nagys politische und gesellschaftliche Ziele hatten nicht nur in der Partei, sondern auch in der Gesellschaft positive Resonanz gefunden, vor allem im 1955 gegründeten Petöfi-Kreis, einem Budapester Diskussionszirkel junger Intellektueller, Literaten und Studenten. Auch bei

Journalisten, Künstlern, Lehrern und Studenten im ganzen Land fanden sie Anklang. Nach Nikita Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wuchs der Widerstand gegen einen dogmatischen Sozialismus auch innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei Ungarns weiter an. In der „von vielen gelesenen Literaturzeitung *Irodalmi Ujság*“ etwa setzte „eine zunehmend kritische Auseinandersetzung über die Lage des Landes ein“.⁰⁵ Befördert durch die beginnende Entstalinisierung in der Sowjetunion und ermutigt durch die zeitgleich stattfindende sowjetisch-jugoslawische Annäherung sowie die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955, wurde der Ruf nach einer Rückkehr Imre Nagys und seiner Reformen immer lauter. Die Unruhen im polnischen Posen im Juni 1956, bei denen rund 100 000 Arbeiter zunächst bessere Bezahlung, dann aber auch mehr Freiheit forderten,⁰⁶ wirkten dann katalytisch: Während die ungarischen Reformer sich in ihren Forderungen bestätigt sahen, reagierte die kommunistische Führung zunehmend repressiv. Diese Polarisierung alarmierte die Moskauer Führung. Am 13. Juli 1956 reiste Politbüro-Mitglied Anastas Mikojan nach Budapest. Rákosi wurde abgesetzt, Nagy jedoch nicht wieder eingebunden. Die ersehnten Reformen blieben erst einmal aus.

Doch der ökonomische Niedergang und der zunehmende Kontrollverlust der KP waren offensichtlich. Aus Mikojans Sicht hatte sich „der Petöfi-Diskussionskreis zu einem aktiven ideologischen und oppositionellen Zentrum entwickelt“.⁰⁷ Auch die breit rezipierten polnischen Reformbestrebungen ließen den Widerstand anwachsen. Anlässlich der Umbettung des hingerichteten ehemaligen Innenministers László Rajk, eines Widersachers von Rákosi, kam es am 6. Oktober 1956 in Budapest zu einer großen Studentendemonstration mit antistalinistischen Parolen – ein erstes Vorzeichen des kommenden Aufstands.

Am 16. Oktober gründeten Studenten der Universität in Szeged, die aus dem kommunistischen Jugendverband ausgetreten waren, die landesweite Studentenorganisation MEFESZ. Diese veröffentlichte am 22./23. Oktober einen 16 Punkte umfassenden Forderungskatalog, der unter anderem die Einführung eines Mehrparteiensystems, freie Wahlen sowie die Unabhängigkeit von der Sowjetunion enthielt und mit dem sie zu Demonstrationen am 23. Oktober aufriefen.⁰⁸ „Damit hatten die Studenten den Weg einer vorläufig noch friedlichen, aber bereits offenen Konfrontation mit der Macht eingeschlagen.“⁰⁹ Inspiriert worden waren sie vom zeitgleich bekannt gewordenen Kompromiss zwischen dem polnischen KP-Chef Władysław Gomułka und dem sowjetischen Parteichef Chruschtschow, der dem Land einen eigenen Weg im Sozialismus zugestand.¹⁰

VOM AUFSTAND ZU REVOLUTION UND FREIHEITSKAMPF

Offiziell sollte die Studentendemonstration am 23. Oktober der Unterstützung der polnischen Reformbemühungen dienen. Ziel des Demonstrationzugs war das Denkmal für den polnischen General Józef Bem, der 1848/49 für Ungarn gekämpft hatte und als „Symbolfigur der jahrhundertalten polnisch-ungarischen Freundschaft, aber auch der Auflehnung gegen jede Fremdherr-

schaft“ galt.¹¹ Der Petöfi-Kreis und viele Budapester schlossen sich der Kundgebung an, sodass am späten Nachmittag etwa 200 000 Teilnehmer – mittlerweile am Kossuth-Platz beim Parlament angelangt – die erneute Ernennung Nagys zum Ministerpräsidenten und den Abzug der sowjetischen Truppen forderten. Manche schnitten das kommunistische Wappen aus den mitgeführten ungarischen Fahnen. Zeitgleich versammelten sich Demonstranten vor dem Radiogebäude, um die 16-Punkte-Forderung senden zu lassen.

Der aus Jugoslawien zurückgekehrte Ernő Gerő ersuchte um sowjetische Hilfe. Er wollte die Demonstration niederschlagen lassen, doch der Budapester Polizeipräsident und Anhänger Nagys, Sándor Kopácsi, weigerte sich. Zwischenzeitlich hatten die Ereignisse eine Eigendynamik entwickelt, die über bloße Unmutsäußerungen hinausging. Nagy, von der Entwicklung selbst überrascht, erreichte gegen 21 Uhr das Parlament und versuchte, die Menschenmenge mit einer Ansprache zu beruhigen. Da er aber – seit wenigen Tagen wieder Parteimitglied – in der systemeigenen Terminologie verharrete und seine Rede mit der Anrede „Genossen“ begann, erntete er einen Sturm der Entrüstung.¹² Enttäuscht zogen einige Demonstranten in den Stadtpark und stürzten das dortige Stalin-Denkmal vom Sockel. Andere begannen, vor Waffenfabriken sowie Polizei- und Militäreinrichtungen aufzumarschieren. Auch vor dem Rundfunkgebäude eskalierte die Lage,

01 Gábor Gyáni, *Memory and Discourse on the 1956 Hungarian Revolution*, in: *Europe-Asia Studies* 8/2006, S. 1199–1208, hier S. 1199.

02 Mátyás Rákosi war von 1945 bis 1956 Generalsekretär der Ungarischen Kommunistischen Partei, Ernő Gerő war u. a. Agent des sowjetischen Geheimdienstes und zeitweise Innenminister und stellvertretender KP-Chef. József Révai war Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der KP und Kulturminister, Mihály Farkas war von 1948 bis 1953 Verteidigungsminister, anschließend Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda im ZK der KP.

03 Imre Nagy, *On Communism. In Defense of the New Course*, New York 1957, S. XL.

04 Vgl. Ralf Thomas Göllner, *Die ungarische Revolution von 1956*, in: Manfred Agethen/Günter Buchstab (Hrsg.), *Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock*, Freiburg/Br. 2003, S. 89–129.

05 Géza Alföldy, *Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf*, Heidelberg 1997, S. 20.

06 Vgl. Antoni Dudek, *Der politische Umbruch von 1956 in Polen*, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hrsg.), *Das Internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999*, S. 27–42; A. Orlow, *Der Polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt*, in: ebd., S. 43–57.

07 Report from Anastas Mikoyan on the Situation in the Hungarian Workers' Party, July 14, 1956, in: Csaba Békés/Malcolm Byrne/János M. Rainer (Hrsg.), *The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents*, Budapest–New York 2002, S. 144.

08 Vgl. The „Sixteen Points“. Prepared by Hungarian Students, October 22–23, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 188–190.

09 János M. Rainer/Bernd-Rainer Barth, *Ungarische Revolution. Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion*, in: András B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hrsg.), *Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“, 17. Juni 1953 in der DDR, Ungarische Revolution 1956*, Berlin 2000, S. 219–258, hier S. 227.

10 Vgl. Österreichische Gesandtschaft in Polen, Stephan Verosta an Leopold Figl, Warschau, 27. 10. 1956, in: Michael Gehler/Ibolya Murber (Hrsg.), *Von der Volksrepublik zum Volksaufstand in Ungarn 1949–1957. Quellenedition zur Krisengeschichte einer kommunistischen Diktatur aus Sicht der Ballhausplatz-Diplomatie*, Wien 2023, S. 503–508.

11 Alföldy (Anm. 5), S. 10.

12 Vgl. Charles Gati, *Failed Illusions. Moscow, Washington, Budapest, and the 1956 Hungarian Revolt*, Washington, D.C.–Stanford 2006, S. 145f.; Peter Gosztony, *Der Volksaufstand in Ungarn 1956*, in: APuZ 37–38/1996, S. 3–14, hier S. 7 f.

als die Staatssicherheit auf die Menge schoss, die in das Gebäude einzudringen versuchte. Manche der dorthin abkommandierten Polizisten und Soldaten widersetzten sich den Befehlen und übergaben den Aufständischen ihre Waffen, mit deren Hilfe diese am frühen Morgen das Rundfunkhaus stürmten. Damit begann der bewaffnete Aufstand nicht nur in Budapest, sondern parallel auch in den Universitätsstädten. Er breitete sich rasch aus, nachdem zahlreiche militärische und industrielle Objekte besetzt worden waren.

Gerő bat die sowjetische Führung erneut um Unterstützung. Das sowjetische ZK-Präsidium bewilligte schließlich um 23 Uhr den Truppeneinsatz, zumal auch der sowjetische Botschafter in Budapest, Juri Andropow, „von einer außerordentlich gefährlichen Situation und der Notwendigkeit eines sowjetischen militärischen Eingreifens“ sprach.¹³ Lediglich der ZK-Gesandte Mikojan plädierte für eine Lösung nach polnischem Muster. Er wollte Nagy wieder einsetzen und ihn die Probleme lösen lassen.¹⁴ Durchsetzen konnten sich jedoch die Befürworter der militärischen Option. Das in Székesfehérvár stationierte Sonderarmee-korps wurde Richtung Budapest in Marsch gesetzt. Ziel des Unternehmens „Kompass“ war eine Demonstration der Stärke, verbunden mit der Hoffnung, dass allein die Anwesenheit der Truppen den Aufstand auf gleiche Weise ersticken könnte wie 1953 in Ostberlin.

Am Morgen des 24. Oktober trafen die sowjetischen Einheiten in Budapest ein und eroberten das Rundfunkgebäude zurück. Unterstützung erhielten sie von der ungarischen Staatssicherheit, die Ungarische Volksarmee beteiligte sich – von einigen Ausnahmen abgesehen – nicht am Kampf. Weder die sowjetische noch die ungarische Führung waren sich sicher, ob die Armee gegen die eigene Bevölkerung vorgehen würde. Die ungarische Führung selbst war uneins, während Nagy versuchte, den „Unterschied zwischen der am Kossuth-Platz erlebten Menschenmenge und den ‚Banditen‘“ zu erkunden.¹⁵ Bezüglich des Auf-

stands blieb er zwiegespalten. „In gewisser Weise war Nagy ein Gefangener, weniger des Politbüros als vielmehr seiner eigenen kommunistischen Vergangenheit – einer begrenzten ideologischen Perspektive und einer politischen Mentalität, (...) der er nicht entkommen konnte.“¹⁶

Währenddessen kämpften ein paar Tausend Aufständische mit Handfeuerwaffen und Molotowcocktails gegen die sowjetischen Panzer. Immer mehr Menschen bewaffneten sich, „zum größten Teil Teenager, junge Arbeiter und Lehrlinge, darunter auch junge Mädchen“.¹⁷ Ihnen schlossen sich auch Studenten, Angestellte, Soldaten und Offiziere an – unter ihnen Oberst Pál Maléter, ein kommunistischer Offizier und Kommandant der umkämpften Kilián-Kaserne, der die Seiten wechselte. Die Präsenz der sowjetischen Truppen heizte die Situation weiter an. Eine politische Lösung durch Teilreformen schien nicht mehr möglich, weil die revolutionäre Bewegung auf breite Zustimmung gestoßen war. In Budapest und den Provinzstädten konstituierten sich National- und Arbeiterräte sowie Revolutionskomitees, ein Generalstreik wurde ausgerufen.

Im Verlauf des 24. Oktober erzielten die Aufständischen beträchtliche Erfolge, obwohl sie militärisch meist nicht ausgebildet waren. Sie setzten mehrere Panzer in Brand und töteten zahlreiche Soldaten, die nicht mit diesem Widerstand gerechnet hatten. Während die Bevölkerung nicht nur auf den Straßen Budapests, sondern auch in den Städten und kleineren Gemeinden weiterkämpfte oder zumindest demonstrierte, setzte der Zerfall des alten Regimes ein. Ferenc Donáth und Géza Losonczy, zwei Vertraute Nagys aus der innerparteilichen Opposition, wurden ins ZK gewählt, blieben aber – wie auch Nagy – von den Ereignissen auf der Straße abgeschottet. Nagys zwischenzeitlich doch erfolgte erneute Ernennung zum Ministerpräsidenten blieb wirkungslos, weil er die sowjetische Intervention befürwortet und noch am Morgen des 24. Oktober im Kossuth-Radio das Kriegsverbrechen gegen die sogenannte Konterrevolution hatte ausrufen lassen. Zur gleichen Zeit erschossen vor allem sowjetische und Staatssicherheitstruppen zahlreiche Demonstranten in Budapest.

¹³ Zit. nach Alexandr Kyrow/Béla Zselicky, Ungarnkrise 1956. Lagebeurteilung und Vorgehen der sowjetischen Führung und Armee, in: Heinemann/Wiggershaus (Anm. 6), S. 95–133, hier S. 103.

¹⁴ Vgl. Working Notes from the Session of the CPSU CC Presidium, October 23, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 217f.

¹⁵ János M. Rainer, Imre Nagy. Vom Parteisoldaten zum Märtyrer des ungarischen Volksaufstands, Paderborn u. a. 2006, S. 129.

¹⁶ Gati (Anm. 12), S. 150.

¹⁷ György Litván/János M. Bak, Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung, Wien 1994, S. 78. Insofern ist die übliche Bezeichnung „Pester Burschen“ (*pesti srácok*) irreführend, da sich auch zahlreiche junge Mädchen und Frauen beteiligten.

VORÜBERGEHENDE LIBERALISIERUNG

Donáth wich als erster vom Begriff der Konterrevolution ab und plädierte am 26. Oktober für eine Anerkennung der Ereignisse als legale und gerechtfertigte Revolution, wofür er jedoch zunächst Widerspruch erntete.¹⁸ Unter dem Eindruck der Ereignisse und der Schilderungen der zahlreichen Delegationen, die Nagy und die Regierung über die Forderungen der Aufständischen informierten, wurde offensichtlich, dass eine Wende nicht mehr möglich war, ohne die Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen.¹⁹ Dies führte am 27. Oktober zu einer radikalen Reinterpretation der Situation im Sinne Donáths: Die Mehrheit der Parteiführung stellte sich auf Nagys Seite und unterstützte damit seine Einschätzung der Lage. Auch die beiden von Moskau entsandten Emissäre, Anastas Mikojan und der Hardliner Michail Suslow, akzeptierten diese Wende.²⁰ Die Situation entspannte sich. Eine neue Regierung wurde gebildet, der neben Kommunisten auch zwei Politiker der ehemaligen Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte angehörten. Am 28. Oktober verkündete Nagy einen Waffenstillstand und versprach grundlegende Reformen. Der Staatssicherheitsdienst wurde aufgelöst, und die Regierung gab den Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest bekannt.

Zwei Tage später veröffentlichte die sowjetische Führung eine Erklärung, in der sie feststellte, dass „die Länder der großen Gemeinschaft der sozialistischen Nationen ihre gegenseitigen Beziehungen nur auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ aufbauen könnten.²¹ Dies erweckte den Eindruck, dass Moskau den ungarischen Forderungen

nachgeben und eine neue Ära in den Beziehungen einläuten wollte, zumal bis zum 31. Oktober ein Großteil der sowjetischen Truppen tatsächlich aus Budapest abgezogen war. Doch entgegen dieser Beteuerungen hatte sich „der Generalstab des sowjetischen Verteidigungsministeriums (...) bereits am 27. Oktober an die Ausarbeitung der abschließenden militärischen Operationen gegen Ungarn gemacht“.²² Während die Truppen aus Budapest abzogen, wurden neue Einheiten für die Operation „Wirbelsturm“ nach Ungarn geführt. Zugleich äußerte Verteidigungsminister Georgi Schukow in Moskau: „Wir sollten unsere Truppen aus Budapest abziehen und uns gegebenenfalls ganz aus Ungarn zurückziehen. Das ist für uns eine Lehre im militärisch-politischen Bereich“ – und fand sich damit im Einklang mit Parteichef Chruschtschow.²³ Diese beiden gegensätzlichen innersowjetischen Entwicklungslinien machen deutlich, wie sehr die sowjetische Führung zwischen der Option der Intervention und möglichen Konzessionen schwankte.

Nagy hingegen, der an eine Konsolidierung durch kleine Reformen glaubte, gab den Forderungen der Aufständischen nach, leitete die Demokratisierung ein und stellte sich an deren Spitze. Die Aufständischen wurden Teil der neuen Ordnungskräfte, Arbeiterräte und Revolutionskomitees entwickelten sich zu basisdemokratischen Organen und übernahmen politische Funktionen. Die Lage konsolidierte sich, politische Gefangene, insbesondere der seit 1949 inhaftierte Kardinal József Mindszenty, das bekannteste Opfer der stalinistischen Schauprozesse, wurden befreit. Auch hörten die Lynchmorde gegen Angehörige der Staatssicherheit auf.

Nagy verkündete die Bildung einer Koalitionsregierung mit Vertretern der Regierungsparteien von 1945, was faktisch die Etablierung eines Mehrparteiensystems bedeutete. Ziel war ein freies, demokratisches und neutrales Ungarn, so wie es auch Österreich von der Sowjetunion zugestanden worden war. Jedoch hatte die Moskauer Führung am 31. Oktober ihre Auffassung geändert, zumal US-Präsident Dwight D. Eisenhower am selben Tag amerikanische Interessen verneint hatte: „Wir haben zudem – was die Sowjetunion betrifft – deut-

¹⁸ Vgl. Report from Anastas Mikoyan and Mikhail Suslov to the CPSU CC Presidium on Talks with HWP Leaders, October 26, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 237–238.

¹⁹ Vgl. Litván/Bak (Anm. 17), S. 86.

²⁰ Vgl. HWP CC Political Committee Meeting, October 28, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 253–261.

²¹ Declaration by the Government of the USSR on the Principles of Development and Further Strengthening of Friendship and Cooperation Between the Soviet Union and Other Socialist States, October 30, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 300–302.

²² Kyrow/Zselicky (Anm. 13), S. 113.

²³ Working Notes from the Session of the CPSU CC Presidium on October 30, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 296f.

lich versucht, jegliche unbegründeten Befürchtungen auszuräumen, wir könnten neue Regierungen in diesen osteuropäischen Ländern als potenzielle militärische Verbündete betrachten. Wir verfolgen keinerlei solche Hintergedanken.“²⁴ Insbesondere die gleichzeitig eskalierende Suezkrise, die mit dem Einmarsch israelischer Truppen am 29. Oktober ihren Anfang genommen und zwei Tage später durch britisch-französische Luftangriffe eine neue Dimension erreicht hatte, wirkte sich negativ auf die Situation in Ungarn aus. Chruschtschow änderte seine Meinung: „Wir sollten unsere Einschätzung noch einmal überdenken und unsere Truppen aus Ungarn und Budapest nicht abziehen. Wir sollten die Initiative ergreifen, um die Ordnung in Ungarn wiederherzustellen. Wenn wir uns aus Ungarn zurückziehen, wird dies den Amerikanern, Engländern und Franzosen – den Imperialisten – einen großen Schub geben. Sie werden dies als Schwäche unsererseits wahrnehmen und in die Offensive gehen. (...) Zu Ägypten werden sie dann noch Ungarn hinzufügen. Wir haben keine andere Wahl.“²⁵ Im UN-Sicherheitsrat versuchten Frankreich und Großbritannien zeitgleich, eine Grundsatzdebatte über nationale Unabhängigkeit, Grundfreiheiten und Menschenrechte zu verhindern, da diese auch ihr eigenes Vorgehen in der Suezkrise thematisiert hätte – wodurch ein gemeinsames energisches Auftreten der westlichen Demokratien gegenüber Moskau vom Tisch war.²⁶

NIEDERSCHLAGUNG DER REVOLUTION

Am Morgen des 1. November besetzten sowjetische Truppen alle Flughäfen des Landes und kesselten Budapest ein. Die ungarische Regierung ihrerseits kündigte den Warschauer Vertrag und erklärte die Neutralität, um einer Intervention formell die Rechtsgrundlage zu entziehen. Der zum General beförderte Maléter wurde Verteidigungsminister, und János Kádár gab die Grün-

dung einer erneuerten kommunistischen, aber antistalinistischen Partei bekannt, die sowohl die Neutralitätserklärung als auch den Austritt aus dem Warschauer Pakt unterstützte. Nagy bat die UNO um die Anerkennung der Neutralität durch die vier Großmächte auf der nächsten UN-Generalversammlung, um so die Ungarnfrage zu internationalisieren. Seine Radioansprache zur Neutralität fand im Land großen Widerhall. Die Bevölkerung stand hinter ihm, sie glaubte an den Sieg der Revolution.

Doch die Situation veränderte sich in den darauffolgenden Tagen dramatisch. Noch am Abend des 1. November hatten sich Kádár und Innenminister Ferenc Münnich heimlich in die sowjetische Botschaft und am nächsten Tag nach Moskau begeben, wo sie am 3. November eine Kehrtwende hinlegten: Sie erklärten sich bereit, eine Gegenregierung zu konstituieren. Zeitgleich führten sowjetische Vertreter in Budapest Scheinverhandlungen über einen Truppenabzug. Nachdem in Moskau die Entscheidung zugunsten Kádárs und zur Niederschlagung der Revolution gefallen war,²⁷ wurde die ungarische Verhandlungsdelegation am Verhandlungsort in Tököl verhaftet.

Im Morgengrauen des 4. November begann der sowjetische Angriff auf Budapest und weitere Städte. Um „5.05 Uhr (...) wurde über Radio Szolnok die Bildung der ungarischen revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung mit Kádár an der Spitze verkündet sowie die von der neuen Regierung an die sowjetische Führung gerichtete Bitte um militärische Hilfe“.²⁸ Eine Viertelstunde später verlas der noch amtierende Ministerpräsident eine Erklärung im Radio, die in verschiedenen Sprachen wiederholt wurde: „Hier spricht Imre Nagy, Vorsitzender des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik. In den frühen Morgenstunden haben sowjetische Truppen einen Angriff auf unsere Hauptstadt gestartet, mit der offensichtlichen Absicht, die rechtmäßige, demokratische ungarische Regierung zu stürzen. Unsere Truppen kämpfen. Die Regierung ist weiterhin im Amt. Ich teile dies dem Volk unseres Landes und der Weltöffentlichkeit mit.“²⁹

²⁴ Dwight D. Eisenhower, Radio and Television Report to the American People on the Developments in Eastern Europe and the Middle East, 31. 10. 1956, www.presidency.ucsb.edu/node/233787.

²⁵ Working Notes and Attached Extract from the Minutes of the CPSU CC Presidium Meeting, October 31, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 307.

²⁶ Vgl. Litván/Bak (Anm. 17), S. 100.

²⁷ Vgl. Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 348–361.

²⁸ Kyrow/Zselicky (Anm. 13), S. 120.

²⁹ Radio Statement by Imre Nagy Announcing an Attack by Soviet Forces on the Hungarian Government, November 4, 1956, in: Békés/Byrne/Rainer (Anm. 7), S. 383.

Obwohl Nagy nicht explizit zum Widerstand aufgerufen hatte, kam es zu vereinzelt Kämpfen zwischen ungarischen und sowjetischen Soldaten – von 32 ungarischen Garnisonen leisteten sechs Widerstand. Im ganzen Land kam es zu Gefechten, die Budapester kämpften gegen die einmarschierenden Truppen vor allem an den Einfallstraßen. Zahlreiche Panzer, schwer manövrierbar in den engen Straßen, wurden zerstört, aber der Vorstoß war nicht aufzuhalten. Anders als in der ersten Phase gab es diesmal keine Verständigung zwischen Ungarn und den sowjetischen Soldaten, und so dauerte der Kampf nur wenige Tage – am längsten auf der Donau-Insel Csepel. Am 11. November war der Widerstand der ungarischen Seite gebrochen, auch wenn es in den darauffolgenden Tagen und Wochen im ganzen Land noch vereinzelt zu Kämpfen kam. Die Bevölkerung schaltete auf passiven Widerstand um, unter anderem mit einem Generalstreik. Sie glaubte noch immer an die Ziele der Revolution und hoffte auf Hilfe aus dem Westen.

Doch die Regierung war bereits am 4. November zerfallen. Nagy und einige Mitstreiter flohen in die jugoslawische Botschaft, die von sowjetischen Soldaten abgeriegelt wurde. Kardinal Mindszenty, das Symbol des friedlichen Widerstands, floh in die amerikanische Botschaft, wo er bis 1971 blieb. János Kádár, am 7. November nach Budapest zurückgekehrt, versuchte, die Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, hatte aber kaum Einfluss auf die Entwicklung; die Sowjetunion trieb die Restauration voran. Am 22. November verließ die Gruppe um Nagy die Botschaft, wurde aber entgegen Kádárs Zusage der ungehinderten Heimkehr verhaftet und nach Rumänien in die Gefangenschaft verbracht. Am 16. Juni 1958 wurden Imre Nagy und seine Mitstreiter in einem Geheimprozess in Budapest wegen Landesverrats und

des „versuchten Sturzes der volksdemokratischen Staatsordnung“ zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet.

WIRKUNGEN

Die revolutionären Ereignisse veränderten die ungarische Gesellschaft nachhaltig. Nicht nur die Opferzahlen – etwa 3000 Tote und 20 000 Verwundete – trugen dazu bei, sondern auch die 200 000 zumeist jungen Menschen, die während der Ereignisse ins westliche Ausland flohen. Hinzu kamen Vergeltungsmaßnahmen, von denen mehr als 100 000 Personen betroffen waren, mehr als 200 Menschen wurden hingerichtet. Das kommunistische System hatte sich restauriert. Entspannung trat erst ab den 1960er Jahren ein, als Kádárs Reformen den Weg zum „Gulaschkommunismus“ und innerer Liberalisierung ebneten. Dass die Ereignisse von 1956 eine „nationale Tragödie“ waren, wurde von offizieller Seite erst in den 1980er Jahren allmählich anerkannt.³⁰ Die Reinterpretation als Revolution und Freiheitskampf wies aber letztlich den Weg zu den Umwälzungen von 1989/90.

Im Westen schlug die Niederschlagung des Aufstands große Wellen. Sie führte zu Massenaustritten aus den kommunistischen Parteien und demaskierte sowohl die inhaltsleere brüderliche Rhetorik Moskaus als auch die negative ökonomische Entwicklung des Ostblocks. Die geflüchteten Ungarn wurden mit großer Solidarität in den westeuropäischen Ländern aufgenommen – allen voran in Österreich und der Bundesrepublik, aber auch in Großbritannien und den USA –, die allesamt von den jungen, gut ausgebildeten Ungarn profitierten. Im Osten hingegen wurde die risikoaverse Haltung des Westens sehr genau registriert, der – anders als Radio Free Europe es suggeriert hatte³¹ – den Ungarn nicht zu Hilfe gekommen war. In der Folge wurden auch jene Bevölkerungen, die sich etwa in Polen oder dem rumänischen Siebenbürgen mit den Ungarn solidarisiert hatten, stärker überwacht³² – und die Unterdrückung der osteuropäischen Reformbewegungen gelangte erst 1989 an ihr Ende.

RALF THOMAS GÖLLNER

ist habilitierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ungarischen Institut der Universität Regensburg.

30 Vgl. Gerhard Seewann/Kathrin Sitzler, Ungarn 1956: Volksaufstand – Konterrevolution – nationale Tragödie. Offizielle Retrospektive nach 25 Jahren, in: *Südosteuropa* 21/1982, S. 1–18.

31 Vgl. Johanna Granville, „Caught with Jam on Our Fingers“: Radio Free Europe and the Hungarian Revolution, in: *Diplomatic History* 5/2005, S. 811–839.

32 Vgl. Ralf Thomas Göllner, Der Ungarn-Aufstand 1956 und seine Auswirkungen auf die ungarische Minderheit in Siebenbürgen, in: *Siebenbürgische Semesterblätter* 10/1996, S. 145–156; Mariana Hausleitner, Wahrnehmung und Folgen der ungarischen Revolution von 1956 in Rumänien, in: *The International Newsletter of Communist Studies Online* 22/2009, S. 92–106.

UNGARISCHE ERINNERUNGSPOLITIK SEIT 1989

James Mark

Revolutionen sind mitunter Akte der Erinnerung. Ihre Protagonisten pochen auf vergangenes Unrecht, um die Menschen zum Handeln zu bewegen. Auf Revolutionen folgen sodann neue politische Regime mit radikal neuen Verwendungsweisen für die Geschichte. So war es auch 1989 beim Zusammenbruch des Kommunismus in Ungarn: Über dreißig Jahre lang, seit der sowjetischen Niederschlagung des Aufstands von 1956, gründete die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei ihre historische Legitimität auf der Vorstellung, sie sei die notwendige Verteidigerin der Nation vor einer „Konterrevolution“. Die sogenannten Weißen Bücher – umfangreiche Broschüren, die der Verbreitung der offiziellen Version von 1956 dienten und in ungarischen Schulen zum Einsatz kamen – setzten die Befreiungskämpfe in Algerien und Zypern gegen die Franzosen und Briten mit dem Kampf der ungarischen Sozialisten gegen „Reaktionäre“ gleich, die, von imperialistischen Kräften unterstützt, eine Rückkehr zum gesellschaftlichen und politischen System der Vorkriegszeit anstrebten. Der Gedanke, dass der Volksaufstand sozialistische Reformelemente enthalten haben könnte, wurde unterdrückt: Der Führer des wiederhergestellten Regimes, János Kádár, weigerte sich sogar, den Namen seines kommunistischen Vorgängers Imre Nagy auch nur auszusprechen, dessen Reformkurs den Aufstand erst ermöglicht hatte.⁰¹ Weltweit wurden die Ereignisse von 1956 hingegen als ein sowjetisches imperialistisches Unterfangen zur Unterdrückung eines legitimen Volksaufstands wahrgenommen; bis 1963 blieb Ungarn aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen.

Das Eis brach erst Anfang 1989, als Imre Pozsgay, ein führender Reformier innerhalb der Partei, erklärte, dass „1956“ ein Volksaufstand und rechtmäßig gewesen sei. Im Juni 1989 einigten sich die Opposition und die reformorientierten Kommunisten darauf, dass Imre Nagy, der wegen Hochverrats in der sowjetischen Botschaft

hingerichtet und in einem anonymen Grab bestattet worden war, rehabilitiert werden und auf dem Heldenplatz in Budapest ein Staatsbegräbnis erhalten sollte. Dieser Moment läutete das Ende des Schweigens ein, das die diktatorische Herrschaft gestützt hatte. Die Neubewertung der Ereignisse von 1956 strafte zwar die kommunistische Behauptung Lügen, das Land vor einer „faschistischen Konterrevolution“ geschützt zu haben, ermöglichte es den Funktionären aus dem reformorientierten Flügel der Partei jedoch zugleich, sich als Aufklärer neu zu erfinden, die ihr Land in eine neue demokratische Welt führen und selbst zu Akteuren im neuen politischen System werden wollten.⁰²

ABWICKLUNG DES KOMMUNISMUS

Die erste nach 1989 demokratisch gewählte konservative Regierung unter József Antall war bestrebt, den Kommunismus als eine Verirrung der Geschichte darzustellen – als der wahren nationalen Geschichte äußerlich, die 1944 mit der deutschen Besatzung geendet hatte. Das Jahr 1989 wurde als Restauration verstanden, nicht als Revolution. Wie auch anderswo im östlichen Mitteleuropa kehrten die Leichname der Eliten der Zwischenkriegszeit zurück und machten eine Wiederbelebung von vorkommunistischen nationalen Traditionen vorstellbar. 1993 etwa wurden die sterblichen Überreste von Miklós Horthy, Reichsverweser und konservativ-autoritärer Führer der Zwischenkriegs- und Kriegszeit, zur Umbettung aus Portugal zurückgeführt. Was als private Gedenkfeier geplant war, wurde zum Politikum: Sollte eine Person, die sich mit den Nationalsozialisten verbündet hatte, um Gebiete zurückzuerobern, und deren Armee an der Ostfront gekämpft hatte, nun für den Kampf gegen den Kommunismus gewürdigt werden?⁰³ Zugleich beging man feierlich, dass im Jahr 1989 jeglicher

gewaltsame Widerstand ausgeblieben war – als Beweis für die Fähigkeit der Nation zum zivilisierten Wandel. Auch die erste bedeutende Gedenkstätte für den Kommunismus, der Szoborpark (heute Memento Park), wurde 1993 eröffnet. Rund um die Erzählung vom friedlichen Übergang soll seine Sammlung von Statuen aus der kommunistischen Ära – präsentiert als antidiktatorische Mahnung für künftige Generationen – zeigen, dass die Beseitigung kommunistischer Propaganda gesittet, geordnet und gewaltfrei vorstattenging. Manche kritischen Stimmen waren sich da nicht so sicher: Deutete die Unversehrtheit der Statuen nicht vielleicht eher darauf hin, dass sich die Ungarn zu sehr mit dem Regime abgefunden hatten? Das einzige nachträglich geschaffene Objekt im Park – ein Stiefel Stalins, inspiriert von den viel fotografierten Überresten einer 1956 von Demonstranten zerstörten Stalin-Statue – lässt darauf schließen, dass die Gedenkstättenverantwortlichen diesem Vorwurf bewusst begegnen wollten.⁰⁴

Auf der internationalen Bühne wurde „1989“ zu einem Triumph des Westens. Die vermeintlich natürliche Konvergenz von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie lieferte ein Modell, das sich auf die ganze Welt ausweiten ließ. Liberale wie Neokonservative beriefen sich auf 1989, um Kampfansagen an die westliche Zivilisation abzuwehren. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 etwa erklärte US-Präsident George W. Bush den Jahrestag des Falls der Berliner Mauer zum „Weltfreiheitstag“. In Ungarn wie auch anderswo in Ostmitteleuropa sah man sich zunächst dazu verpflichtet, den Export der liberalen Demokratie – basierend auf den regionalen Erfahrungen mit der Überwindung der Diktatur – zu unterstützen; schließlich hatte man während des Kalten Krieges selbst westliche Unterstützung genossen, zudem spiegelte sich in dieser

Haltung die Zugehörigkeit zur westlichen Welt.⁰⁵ Die Open Society Foundation von George Soros und die Ford Foundation finanzierten Anfang der 1990er Jahre Austauschprogramme zwischen Ungarn und Südafrika mit dem Ziel, den Kampf gegen die Apartheid durch das mitteleuropäische Modell des friedlichen Übergangs und der Marktintegration zu deradikalisieren. Im Vorfeld des Irakkriegs 2003 bildete Ungarn Tausende von Angehörigen der „Free Iraqi Forces“ aus, und während des Arabischen Frühlings 2011 brachten Experten die Lehren aus der eigenen Demokratisierungserfahrung nach Nordafrika.⁰⁶

„ECHTER REGIMEWECHSEL“

Im eigenen Land fanden solche „1989“-Mythen jedoch immer weniger Anklang. Der elitäre und nicht partizipative Charakter dessen, wofür sich der ausgesprochen unrevolutionäre Begriff des „Systemwechsels“ (*rendszer váltás*) durchsetzte, erwies sich als unfähig, einen Neuanfang zu symbolisieren, der die postkommunistische Gesellschaft hätte einen können. 1994 kehrten die ehemaligen Kommunisten an die Macht zurück, nun umgestaltet als Marktliberale des „Dritten Weges“. Für eine aufstrebende, selbstbewusste neue Rechte, angeführt vom ehemaligen Jungliberalen Viktor Orbán, war dies die „Erbsünde“ des neuen Systems: eine auf Verhandlungen basierende Wende, in der man es versäumt hatte, ehemalige Kommunisten aus der politischen Arena zu vertreiben. Für Orbán und andere war dies der Grund für den Fortbestand korrupter klientelistischer Netzwerke in der Wirtschaft und für die Vertrauenskrisen des neuen Systems, dem es nicht gelungen war, „Kriminelle“ und „Täter“ zu entfernen.

Für diese Kräfte war „1989“ nicht mehr die Erfüllung des Auftrags von „1956“, sondern ein Verrat an dessen Tradition. Zum 50. Jahrestag des Aufstands 2006 attackierte eine neue Rechte folgerichtig die sozialdemokratische Regierung, in der sie die Nachfahren derer erblickte, die einst die Revolutionäre unterdrückt hatten. In Budapest gingen Demonstranten auf die Straße und

01 Vgl. István Rév, *Retroactive Justice. Prehistory of Post-Communism*, Stanford 2005, Kap. 2.

02 Vgl. András Mink, *The Revisions of the 1956 Hungarian Revolution*, in: Michal Kopeček (Hrsg.), *Past in the Making. Historical Revisionism in Central Europe After 1989*, Budapest–New York 2008, S. 169–177.

03 Vgl. István Rév, *Parallel Autopsies*, in: *Representations* 49/1995, S. 15–39; Katherine Verdery, *The Political Lives of Dead Bodies. Reburial and Postsocialist Change*, New York 1999, S. 16.

04 Vgl. James Mark, *The Unfinished Revolution. Making Sense of the Communist Past in Central-Eastern Europe*, New Haven 2011, S. 79–86.

05 Vgl. James Mark et al., 1989. *A Global History of Eastern Europe*, Cambridge 2019, S. 240–246; Maria Mäklsoo, *The Politics of Becoming European. A Study of Polish and Baltic Post-Cold War Security Imaginaries*, London 2010.

06 Vgl. Éva Ladányi/Erzsébet N. Rózsa, *Hungary and the Arab Spring*, in: Dévényi Kinga (Hrsg.), *Studies on Political Islam and Islamic Political Thought*, Budapest 2013, S. 333–347.

forderten einen „echten Regimewechsel“. Zu Beginn desselben Jahres hatte das ungarische Fernsehen eine Reihe von Werbespots ausgestrahlt, die an die Erstürmung des Rundfunkgebäudes 1956 erinnerten, eine der ersten großen politischen Aktionen des damaligen Aufstands. In den Spots wurde gefragt: „Welchen Fernsehsender würdet ihr heute stürmen?“ Die Antwort der rechten Demonstranten auf diese Frage lautete: das ungarische Staatsfernsehen selbst. In der Nacht vom 18. September drangen sie in das Gebäude des Senders ein und verlangten, ihre Forderungen in einer Live-Übertragung verbreiten zu können. In einer eindrucksvollen symbolischen Aktion wurde ein Panzer aus einer Ausstellung zum Jahr 1956 gestohlen und durch die Straßen von Budapest gefahren – ein Bild, das von den Medien zur Untermauerung der Notwendigkeit genutzt wurde, eine unvollständige revolutionäre Transformation zu vollenden, die seit 1989 blockiert sei.⁰⁷

In ihren Wahlkämpfen Ende der 2000er Jahre versprach die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán eine überfällige „Revolution an der Wahlurne“. Ihr fulminanter Sieg im Jahr 2010 wurde als der lang geforderte „echte Regimewechsel“ dargestellt, der es ihr ermöglichte, die Verfassung zu ändern und ein Konzept der „nationalen Zusammenarbeit“ unter der Führung eines autokratischen „zentralen politischen Kraftfeldes“ ins Leben zu rufen, das notwendig sei, um die Überreste des Kommunismus zu beseitigen.⁰⁸ Die politische Linie der Westlichung, Liberalisierung und Marktorientierung der Wendezeit, die die ungarische Politik seit 1989 dominiert hatte, geriet in die Defensive. Orbán behauptete, der linksliberale Übergang habe Ungarn zu einem „semikolonialisierten Bittsteller“ gemacht. „Wir werden keine Kolonie sein“, erklärte Orbán 2012 im Hinblick auf die liberale Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Internationale Kräfte drohten, den Nationalstaat und den „nationalen Charakter“ zu unterdrücken: Das postkommunistische Versprechen einer Renaissance der Nationen sei verraten worden. Unter Berufung auf Ängste vor einer demografischen Katastrophe, die durch einen starken Rückgang der Geburtenrate, die Abwanderung junger Menschen nach Westeuropa und die „Bedrohung“ durch Einwande-

rung geschürt wurden, griff Orbán auf die Figur des „ungarischen Indianers“ aus der antisowjetischen Widerstandskultur zurück und behauptete, die Ungarn könnten zu einem aussterbenden Volk werden, zu den „Ureinwohnern“ Europas.⁰⁹

Obwohl populistische Bewegungen wie Fidesz in politischer Hinsicht „Euroskeptiker“ sind, sind sie gleichwohl nicht antieuropäisch. Vielmehr wollen sie eine identitätsstiftende Vision eines patriarchalischen, weißen und christlichen Europa wieder aufbauen und stärken. Sie behaupten, die besseren Europäer zu sein – diejenigen, die (in diesem Fall) Ungarn und den Kontinent retten können, die beide im Niedergang begriffen seien aufgrund ihrer Kolonisierung durch Multikulturalismus, nicht-christliche, nichtweiße Einwanderung und eine angeblich familienfeindliche „Gender-Ideologie“.¹⁰

ERINNERUNG AN DEN HOLOCAUST

Vor diesem Hintergrund lehnte Orbán die Normen der liberalen europäischen Erinnerungskultur ab, die die sozialdemokratische Regierung vor 2010 unterstützt hatte. Nirgendwo zeigte sich dies deutlicher als beim Gedenken an den Holocaust. Die Aufarbeitung dieses Menschheitsverbrechens – rund eine halbe Million Juden wurden in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs unter ungarischer Herrschaft ermordet – war ein wichtiger Bestandteil des Übergangs vom Kommunismus zur Demokratie gewesen. Seit den Anfängen der Holocaust-Erinnerung im Westen nach dem Eichmann-Prozess von 1961 hatten sich die ungarischen Kommunisten dagegen gesperrt, dem Thema besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn der Völkermord an den Juden überhaupt erwähnt wurde, wurde er in die allgemeine Geschichtsschreibung über das Leid der Nation unter dem Faschismus eingebettet. Ein Jahr vor dem Ende des Kommunismus wurde eine Statue des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der Zehntausenden ungarischen Juden das Leben gerettet hatte und dessen

⁰⁷ Vgl. Mark (Anm. 4), Kap. 1.

⁰⁸ Vgl. Orbán: a következő 15–20 évben egy nagy kormányzó párt lehet, 16. 2. 2010, https://hvg.hu/itthon/20100216_orban_viktor_egy_nagy_kormanyzo_part.

⁰⁹ Vgl. Zoltán Ginelli, „Hungarian Indians”: Race and Colonialism in Hungarian „Indian Play”, in: Catherine Baker et al. (Hrsg.), *Off White. Central and Eastern Europe and the Global History of Race*, Manchester 2024, S. 113–137.

¹⁰ Vgl. Eszter Kovács/Andrea Pető, *Anti-Gender Movements in Hungary. A Discourse Without a Movement?*, in: Roman Kuhar/David Paternotte (Hrsg.), *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality*, London 2017, S. 117–131.

Standbild 1949 von den Kommunisten entfernt worden war, nach Budapest zurückgebracht. Der Begriff „Holocaust“ setzte sich Anfang der 1990er Jahre allgemein durch, während der Völkermord an den Roma zunächst weitaus weniger Beachtung fand. Im Laufe der 1990er Jahre wurde das Gedenken an den Holocaust zunehmend mit einer Rückkehr in den europäischen Kreis assoziiert: Die 1993 gegründete Europäische Union stellte die Erinnerung an den Völkermord an den Juden („Nie wieder!“) in den Mittelpunkt ihrer Identität, und die Staaten im östlichen Mitteleuropa vertieften ab Ende der 1990er Jahre, im Rahmen des Beitrittsprozesses, ihr historisches Engagement.¹¹ Budapest war die einzige Hauptstadt in der Region, in der eine nennenswerte jüdische Gemeinde überlebt hatte, die in den 1990er Jahren etwa 100 000 Mitglieder zählte. Prägend war zu dieser Zeit auch das Engagement von Mazsihisz, dem Verband der ungarischen jüdischen Gemeinden.¹² 1999 richtete die ungarische Regierung ein Holocaust-Gedenkzentrum am Standort der ehemaligen Páva-Synagoge in Budapest ein und bestimmte im Jahr 2000 den 16. April – den Tag der Gründung des ersten jüdischen Ghettos in Ungarn während des Krieges und des Beginns der Deportationen – zum nationalen Gedenktag. Ein Jahr nach dem EU-Beitritt Ungarns im Jahr 2004 wurde das Mahnmal „Schuhe am Donauufer“ (*Cipők a Duna-parton*) enthüllt, das an die Stellen am Flussufer erinnert, an denen im Winter 1944/45 Juden in Budapest von ungarischen Pfeilkreuzlern, einer faschistischen und antisemitischen Bewegung, erschossen wurden.

In den 2010er Jahren geriet das „kosmopolitische Holocaust-Gedenken“ – also die Erinnerung des Genozids an den Juden als gemeinsames internationales Bekenntnis zu den Menschenrechten – durch die wachsende populistische Rechte in ganz Europa zunehmend in die Kritik. Diese sah in solchen Positionen eine „Pädagogik der Scham“, die eine einzige Tragödie herausgreife

und dadurch das Leid christlicher Nationen unterbelichtet lasse. Zudem würde das Holocaust-Gedenken dazu genutzt, liberale Werte im In- und Ausland zu verbreiten, und dies auf eine Art und Weise, die Europa schwäche und eine übermäßige Empathie entstehen lasse, in deren Folge die Grenzen des Kontinents für (insbesondere islamische) Einwanderung geöffnet würden.¹³ Diese Form der Kritik setzte dem Holocaust-Gedenken kein Ende, verlieh ihm aber neue, illiberale Formen. Auch Orbán erkannte das unermessliche Ausmaß des Holocaust an, versuchte jedoch, die Einzigartigkeit des Leidens herunterzuspielen. Die ungarische Verantwortung redete er klein, stattdessen hob er das „gemeinsame Schicksal“ jüdischer und christlicher Ungarn als kollektive Opfer des 20. Jahrhunderts hervor.¹⁴ Einwände sowohl seitens der jüdischen Gemeinde in Budapest als auch seitens internationaler jüdischer Organisationen gegen die Abwälzung der alleinigen Verantwortung auf Deutschland erklären auch, warum das Holocaust-Museum „Haus der Schicksale“ (*Sorsok Háza*) seit der Vorstellung der ersten Pläne im Jahr 2013 immer noch nicht eröffnet wurde.

Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ von 2015 wurde der Holocaust zunehmend für die Verteidigung eines jüdisch-christlichen Europa instrumentalisiert. Es gehe um den „Schutz unserer Juden“ vor einer „muslimischen Bedrohung“ durch die Vertriebenen des syrischen Bürgerkriegs. Einher ging dies mit antisemitischer Propaganda, die George Soros, einen jüdisch-amerikanisch-liberalen Finanzier ungarischer Herkunft, zum Sündenbock für den vermeintlichen „unnatürlichen Einfluss“ des westlichen Liberalismus auf das Heimatland machte. Diese illiberale, antimuslimische und nationalistische Version des Holocaust-Gedenkens stieß beim israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu gleichwohl auf offene Ohren: Er verteidigte Orbán gegen Vorwürfe, seine Anti-Soros-Kampagne sei antisemitisch – Soros’ Stiftungen in Israel hatten unter anderem das Verhalten des Staates gegenüber den Palästinensern kritisiert –, und anlässlich des Be-

¹¹ Zur postkommunistischen Holocaust-Erinnerung siehe Jelena Subotić, *Yellow Star, Red Star. Holocaust Remembrance After Communism*, Ithaca–London 2019.

¹² Siehe beispielsweise die Rolle des Verbands bei der Ablehnung der Pläne der ersten Orbán-Regierung für eine „pro-Horthy-orientierte“ Neugestaltung der ungarischen Ausstellung in Auschwitz. Vgl. László Karsai, *A holokauszt emlékezete*, 12.6.2026, www.es.hu/cikk/2026-06-12/karsai-laszlo/a-holokauszt-emlekezete.html.

¹³ Für eine Einführung in die illiberale Geschichtsschreibung siehe Gavriel D. Rosenfeld, *The Rise of Illiberal Memory*, in: *Memory Studies* 4/2023, S. 819–836.

¹⁴ Vgl. János Gadó, *The Splendour and the Misery of the House of Fates*, *Cultures of History Forum*, 15.8.2019, www.cultures-of-history.uni-jena.de/debates/the-splendour-and-the-misery-of-the-house-of-fates.

suchs des ungarischen Ministerpräsidenten in Israel im Jahr 2018 erklärte Netanjahu, dieser „bewahre das Andenken an die Vergangenheit“ in angemessener Weise.¹⁵

Orbán und seine Bewegung schufen so eine alternative Geschichte von Leid und Erlösung. Das christliche Ungarn sei das wahre Opfer des 20. Jahrhunderts. Es habe eine doppelte Besatzung erdulden müssen, aber man könne Ungarn wieder groß machen, wenn nur die alten Kommunisten an den Rand gedrängt würden. Diese Erzählung war schon 2002 bei der Eröffnung des Budapester Gedenkmuseums „Haus des Terrors“ zu vernehmen – mitten im Wahlkampf, den Fidesz schließlich verlor. Wie viele solcher „Orte des Schreckens“ wurde es in einem ehemaligen politischen Gefängnis eingerichtet, das in diesem Fall sowohl von ungarischen Faschisten als auch vor 1956 von den Kommunisten als Ort für Verhöre und Folter durch die Geheimpolizei genutzt wurde. Während die Gedenkstätte ihre Kraft aus der Authentizität ihres Schauplatzes bezog, war sie selbst Teil einer neuen Welle von „Narrativmuseen“, die darauf abzielten, politisierte, eindeutige Geschichten über die Vergangenheit zu etablieren. In diesem Fall sollte der Gedenkort, gestaltet von einem ungarischen Hollywood-Szenenbildner, den Kommunismus auf die Anklagebank setzen und eine antikommunistische, christlich-ungarische Nation – zugleich als Opfer und als ausdauernde Kraft – als die wahre Triebkraft für die Erneuerung des Landes in den Mittelpunkt stellen.¹⁶

WIEDERBELEBUNG DER (ETHNISCHEN) NATION

Eine solche Geschichtspolitik gewann im Laufe der 2000er Jahre zunehmend an Bedeutung und wurde zu einem zentralen Bestandteil der Arbeit der graswurzelartigen „Bürgerkreise“, die darauf abzielten, eine gebildete konservative Mittelschicht über eine neue Vision eines wiederbelebten Ungarn zu radikalisieren und sie so auf Orbáns Version einer illiberalen Demokratie ein-

zuschwören.¹⁷ Der überwältigende Wahlsieg von Fidesz im Jahr 2010 bedeutete, dass eine illiberale Erinnerungskultur nun fest implementiert werden konnte. Es wurden gut finanzierte, staatlich geförderte Institute gegründet, um die nationale Geschichtsdeutung neu zu gestalten. Gender Studies wurden an den Rand gedrängt, und ein neuer Lehrplan für den Geschichtsunterricht an Schulen wurde eingeführt, um ein christlich-nationales Verständnis von Einheit und Patriotismus zu stärken.¹⁸ Im Mittelpunkt stand die Wiederbelebung der Erinnerung an den Vertrag von Trianon, durch den das Königreich Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg zwei Drittel seines Territoriums verloren hatte. Diese Wiederbelebung diente nicht dem Revanchismus – obwohl sie bei manchen wohl eine irredentistische Nostalgie entfachte –, sondern vielmehr der stolzen kulturellen Neugestaltung der ethnischen Nation und somit einer Alternative zu einem Europa ohne Grenzen, das von Linksliberalen als einzige tragfähige Formel zur Überwindung der traumatischen Zerstückelung Ungarns angepriesen wurde.¹⁹ Minderheiten jenseits der ungarischen Grenzen sollten Wahlrechte erhalten, die Bürgerkreise organisierten Exkursionen für ungarische Schulkinder zu Minderheitengemeinden in den „verlorenen Gebieten“. Ab 2012 wurde Albert Wass' Roman „Gebt mir meine Berge zurück!“ (*Adjátok vissza a hegyeimet!*, 1949), der den Kampf der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen um territoriale Revision in der Zwischenkriegszeit verherrlicht, Teil des nationalen Lehrplans und ersetzt das Holocaust-Buch „Roman eines Schicksallosen“ (*Sorstalanság*) des jüdisch-ungarischen Nobelpreisträgers Imre Kertész – im Rahmen eines

¹⁵ Zit. nach Ivan Kalmar, Islamophobia and Anti-Semitismism. The Case of Hungary and the „Soros Plot“, in: *Patterns of Prejudice* 1–2/2020, S. 182–198, hier S. 194.

¹⁶ Vgl. Péter Apor, An Epistemology of the Spectacle? Arcane Knowledge, Memory and Evidence in the Budapest House of Terror, in: *Rethinking History* 3/2014, S. 328–344.

¹⁷ Vgl. Béla Greskovits, Rebuilding the Hungarian Right Through Conquering Civil Society. The Civic Circles Movement, in: *East European Politics* 2/2020, S. 247–266.

¹⁸ Vgl. Andrea Pető, The Illiberal Memory Politics in Hungary, in: *Journal of Genocide Research* 2/2022, S. 241–249; Katalin Madácsi-Laube, A New Era of Greatness. Hungary's New Core Curriculum, *Cultures of History Forum*, 28.6.2020, www.cultures-of-history.uni-jena.de/politics/a-new-era-of-greatness-hungarys-new-core-curriculum.

¹⁹ Vgl. Ágoston Berecz, The Trianon Ramp and the Obstinate Memory of a Magyar Greater Hungary, *Cultures of History Forum*, 18.1.2021, www.cultures-of-history.uni-jena.de/politics/the-trianon-ramp-and-the-obstinate-memory-of-a-magyar-greater-hungary; Margit Feischmidt, Populáris emlékezetpolitikák és az újnacionalizmus: a Trianon-kultusz társadalmi alapja, in: dies. et al. (Hrsg.), *Nemzet a mindennapokban. Az újnacionalizmus populáris kultúrája*, Budapest 2014, S. 51–81.

Programms, das die Schulen von einer „sozialistisch-liberalen Ausrichtung“ befreien sollte.²⁰

Die Anfänge der 16-jährigen Herrschaft von Fidesz fielen in die Folgejahre der globalen Finanzkrise 2008, was eine geopolitische und wirtschaftliche Neuausrichtung Ungarns befeuerte. Orbán griff das Thema Antikolonialismus wieder auf, das sich durch die Austrophobie der späten Habsburgerzeit, die Politik des „Verrats durch den Westen“ nach dem Vertrag von Trianon und sogar den Antiimperialismus der kommunistischen Ära gezogen hatte, und argumentierte, das Land dürfe nicht länger vom Westen abhängig sein: Ungarns Schuldenlast, mit der das Land seit den 1970er Jahren gekämpft hatte, wurde 2013 unter großem antikolonialem Jubel demonstrativ getilgt. Da „der Westen“ zudem wirtschaftlich im Niedergang begriffen sei, müsse Ungarn eine neue Ausrichtung suchen; mit der 2010 angekündigten „Öffnung nach Osten“ (*keleti nyitás*) streckte man die Fühler nach Singapur, China, Zentralasien und dem Nahen Osten aus, ohne dabei jedoch – aller Rhetorik zum Trotz – mit dem Entwicklungsmodell der EU zu brechen. Im Jahr 2015 schloss sich Ungarn als erstes EU-Land Chinas „Belt and Road“-Initiative an; als „westliches Tor der neuen Seidenstraße“, so Orbán, könne sich Ungarn von den vom Westen aufgezwungenen Wirtschaftsmodellen emanzipieren.

Die Annäherung an China wurde begleitet von der Wiederbelebung eines kulturellen Eurasientums, das zuletzt in der Zwischenkriegszeit als Alternative zum „perfiden Westen“ nach dem Trianon-Vertrag und dann, in einer progressiv-internationalistischen Form, im ersten Jahrzehnt des Kommunismus vor dem chinesisch-sowjetischen Bruch zu beobachten war.²¹ Wie in anderen illiberalen Bewegungen Europas wurden „Mittelalter-Festivals“ zu einem wichtigen Kanal für die Entdeckung der „Wurzeln“; im ungarischen Fall unterstützte der Staat den alle zwei Jahre stattfin-

denden *Kurultaj*, ein Fest zu Ehren des zentralasiatischen Erbes des Landes. Ende der 2010er Jahre nahmen Hunderttausende daran teil, darunter Vereine für historische Reenactments, Anhänger neopaganer Religionen, Politiker, Anthropologen, Archäologen und Folkloreensembles. Die Teilnehmer konnten Bogenschießen und Steppenreiten beiwohnen, nationalistische Rockbands anhören, anthropologische Ausstellungen im „Zelt der Ahnen“ besuchen und DNA-Tests durchführen lassen, um den Anteil ihrer asiatischen Gene zu ermitteln.²² Zudem nahm Ungarn regelmäßig an den World Nomad Games in Zentralasien teil. Das Liebäugeln mit asiatischen Wurzeln und das Bekenntnis zur Verteidigung eines weißen, christlichen Europa mögen auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Doch in dieser nationalistischen Sichtweise muss die Verteidigung des Kontinents von jenen übernommen werden, die einen ausreichenden Anteil an eurasischem Blut in sich tragen und somit eine kriegerische Männlichkeit besitzen, die den „verweichlichten“ westlichen Liberalen fehlt.

Orbáns strategische Wiederbelebung der osmanischen Vergangenheit lässt eine ähnliche Zweisplätigkeit erkennen. Einerseits wurden die ungarischen Kämpfe gegen das Osmanische Reich zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert im Wahlkampf 2018 als Teil einer umfassenderen Anti-Einwanderungskampagne herangezogen; andererseits trat Ungarn im selben Jahr als Beobachterstaat dem Türkischen Rat (später Organisation der Turkstaaten) bei und restaurierte das Grab von Gül Baba, eine islamische Pilgerstätte in Budapest. Bei der Wiedereröffnung in Anwesenheit des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wurde die osmanische Besatzung, die für gewaltsame Massenvertreibungen gesorgt hatte, zu einer friedlichen Union zwischen osmanischen Türken und Ungarn umgedeutet.

Diese Vorstellung von Ungarns besonderer geopolitischer Zwischenstellung prägte auch seine Reaktion auf den von Russland geführten Krieg gegen die Ukraine. Obwohl Orbán Russland für den Ausbruch des Konflikts verurteilte, beschuldigte er wiederholt die Ukraine und die

20 Der Gegensatz zwischen jüdischer und christlicher Erinnerung zeigte sich auch 2014 am Denkmal für die Opfer der deutschen Besatzung auf dem Freiheitsplatz in Budapest, das einen deutschen Reichsadler darstellt, der das christliche Ungarn – verkörpert durch den Erzengel Gabriel – zermalmt. Holocaustüberlebende und jüdische Gruppen platzierten Texte und Gegenstände um das Denkmal herum, um ihre Geschichte der Besatzung zu erzählen.

21 Kulturprogramme griffen sogar den chinesisch-ungarischen Kulturaustausch der 1950er Jahre unter dem Kommunismus wieder auf, etwa mit der Ausstellung von chinesischer Xieyi-Kunst aus dem National Art Museum of China im Ungarischen Nationalmuseum 2024/25.

22 Vgl. Katrin Kremmler, „Eurasian Magyars“. The Making of a New Hegemonic National Prehistory in Illiberal Hungary, in: James Koranyi/Emily Hanscam (Hrsg.), Digging Politics. The Ancient Past and Contested Present in East-Central Europe, Berlin 2023, S. 181–216; Viola Teisenhoffer, Pagan Revival, Re-Enchantment, and New Forms of Rituallity in Hungary, in: Religion 1/2024, S. 62–87.

westlichen Mächte, diesen unnötig in die Länge zu ziehen. 2022 postulierte er, Ungarn müsse sich aus einer sich neu bildenden, blockähnlichen Ordnung heraushalten und die politische und wirtschaftliche Verbundenheit zwischen Ost und West aufrechterhalten.²³ Seine erfolgreiche Wahlkampfkampagne 2022 stellte ihn als zentraleuropäischen Friedensstifter dar. Gedanklich trennte er den ukrainischen Widerstand von Ungarns eigenen Versuchen, sich 1848 dem Griff des Russischen Reiches und 1956 dem der Sowjetunion zu entwinden. Bereits seit 2010 lockerte Orbán die Verbindungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart und zwischen der Sowjetunion und Putins Russland; schließlich sei es Brüssel, das zum „neuen Moskau“ geworden sei. Bei der Gedenkfeier zum Aufstand 1956 im Jahr 2022 behauptete er, damals sei es darum gegangen, einen Waffenstillstand und Friedensgespräche durchzusetzen – und nicht darum, die Rote Armee zu besiegen. Zudem sei man von einem unzuverlässigen Westen verraten worden. Mária Schmidt, Historikerin an Orbáns Seite, verwies zudem darauf, dass die Rote Armee 1956 auch ukrainische Soldaten umfasst habe und vom „ukrainischen Chruschtschow“ ins Land geordert worden sei.²⁴

Die ungarische Regierung hat nie offizielle Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine erhoben, dennoch trug die von Fidesz gepflegte Kultur des Trianon-Gedenkens dazu bei, eine irredentistische Nostalgie in der extremen Rechten zu wecken. Manche betrachteten das Verhalten der Regierung, die Sanktionen gegen Russland ablehnte und die EU-Hilfe für die Ukraine blockierte, als eine Sympathiebekundung für einen womöglich hellhörigen Wladimir Putin. Durch ihn, so fantasierten sie, könnten im Falle einer territorialen Auflösung der Ukraine Ansprüche auf die durch den Vertrag von Trianon verlorenen Gebiete der ungarischen Minderheiten in Transkarpatien geltend gemacht werden.

²³ Vgl. Bálint Madlovics/Bálint Magyar, *Hungary's Dubious Loyalty. Orbán's Regime Strategy in the Russia-Ukraine War*, CEU Democracy Institute Working Paper 7/2023, S. 33.

²⁴ Vgl. Daniel Gyollai, *Whatever Happened to Hungarian Freedom Fighters? Collective Memory, Collective Forgetting, and Dissociative Collective Identity*, in: *Memory Studies* 6/2025, S. 1317–1332, hier S. 1323.

²⁵ Vgl. Erlan Benedis-Grab, *Magyar's Hungary in Organization of Turkic States*, 17.8.2026, <https://eurasianet.org/magyars-hungary-in-organization-of-turkic-states>.

²⁶ Ich danke László Karsai für wertvolle Hinweise.

WIE WEITER?

Im Jahr 2026 ging die 16-jährige Herrschaft des Fidesz zu Ende. In seinem Bestreben, sich von seinen ehemaligen Kollegen zu distanzieren, versprach der Wahlsieger Péter Magyar eine Rückkehr zu einem weniger radikalen, wieder mehr auf Europa ausgerichteten Mainstream-Konservatismus. Historische Themen spielen zwar weiterhin eine Rolle, stehen jedoch im Zeichen einer Rhetorik, die polarisierenden „Manipulationen“ der Geschichte ein Ende setzen will. Für Magyar war Orbáns Weigerung, die Ukraine zu unterstützen, ein Verrat am antisowjetischen Kampf Ungarns. Im September 2026 verurteilte Magyars Regierung offiziell die militärische Aggression Russlands und bekräftigte ihre Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine. Er versprach, Ungarns Einbettung in Europa zu festigen, und ließ die eurasische Kultur- und Erinnerungspolitik fallen: „Türkische Räte mögen kommen und östliche Diktatoren mögen gehen, aber die Ungarn sehen ihre Zukunft in der Europäischen Union.“²⁵

Die neue Regierung zerlegt all jene Stellen und Positionen, die von Schlüsselfiguren aus Orbáns System der „nationalen Kooperation“ besetzt wurden, darunter auch das Netzwerk von historischen Instituten, das sich um Mária Schmidt herum gebildet hat und das so zentral für die Geschichtspolitik von Fidesz war. Sozialwissenschaftliche Institute werden unter dem Dach der ungarischen Akademie der Wissenschaften wieder aufgebaut, um ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten, und neue Schulbücher für den Geschichtsunterricht wurden in Auftrag gegeben. Zudem gibt es Grund zur Hoffnung, dass die heimische Film- und Theaterproduktion wieder entpolitisiert wird. Das Echo der Geschichte ist nicht verklungen, aber ihm wird ein neuer Klang gegeben: Politiker, Historiker und Aktivisten arbeiten bereits daran, eine Erinnerungskultur neu zu gestalten, in der illiberale Lesarten der Geschichte über drei Jahrzehnte hinweg zu einer dominierenden Stellung gekommen waren.²⁶

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dresden

JAMES MARK

ist Professor für Geschichte an der University of Exeter, Vereinigtes Königreich.

„NORM TAKER“ ODER „DISRUPTOR“?

Ungarns unbeständige außenpolitische Tradition

Daniel Hegedüs

Die Außenpolitik kleiner Staaten macht selten Schlagzeilen. Ungarns Außenpolitik kennzeichnen seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts jedoch zwei Befunde: erhebliche Richtungswechsel bei geringer strategischer Kontinuität und die Fähigkeit, europäische Entwicklungen weit stärker zu prägen, als es die Landesgröße erwarten lassen würde – konstruktiv wie destruktiv.

Dies wird im Folgenden anhand der Handlungslogiken ungarischer Außenpolitik seit der frühen Kádár-Ära ab 1956 nachgezeichnet. Ungarns Verhältnis zu den internationalen Ordnungen wird dabei mit den Begriffen des „Norm Takers“ und des „Disruptors“ erfasst. Während der erste Begriff Akteure bezeichnet, die bestehenden Normen folgen und diese übernehmen, meint der zweite solche, die etablierte Ordnungen aufbrechen. Meine These ist, dass neben dem nationalen Interesse vor allem das Interesse an Regimestabilität den wiederholten Wechsel zwischen diesen außenpolitischen Verhaltensweisen erklären kann. Wiederkehrende historische Brüche erschwerten die Herausbildung einer kontinuierlichen außenpolitischen Tradition und strategischen Kultur und begünstigten damit den häufigen Wandel außenpolitischer Narrative und Leitprinzipien.

IM SOWJETISCHEN EINFLUSSBEREICH

Wie die übrigen Staaten des sowjetischen Blocks verfügte auch Ungarn nach 1945 über keine souveräne Außenpolitik. Das Ausmaß außenpolitischer Autonomie unterschied sich jedoch erheblich – abhängig von den ideologischen und politischen Arrangements, zu denen die jeweiligen kommunistischen Eliten mit Moskau bereit waren. Neben Ungarn ist das Beispiel Rumänien hier besonders aufschlussreich: Bukarest handelte den Abzug sowjetischer Truppen aus, verweigerte 1968 die Beteiligung am Einmarsch in die Tschechoslowakei, kooperierte – einschließlich

Technologietransfers – mit französischen und britischen Rüstungs-, Luftfahrt- und Automobilunternehmen und pflegte enge Beziehungen zu China und Israel. Möglich wurde dies ab den späten 1940er Jahren durch einen konservativ-stalinistischen Parteikurs, mit dem Nationalkommunisten die moskautreue Fraktion verdrängten. Innenpolitischer Konservatismus verband sich mit dem Anspruch auf nationale Autonomie – eine bis in die frühen 1980er Jahre nahezu einzigartige Position innerhalb des Ostblocks.⁰¹

In Ungarn wählte die Führung unter János Kádár nach der Revolution von 1956 und der anschließenden Repressionsphase den umgekehrten Weg: Im Tausch für wirtschaftspolitische Autonomie gab Budapest seine außen- und verteidigungspolitische Eigenständigkeit nahezu vollständig auf. Für die wirtschaftlichen Freiräume stand der „Neue Ökonomische Mechanismus“ von 1968, die wohlstandsbasierte Legitimität des Regimes spiegelte sich in Begriffen wie „Gulaschkommunismus“ und „fröhlichste Baracke des Ostblocks“. Die sowjetischen Truppen hingegen blieben von 1945 bis 1991 in Ungarn stationiert. Das Land beteiligte sich 1968 am Einmarsch in die Tschechoslowakei, folgte gegenüber China und Albanien Moskaus Linie und schloss sicherheitsrelevante Branchen von seiner exportorientierten Westöffnung aus.⁰² Ungarns belastete Stellung nach dem Zweiten Weltkrieg – zeitgenössisch galt es als „Hitlers letzter Verbündeter“ – und die Niederschlagung der Revolution von 1956 begrenzten die Spielräume der Staatspartei und ihres Generalsekretärs János Kádár. Mit der wirtschaftspolitischen Autonomie und dem damit verbundenen relativen Wohlstand suchte Budapest das Regime zu stabilisieren, aber eben auf Kosten außenpolitischer Eigenständigkeit: Zwischen 1963 und 1982 war Ungarn ein von Regimeinteressen geleiteter „Norm Taker“ im sowjetischen Block.

Anfang der 1980er Jahre änderte sich diese Position. Günstige westliche Kredite hatten

während der 1970er Jahre den Lebensstandard gesichert, doch die radikale Zinserhöhungspolitik der US-Notenbank unter ihrem Vorsitzenden Paul Volcker („Volcker-Schock“) erschwerte nach 1979 durch steigende Zinsen und die Dollaraufwertung den Schuldendienst. Zusammen mit dem Refinanzierungsbedarf fälliger Schulden drohte eine Liquiditätskrise, weshalb Kádár 1981 den Beitrittsantrag Ungarns zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank auf den Weg brachte.⁰³ Die Aufnahme 1982 erschloss IWF-Bereitschaftskredite zur Liquiditätssicherung. Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit von westlichen Krediten traten nun auch institutionelle und politische Einflussmöglichkeiten des Westens hinzu.⁰⁴

Für Ungarn blieb die wirtschaftliche Regimestabilisierung handlungsleitend, aber die Mittel hatten sich verändert. Statt äußere Autonomie gegen innere Freiräume einzutauschen, erweiterte Budapest nun seine außenpolitischen Spielräume, um Staat und Wirtschaft zu finanzieren. Dies verlangte auch bessere Beziehungen zum Westen und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Mit den neuen Kooperationsformen wurde Ungarn zum Disruptor: Es durchbrach bisherige Konformitätsmuster und schwächte so die Integrationsstrukturen des Ostblocks. Nach dem Beitritt zu IWF und Weltbank warb Budapest für Reformen innerhalb des sozialistischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und formelle Beziehungen zur EWG. Nachdem sich beide Wirtschaftsgemeinschaften 1988 gegenseitig anerkannt hatten, strebten die meisten europäischen RGW-Staaten bilaterale Handelsabkommen an. Ungarn kam dabei am schnellsten voran: Im August nahm es diplomatische Beziehungen zur EWG auf, am 26. September 1988 unterzeichnete es ein umfassendes Handels- und Kooperationsabkommen.⁰⁵

Diese wirtschaftlich getriebene Öffnung tangierte nicht nur internationale Organisationen,

sondern auch einzelne westliche Staaten, und hier besonders die Bundesrepublik. Wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in seinen Erinnerungen schildert, spielten Sondierungen über deutsche Kredite eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Grenzöffnung für DDR-Flüchtlinge, die über Österreich in die Bundesrepublik gelangen wollten.⁰⁶ Die Entscheidung der ungarischen Regierung zur Grenzöffnung erschütterte nicht nur die DDR, sondern den gesamten Ostblock. Ungarn hatte seiner Rolle als regimeinteressengeleiteter Disruptor einmal mehr alle Ehre gemacht.

Dieser Kurs überdauerte auch die kommunistische Herrschaft. Nach den ersten demokratischen Wahlen im März und April 1990 stieß Ministerpräsident József Antall am 7. Juni 1990 auf einem Gipfeltreffen in Moskau die Auflösung des Warschauer Paktes an.⁰⁷ Das demokratische Ungarn vollendete so jene Distanzierung von den Sowjetstrukturen, die das späte Kádár-Regime zur eigenen Stabilisierung begonnen hatte.

KONSTRUKTIVER „NORM TAKER“ 1990–2010

Der Frühling 1990 brachte demokratische Wahlen, außenpolitische Souveränität und strategischen Konsens, zunächst unter den Eliten, später in weiten Teilen der Gesellschaft. Die von Ministerpräsident József Antall und Außenminister Géza Jeszenszky praktizierte „Dreierpriorität“ verband euroatlantische Integration, friedliche Nachbarschaftsbeziehungen und die aktive diplomatische Unterstützung der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten. Sie blieb zwei Jahrzehnte lang der außenpolitische Kompass.⁰⁸ Umstritten war höchstens die Rangfolge: Während konservative Regierungen bis 2010 dem Minderheitenschutz tendenziell Vorrang vor gutnachbarlichen Beziehungen einräumten, verfuhr linksliberale meist umgekehrt. Übergeordnet blieb die feste Verankerung in den euroatlantischen Institutionen. Mit dem NATO- und dem EU-Beitritt 1999 und 2004 schwand die Relevanz

01 Vgl. Dionisie Ghermani, Rumäniens Sonderentwicklung im Ostblock, in: APuZ 50/1983, S. 29–28.

02 Vgl. János M. Rainer, Ungarn im Schatten der Sowjetunion 1944 bis 1990: Determinanten und Spielräume, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 66–92.

03 Vgl. Klaus Schröder, Die Ost-West-Finanzbeziehungen nach der Krise 1981–1983, in: APuZ 5/1985, S. 32–46.

04 Vgl. Rainer (Anm. 2).

05 Vgl. Bernhard May, Normalisierung der Beziehungen zwischen der EG und dem RGW, in: APuZ 3/1989, S. 44–54.

06 Vgl. Helmut Kohl, Ich wollte Deutschlands Einheit. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996.

07 Vgl. Csaba Békés, Hungary and the Dissolution of the Warsaw Pact (1988–1991), in: Journal of Cold War Studies 4/2023, S. 4–23.

08 Vgl. Wolfgang Zellner/Pál Dunay, Ungarns Außenpolitik 1990–1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik, Baden-Baden 1998.

der Dreierpriorität allmählich; nach 2010 verlor sie ihre praktische Bedeutung. Dass Ungarns neu gewählte Regierung im Frühsommer 2026 bei der Neuausrichtung der Außenpolitik zu diesen außenpolitischen Prinzipien zurückkehrte, ist jedoch kein Zufall. Nach 16 Jahren disruptiver Außenpolitik unter Viktor Orbán⁰⁹ verleihen äußere Herausforderungen und innere Bedrohungen vor allem der euroatlantischen Integration neue Dringlichkeit.

Historisch gab es nur zwei Phasen, in denen Ungarn zugleich souveräne Außenpolitik betreiben und einen breiten Eliten- und Gesellschaftskonsens über deren strategische Hauptziele herstellen konnte: Zwischen 1920 und 1941 einte das Streben nach territorialer Revision des Vertrags von Trianon Politik und Gesellschaft, machte Ungarn jedoch zum revisionistischen Herausforderer der Versailler Ordnung und band sein Schicksal an das nationalsozialistische Deutschland – mit allen bekannten Folgen. Zwischen 1990 und 2010 wiederum waren drei selten zusammentreffende Faktoren zu beobachten: demokratische Legitimität durch einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens; Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse sowohl in objektiver Hinsicht als auch in seiner demokratisch ausgehandelten Bestimmung; und konstruktives Handeln gegenüber internationalen Partnern und der internationalen Ordnung. Ungarn trat im November 1990 dem Europarat bei, gehörte im Februar 1991 zu den Gründern der Visegrád-Kooperation und unterzeichnete im Dezember das Assoziierungsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften. Parallel unterstützte Budapest den NATOgeführten Stabilisierungseinsatz im ehemaligen Jugoslawien und trat im März 1999 dem Bündnis bei. Diese Schritte verankerten Ungarn im Westen und ermöglichten die Mitgestaltung der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg.¹⁰

Die Nachbarschaftspolitik suchte die beiden übrigen Prioritäten zu verbinden. Die Grundlagenverträge mit der Ukraine 1991, der Slowakei 1995 und Rumänien 1996 sowie das Minderhei-

tenschutzabkommen mit Serbien 2003 sollten die Beziehungen zu vier wichtigen Nachbarn mit bedeutenden ungarischen Minderheiten stabilisieren und deren Schutz bilateral verankern. Doch Spannungen blieben: Das „Statusgesetz“ der ersten Orbán-Regierung von 2001 sollte die Unterstützung der Auslandsungarn institutionalisieren, löste aber Kontroversen insbesondere mit Rumänien und der Slowakei aus, die letztlich innerhalb der europäischen Ordnung befriedet werden konnten.¹¹

Mit dem EU-Beitritt 2004 stand Budapest vor der Aufgabe, seine Rolle als Mitglied neu zu definieren. Diese Anpassung blieb in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts unvollendet. Ungarn trat im Dezember 2007 dem Schengen-Raum bei, der Euro blieb jedoch außer Reichweite. Haushaltsungleichgewichte, steigende Staatsschulden und die fortgesetzte Verletzung des Maastricht-Defizitkriteriums führten zu Defizitverfahren, dem Wechselkursmechanismus ERM II trat das Land nie bei. Erst 2008 wurde eine Außenbeziehungsstrategie verabschiedet, die einen aktiveren wert- und interessengeleiteten Beitrag zu EU-Politiken, diversifizierte Exportmärkte und weltwirtschaftliche Öffnung vorsah.¹² Die Finanzkrise überholte die Umsetzung: Im Herbst 2008 drohten Staatsfinanzierungs- und Währungskrise, IWF und EU mussten Hilfe leisten.¹³

Trotz wirtschaftlicher Probleme und eines gewissen Orientierungsverlusts blieben die außenpolitischen Grundentscheidungen bis 2010 bemerkenswert stabil. Konservative und linksliberale Regierungen setzten bei NATO- und EU-Mitgliedschaft, regionaler Zusammenarbeit, gutnachbarlichen Beziehungen und dem Schutz ungarischer Minderheiten unterschiedliche Akzente, stellten den Konsens von 1990 aber nie grundsätzlich infrage. Die Rolle des „Norm Takers“ war mit souveränem außenpolitischem Handeln und der Verfolgung des nationalen Interesses gut vereinbar: Regeln, Institutionen und strategische Entwicklung der euroatlantischen Ordnung entsprachen weitgehend den Zielen, die Ungarn nach der Wiedergewinnung seiner außenpolitischen Souveränität selbst bestimmt hatte.

⁰⁹ Vgl. Daniel Hegedüs, *What Hungary's Regime Change Means for German EU- and Foreign Policy*, Institut für Europäische Politik, Berlin Perspectives 3, Juni 2026.

¹⁰ Vgl. ders., *Ungarns Selbstperipherisierung in der Europäischen Union: Hintergründe und Aussichten*, in: Ellen Bos/Astrid Lorenz (Hrsg.), *Das politische System Ungarns*, Wiesbaden 2021, S. 191–208.

¹¹ Vgl. Zsolt K. Lengyel, *Ungarn und seine Nachbarn*, in: APuZ 29–30/2009, S. 40–46.

¹² Vgl. Hegedüs (Anm. 10).

¹³ Vgl. Jürgen Dieringer, *Ungarn in der Nachbeitrittskrise*, in: APuZ 29–30/2009, S. 6–11; András Inotai, *Die globale Krise und Ungarn*, in: ebd., S. 18–26.

AUßENPOLITIK IM DIENSTE INNERER AUTOKRATISIERUNG

Die Wahlen von 2010 bedeuteten dann nicht nur einen Regierungs-, sondern auch einen Regimewechsel. Sie leiteten die Autokratisierung des politischen Systems sowie eine außen- und europapolitische Neuorientierung ein.¹⁴ Weil Ungarn im demokratischen und rechtsstaatlichen Integrationsrahmen der EU verblieb, erforderte die Absicherung innenpolitischer Freiräume für den autoritären Umbau zunehmend äußere Autonomie. Druckpotenzial gegenüber westlichen Partnern aufzubauen wurde daher zu einem zentralen außen- und europapolitischen Ziel der Regierung Orbán. Innerhalb der EU setzte Budapest verstärkt auf Blockaden und Vetos, um die politischen Kosten einer Konfrontation für andere Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen zu erhöhen. Nach außen verfolgte es eine zunehmend multivektorale Außenpolitik: enge, freundschaftliche und strategische Beziehungen zu autoritären Großmächten und zentralen Herausforderern des Westens, vor allem zu Russland und der Volksrepublik China. Diese Beziehungen sollten strategische Alternativen signalisieren, zusätzliche wirtschaftliche Vorteile und Möglichkeiten strategischer Korruption erschließen und Ungarns Druckpotenzial gegenüber seinen traditionellen westlichen Partnern erhöhen.¹⁵ Das Regimeinteresse verdrängte das nationale Interesse, der breite Eliten- und Gesellschaftskonsens erodierte, und wie schon zwischen 1920 und 1941 beziehungsweise 1982 und 1990 stellte Ungarn die institutionelle Ordnung seines Umfelds infrage.

Gegenüber der EU praktizierte Budapest bis 2018 vor allem „symbolic compliance“.¹⁶ Demonstrative Verhandlungsbereitschaft begrenzte zunächst die Konflikte um Verstöße gegen Unionsrecht, nach 2017 eskalierte das Verhältnis jedoch infolge der Verabschiedung des Hochschulgesetzes, das sich gegen die von George Soros finanzierte Central European

University (CEU) richtete, und des Gesetzes zur Einhegung der Zivilgesellschaft. Die Auseinandersetzung verlagerte sich von der abstrakten Ebene institutioneller Rechtsstaatlichkeitskonflikte zunehmend auf das Feld der Grundrechte. Institutionellen Ausdruck fand die Eskalation in der Einleitung des Artikel-7-Verfahrens 2018, der Suspendierung der Fidesz-Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei 2019 und der gemeinsamen ungarisch-polnischen Blockade des Mehrjährigen Finanzrahmens und des Wiederaufbaupakets der EU 2020 zur Bewältigung der Folgen der Coronapandemie. Die ungarischen Anti-LGBTQ-Gesetze von 2020 und 2021 verschärfen den Grundrechtskonflikt zusätzlich.¹⁷

Die Annäherung an autoritäre Mächte bildete dabei das Gegenstück zur Auseinandersetzung mit der EU. Spätestens ab 2014 galt China als zentraler potenzieller Wirtschafts- und Investitionspartner, der die wegen Autokratisierung und Korruption gesperrten EU-Mittel teilweise kompensieren sollte. Budapest vertrat in EU-Entscheidungsprozessen zunehmend Peking genehme Positionen zu Xinjiang und den Uiguren, zu Hongkong oder dem Südchinesischen Meer und blockierte oder verwässerte gemeinsame Erklärungen. Als Unterstützer der von China ins Leben gerufenen „16+1-Kooperation“ bewarb es sich um die Rolle eines regionalen Knotenpunkts chinesischer Wirtschaftsinteressen. Kooperationen betrafen die kreditfinanzierte Bahnstrecke Belgrad–Budapest, die Logistik- und Regionalaktivitäten des Konzerns Huawei sowie den geplanten Budapester Ableger der Shanghaier Fudan-Universität, der jedoch am Widerstand der Hauptstadtbevölkerung scheiterte. Anders als die meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten widersetzte sich Ungarn zudem dem US-Druck zur Beschränkung Huaweis beim Ausbau der 5G-Infrastruktur.¹⁸ Die 2022 gesperrten EU-Kohäsions- und Wiederaufbaumittel erhöhten Ungarns Bedarf an chinesischen Direktinvestitionen, Peking wiederum wollte demonstrieren, dass es die Treue europäischer Partner großzügig vergütet. Zwischen 2022 und 2026 kündigten chinesische Unternehmen Investitionen von über

¹⁴ Vgl. András Bozóki/Daniel Hegedüs, Hybridregime unter externer Kontrolle. Zum Charakter der ungarischen Politik, in: Osteuropa 3–5/2018, S. 149–169.

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. Agnes Batory, Defying the Commission: Creative Compliance and Respect for the Rule of Law in the EU, in: Public Administration 3/2016, S. 685–699.

¹⁷ Vgl. Hegedüs (Anm. 10).

¹⁸ Vgl. Andrea Éltető et al., China's European Bridgehead? The Chinese Economic Presence in Hungary, Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest 2024.

20 Milliarden US-Dollar in Ungarn an, das damit an die Spitze chinesischer Investitionsziele in Europa rückte.¹⁹

Gegenüber Russland spielte die geopolitische und sicherheitspolitische Dimension eine größere Rolle. Nach der Annexion der Krim 2014 und der Besetzung von Teilen der Ostukraine vertiefte Ungarn die Energiepartnerschaft mit Moskau, statt sich zu entkoppeln. Russland vergab einen Kredit von zehn Milliarden Euro für das Kernkraftwerk Paks II, während Budapest zur diplomatischen Bühne Moskaus wurde. Auf ukrainische Einschränkungen des minderheitensprachlichen Unterrichts 2017 (und damit der Rechte transkarpatischer Ungarn) reagierte Budapest mit der Blockade hochrangiger Treffen der NATO-Ukraine-Kommission. Nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 behinderte es die Ukraine-Fazilität über 50 Milliarden Euro und die Umsetzung des 2025 vereinbarten EU-Kredits von 90 Milliarden Euro für 2026/27. Es blockierte zudem Erstattungen militärischer Hilfen der Mitgliedstaaten aus der Europäischen Friedensfazilität und verzögerte oder verwässerte Sanktionspakete. Weniger ausgeprägt war dieses Verhalten auch in der NATO zu beobachten: Gemeinsam mit der Türkei verzögerte Ungarn den Beitritt Finnlands und Schwedens zum Bündnis.²⁰

Vor den Wahlen 2026 verschärfte das Orbán-Regime dann nochmals die Spannungen mit der Ukraine: Es stoppte Dieselausfuhren, drohte mit dem Ende von Strom- und Gasexporten und griff zu hybriden Maßnahmen wie der rechtswidrigen Beschlagnahme eines ukrainischen Bargeld- und Goldkonvois, die Kyjiw als „Geiselnahme“ verurteilte. Aus ukrainischer Sicht benahm sich Ungarn wie ein feindlicher Staat; innerhalb der EU vertrat es zunehmend als strategischer Verbündeter des Kremls russische Interessen.

Die Konflikte mit den EU-Institutionen und die multivektorale Außenpolitik hatten sich zu einer sich wechselseitig verstärkenden Eskalationsspirale verbunden, deren Dynamik sich nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine er-

heblich verschärfte. Vor 2022 hatte diese Form der Außenpolitik wirksam Druckpotenzial gegenüber westlichen Partnern geschaffen und die Eskalation von Konflikten um die innere Autokratisierung gebremst, indem sie signalisierte, dass eine Konfrontation mit Budapest übergreifende geopolitische Kosten verursachen würde. Nach dem russischen Angriff und angesichts der Unfähigkeit Budapests, seinen strategischen Kurs zu ändern, wurde dieselbe Orientierung jedoch zur ernsthaften sicherheitspolitischen Bedrohung und Belastung für die EU und das westliche Bündnissystem. Die EU-seitige Entscheidung, Kohäsionsgelder auszusetzen und Wiederaufbaumittel zurückzuhalten, kam daher kaum überraschend, auch wenn sie eher mit strategischer Korruption und rechtsstaatlichen Defiziten in Ungarn begründet wurde als mit der außenpolitischen Ausrichtung des Landes.

So wurde die multivektorale Außenpolitik, die vor 2022 eine wesentliche Voraussetzung innerer Autokratisierung gewesen war, nach 2022 zu einem wichtigen Katalysator des Regimeendes. Sie hatte nie auf einem breiten Eliten- oder Gesellschaftskonsens beruht, sondern die politische Spaltung einer nach wie vor stark proeuropäischen Gesellschaft vertieft,²¹ deren Wahlverhalten allerdings vornehmlich innenpolitisch bestimmt blieb. Als sich nach 2022 die Konflikte mit traditionellen westlichen und regionalen Verbündeten einschließlich Polen verschärfen, wurde immer deutlicher, dass dieser außenpolitische Kurs ein strategischer Fehler historischen Ausmaßes war. Nicht zuletzt mit dem Versprechen, Ungarns Westorientierung wiederherzustellen, gewann Tisza bei den historischen Wahlen 2026 dann eine verfassungsändernde Mehrheit.²²

In historischer Perspektive zeigt sich, dass sowohl Kádárs als auch Orbáns Außenpolitik zum jeweiligen Regimeende beitrugen, als sich das internationale Umfeld veränderte: in den 1980er Jahren durch den wirtschaftlichen Sieg des Westens über die Sowjetunion und das Übergreifen der dritten Demokratisierungswelle auf den Ostblock, 2022 durch Russlands Auftreten als offene strategische und militärische Bedrohung der europäischen Sicherheitsordnung und der inter-

¹⁹ Vgl. Agatha Kratz et al., *Chinese Investment Rises to 7-Year High. Chinese FDI in Europe: 2025 Update*, Rhodium Group/Mercator Institute for China Studies, Berlin 2026. Investitionsankündigungen sind von tatsächlich getätigten Direktinvestitionen zu unterscheiden.

²⁰ Vgl. András Rácz, *Krieg, Kurswechsel, Kontinuität. Ungarns Ukraine- und Russlandpolitik*, in: *Osteuropa* 4–5/2022, S. 155–163.

²¹ Vgl. Eurobarometer, *EP Autumn 2025 Survey*, Februar 2026, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3632>.

²² Vgl. Ellen Bos, *Machtwechsel in Ungarn. Die Parlamentswahlen vom 12. April 2026*, in: *Osteuropa* 1–2/2026, S. 43–64.

nationalen Ordnung nach 1945. Kádárs außenpolitischer Strategiewechsel Anfang der 1980er Jahre half dabei, die kommunistische Herrschaft um fast ein Jahrzehnt zu verlängern. Auch Orbáns Ende war wohl nicht unvermeidlich, letztlich aber Folge innerer und intellektueller Erstarrung, die eine Kurskorrektur unmöglich machte.

FAZIT

Zwei Fragen bleiben: Wie kommt es, dass unter Orbán das Regimeinteresse erneut das nationale Interesse verdrängte? Und warum änderte Ungarn seine Strategie häufiger als vergleichbare Nachbarstaaten?

Fehlende Staatlichkeit oder Souveränität erklären dies kaum, denn beides gehört zur allgemeinen ostmitteleuropäischen Erfahrung. Kennzeichnend für Ungarn ist die lange Fortdauer formaler Staatlichkeit ohne Souveränität. Sie lenkte das politische Denken von der Außenpolitik auf Felder tatsächlicher Handlungsmacht und verhinderte so eine starke strategische Kultur und außenpolitische Tradition. In der Neuzeit konzentrierte sich strategisches Denken bis 1920 vor allem auf Österreich, die Nationalitäten des Königreichs, dessen territoriale Integrität innerhalb der Habsburgermonarchie und seine herausgehobene Stellung nach 1867. Nach Trianon fixierte sich das wieder souveräne Ungarn auf die Revision der ungerechten Versailler Ordnung, die das Königreich zerschlagen und ihm zwei Drittel seines Territoriums genommen hatte – eine Fixierung, die eine ernsthafte Abwägung der Folgen eines Kriegseintritts im Zweiten Weltkrieg an deutscher Seite verhinderte. Nach 1945 fehlte daher eine anschlussfähige Tradition: Die gesammelten Erfahrungen wurden vom Kommunismus verworfen und waren wegen ihres missratenen und erfolglosen Revisionismus auch nicht reproduzierbar. Das Fehlen einer überlieferten strategischen Tradition verschaffte dem Kádár-Regime dann nach 1963 beträchtliche Freiheiten, seine Außenpolitik am Regimeinteresse auszurichten.

Auch der scheinbar robuste Konsens von 1990 bis 2010 verhinderte nicht, dass Orbán ohne entsprechenden Eliten- oder Gesellschaftskon-

sens zur regimeinteressengeleiteten Außenpolitik zurückkehren konnte. Das Fehlen einer gesellschaftlich verankerten außenpolitischen Tradition und strategischen Kultur erschwerte die Bestimmung und Verfolgung nationaler Interessen. Die ungarische Entwicklung nach 2010 steht zwar im Kontext einer breiteren europäischen Erosion des Eliten- und Gesellschaftskonsenses über nationale Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik, gleichwohl sind Qualität und Tiefe außenpolitischen Denkens sowie die langfristige Kontinuität grundlegender außenpolitischer Strategien in Ländern wie Polen oder Rumänien deutlich ausgeprägter als in Ungarn.

Zudem belasteten historische Traumata die souveränen, am nationalen Interesse orientierten Phasen ungarischer Außenpolitik von 1990 bis 2010 und seit April 2026. Staat und Nation sind im Falle Ungarns nicht deckungsgleich. Der ungarische Staat trägt verfassungsrechtliche Verantwortung für die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten, und diese Verantwortung wahrzunehmen, ist berechtigt. Sie zum leitenden außenpolitischen Prinzip zu erheben, ist jedoch strategisch selbstschädigend. Die neue Tisza-Regierung läuft Gefahr, diesen strategischen Fehler in ihrer Ukrainepolitik zu wiederholen.²³ Angesichts russischer Aggression gegen die europäische Sicherheitsordnung kann Ungarns Interesse an der Ukraine nicht auf die Sprachrechte einer Minderheit von 70 000 bis 100 000 Menschen reduziert werden, so wichtig diese auch bleiben.

Polens außenpolitisches Denken begegnete diesen Herausforderungen mit der Giedroyc-Mieroszewski-Doktrin.²⁴ Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes hängen von freien, unabhängigen östlichen Nachbarn ab – der Ukraine, Litauen und Belarus. Historische Konflikte und erinnerungspolitische Auseinandersetzungen müssen aus dieser Sicht konstruktiv überwunden werden, um der gemeinsamen Hauptbedrohung Russland zu begegnen. Ungarn fehlt eine solche Doktrin. Sie zu formulieren, wäre eine zentrale Aufgabe seiner demokratischen außenpolitischen Eliten. Damit die Außen- und Europapolitik Ungarns dem nationalen Interesse dient, statt erneut autokratische Bestrebungen im Innern zu stärken.

²³ Vgl. Hegedüs (Anm. 9).

²⁴ Vgl. Ola Hnatiuk, Die neue Nähe und ihre Wurzeln. Polen und die Ukraine in Literatur und Gesellschaft, in: Osteuropa 6–8/2022, S. 311–322.

DANIEL HEGEDÜS

ist Politikwissenschaftler und stellvertretender Direktor des Instituts für Europäische Politik in Berlin.

ORBÁNS LEGACIES

Chancen und Hindernisse der Re-Demokratisierung Ungarns

Ellen Bos

Am 12. April 2026 endete in Ungarn eine politische Ära. Nach 16 Jahren Regierungszeit wurde die von Viktor Orbán geführte Partei Fidesz (Fiatl Demokraták Szövetsége, Bund der Jungen Demokraten)⁰¹ abgewählt. Der erst zwei Jahre zuvor auf die politische Bühne getretene Péter Magyar ging als klarer Sieger aus den Wahlen hervor. Die von ihm 2024 übernommene, bis dahin völlig unbedeutende Partei Tisza (Tisztelet és Szabadság, Respekt und Freiheit) erzielte einen Erdrutschsieg und eine klare Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament.⁰²

Der Wahlsieg von Péter Magyar leitete die dritte grundlegende Wende in der Entwicklung der ungarischen Demokratie seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems ein. Der erste Wendepunkt war der Systemwechsel von 1989, in dessen Folge Ungarn schnell zum Modell für eine erfolgreiche Demokratisierung und zügige Konsolidierung der neu entstandenen Demokratie avancierte. Der Wahlsieg von Fidesz im Jahr 2010 markierte die nächste Zäsur. Innerhalb weniger Jahre erodierten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, das Land wurde zum Musterbeispiel einer „illiberalen Demokratie“.⁰³ Die verheerende Niederlage von Fidesz im April 2026 schafft nun die Grundlage für eine erneute Kehrtwende, diesmal in Richtung einer Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

DEMOKRATISCHE KONSOLIDIERUNG UND POLARISIERUNG

Die Demokratisierung Ungarns begann 1989 mit einem zwischen Vertretern der herrschenden Sozialistischen Partei und Repräsentanten der neu entstandenen oppositionellen Parteien ausgehandelten Systemwechsel am Runden Tisch. Möglich wurde der politische Neuanfang durch eine Totalrevision der sozialistischen Verfassung von 1949 und die Einigung auf die Durchführung erster frei-

er Wahlen im Frühjahr 1990. Mit der „Verfassung der Wende“ entstand ein parlamentarisches Regierungssystem mit einem Einkammerparlament und einer gegenüber dem Parlament verantwortlichen Regierung. Der Staatspräsident wurde mit überwiegend repräsentativen Kompetenzen ausgestattet, das Verfassungsgericht wurde nach deutschem Vorbild gestaltet. Zudem einigten sich die Akteure auf ein komplexes, gemischtes Wahlsystem, das Verhältnis- und Mehrheitswahl verband und ein kompensatorisches Element enthielt, um klare Regierungsmehrheiten zu ermöglichen.

Obwohl diese „Verfassung der Wende“ nur als Provisorium gedacht war, kam es nach den ersten freien Wahlen nicht zur Verabschiedung einer vollständig neuen Verfassung. Dennoch erwiesen sich die neukonstituierten demokratischen Institutionen und die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse als stabil. Dies lag nicht zuletzt daran, dass sich schnell ein bipolares Parteiensystem mit jeweils einer großen Partei und ein bis zwei kleineren Parteien rechts und links der politischen Mitte herausbildete. Auch die bis 2006 nach jeder Wahl stattfindenden Regierungswechsel verliefen reibungslos.⁰⁴

Parallel zu diesem Konsolidierungsprozess nahm jedoch die politische Polarisierung kontinuierlich zu. Die beiden politischen Lager standen sich immer unversöhnlicher gegenüber und betrachteten den jeweiligen Gegner zunehmend nicht mehr als legitimen Konkurrenten, sondern als existenzielle Bedrohung. Für die Linke erschien Fidesz als Gefahr für die Demokratie, für die Rechte war die postkommunistische Linke eine Gefahr für die Nation. Diese Konfrontation blieb nicht ohne Folgen: Die Ministerialbürokratie wurde immer stärker politisiert, und die Polarisierung erfasste Medien, Wissenschaft, Kultur und andere gesellschaftliche Bereiche, sodass es immer schwieriger wurde, neutrale Positionen einzunehmen oder politische Kompromisse einzugehen. Nach den Wahlen 2006 verschärfte

sich diese Situation weiter. Eine heimlich mitgeschnittene Rede des damaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, in der dieser einräumte, die Wähler vor der Wahl bewusst belogen zu haben, löste Massenproteste aus, gegen die die Polizei zum Teil mit Gewalt vorging. Die Folgen der globalen Finanzkrise und Korruptionsskandale der regierenden Sozialistischen Partei erschütterten das Vertrauen in die politische Ordnung zusätzlich.⁰⁵

EROSION DER DEMOKRATIE

In dieser Krisensituation erzielte Fidesz 2010 einen Erdrutschsieg. Viktor Orbán deutete diesen als „Revolution in den Wahlkabinen“, die der neuen Regierung die Legitimation für einen umfassenden Systemumbau verschafft habe. Die parlamentarische Zweidrittelmehrheit eröffnete ihr dabei Handlungsmöglichkeiten, über die keine Regierung seit 1990 verfügt hatte. Schon in der ersten Legislaturperiode wurde der Umbau von Politik und Gesellschaft mit hohem Tempo vorangetrieben: Hunderte von Gesetzen wurden ohne umfassende gesellschaftliche Konsultationen oder vertiefte parlamentarische Debatten verabschiedet; das Parlament wurde zunehmend auf die Funktion reduziert, Entscheidungen der Exekutive zu bestätigen.⁰⁶

Im Zentrum des Systemumbaus standen zunächst eine neue Verfassung, ein neues Wahlrecht und eine Neuordnung des Mediensystems. Das 2011 allein mit den Stimmen der Regierungsmehrheit beschlossene Grundgesetz brachte die politischen und ideologischen Präferenzen des Fidesz deutlich zum Ausdruck; zahlreiche Politikbereiche wurden durch nur mit Zweidrittelmehr-

heit änderbare „Kardinalgesetze“ geregelt und die Kompetenzen des Verfassungsgerichts eingeschränkt. Als Grundmuster des Systemumbaus zeichnete sich die Konzentration von Macht und politischer Steuerung bei der Exekutive durch die Schwächung institutioneller Gegengewichte ab.

Das neue Wahlrecht hielt zwar an der Grundstruktur des Systems von 1989 fest, verstärkte aber dessen mehrheitsbildende Wirkung. Der Anteil der Direktmandate wurde erhöht, in den Einerwahlkreisen wurde die absolute durch die relative Mehrheitswahl ersetzt. Zudem wurde eine Gewinnerkompensation eingeführt, wodurch die stärkste Partei bei der Zuteilung der Sitze begünstigt wurde.⁰⁷ Zusammen mit dem neuen, an wahltaktischen Kriterien orientierten Zuschnitt der Wahlkreise erleichterte das neue Wahlrecht Fidesz 2014, 2018 und 2022 den erneuten Gewinn einer Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Die öffentlichen Medien wurden zentralisiert und der politische Einfluss auf ihre Aufsicht und Kontrolle verstärkt. Zugleich wurde durch Eigentümerwechsel und eine gezielte Vergabe staatlicher Ressourcen ein regierungsnahes Mediennetzwerk etabliert. Regierungsunabhängige Medien blieben zwar erhalten, wurden aber marginalisiert, da sie über deutlich schlechtere strukturelle Bedingungen verfügten.

Ein weiteres Kernelement des Systemumbaus war der umfassende Austausch von Führungspersonal. Zentrale Positionen in Verwaltung, Justiz, Aufsichtsbehörden, öffentlichen Medien, Wissenschaft und Kultur wurden mit loyalen Personen besetzt. Lange Amtszeiten und besondere Regeln für die Nachbesetzung sollten ihren Einfluss über einen möglichen Regierungswechsel hinaus sichern. Institutionelle Kontrolle wurde so nicht nur durch Kompetenzverlagerungen, sondern auch durch personelle Vereinnahmung geschwächt.

Später richteten sich Reformen verstärkt gegen gesellschaftliche Gegengewichte und schränkten die Handlungsräume von NGOs, akademischen Einrichtungen und oppositionellen Parteien ein. Ab 2015 erweiterte zudem eine Abfolge von Ausnahmezuständen den Entscheidungsspielraum der Exekutive.

Zum institutionellen Umbau trat eine ideologische Komponente hinzu, in deren Zentrum ein antipluralistisches Verständnis von Nation und politischer Repräsentation stand. Fidesz präsentierte

01 2003 wurde der Parteiname durch das Kürzel MPP (Magyar Polgári Szövetség, Ungarischer Bürgerbund) ergänzt.

02 Vgl. Ellen Bos, Machtwechsel in Ungarn. Die Parlamentswahlen vom 12. April 2026, in: Osteuropa 1–2/2026, S. 43–63.

03 Vgl. dies., Functional Deficiencies of Democracy and Instrumentalization of Democratic Procedures in Hungary, in: dies./ Astrid Lorenz (Hrsg.), Politics and Society in Hungary. (De-)Democratization, Orbán and the EU, Wiesbaden 2023, S. 29–40.

04 Vgl. Ellen Bos, Ungarn unter Spannung. Zur Tektonik des politischen Systems, in: Osteuropa 12/2011, S. 39–64, hier S. 42–45.

05 Vgl. ebd., S. 46–51.

06 Zum Systemumbau nach 2010 vgl. Bos (Anm. 3); Zsolt Enyedi/Bálint Mikola, Legislative Capture in Hungary: Well Managed Autocratization, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 1/2024, S. 34–46.

07 Zum Wahlsystem vgl. Bos (Anm. 2), S. 44–47.

sich zunehmend nicht als eine Partei unter mehreren, sondern als einzig legitimen Vertreter der ungarischen Nation, die als homogene, an traditionellen christlichen und konservativen Werten orientierte Gemeinschaft gezeichnet wurde. Seit 2014 propagierte Orbán zudem den „illiberalen Staat“. In diesem sollten nicht individuelle Rechte und Machtbegrenzung, sondern der Vorrang der Gemeinschaft und die Handlungsfähigkeit des Staates maßgeblich sein. Nach 2022 rückte die Verteidigung nationaler Souveränität in den Mittelpunkt.

Zur Legitimation der Regierung diente nicht zuletzt die permanente Konstruktion äußerer und innerer Feinde – von „Brüssel“ und George Soros über Migranten bis hin zur Opposition, NGOs, kritischen Medien und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Die schon vor 2010 vorhandene Tendenz, politische Gegner zu delegitimieren, wurde dabei systematisch radikalisiert und zur Herrschaftstechnik ausgebaut.

Das Erbe des Orbán-Systems lässt sich insofern nicht auf einzelne Gesetze oder Institutionen reduzieren. Seine Stabilität beruhte auf dem Zusammenwirken rechtlicher, institutioneller, personeller, ökonomischer und kommunikativer Elemente.⁰⁸ Gerade diese Kombination machte das umgebaute System so widerstandsfähig und erschwerte nun seine Rückabwicklung.

Eine erste Hinterlassenschaft ist die institutionell-rechtliche „Einbetonierung“. Verfassung und Kardinalgesetze begrenzten die Handlungsmöglichkeiten künftiger einfacher Parlamentsmehrheiten; Kompetenzen des Verfassungsgerichts waren eingeschränkt. Auch das stark disproportionale Wahlrecht, das der stärksten Partei und damit Fidesz Vorteile verschaffte, gehört zu diesem Erbe.

Eine weitere Hinterlassenschaft ist personeller Natur: Langfristig ernannte Amtsträger und Führungspersonen besetzen auch nach dem Regierungswechsel Schlüsselpositionen in Justiz und Kontrollinstitutionen. Dies verlängert die politische Reichweite des Fidesz über die eigene Regierungszeit hinaus. Auch das Mediensystem stützte bislang die Dominanz des Fidesz im öffentlichen Diskurs. Zudem ist eine politisch-ökonomische Infrastruktur entstanden, in der staatliche Macht eng mit politisch loyalen Unternehmen verflochten ist. Staatliches Vermögen wurde in erheblichem Umfang auf „Stiftungen zur Verwaltung von Vermögenswerten im öffentlichen Interesse“

übertragen, deren Kuratorien langfristig mit Fidesz-loyalen Personen besetzt sind – was den Zugriff auf dieses Vermögen nach dem Regierungswechsel erschwerte.

Hervorzuheben ist schließlich auch das politisch-kulturelle Erbe und hier vor allem die antipluralistische Grundhaltung, die damit verbundene starke Polarisierung zwischen den politischen Lagern sowie die Delegitimierung politischer Gegner. Das alles gibt es zwar nicht erst seit 2010, aber die Regierung Orbán radikalisierte diese Tendenzen, verankerte sie institutionell und gestaltete den politischen Wettbewerb dauerhaft zu ihren Gunsten um.

VOM BEGNADIGUNGSSKANDAL ZUM MACHTWECHSEL

Dass es 2026 überhaupt zu einem Bruch mit dem System Orbán kommen konnte, hat mit Ereignissen zu tun, die im Februar 2024 ihren Anfang nahmen. Damals wurde bekannt, dass Staatspräsidentin Katalin Novák einen Mann begnadigt hatte, der wegen der Vertuschung sexuellen Missbrauchs in einem Kinderheim verurteilt worden war. Der Fall traf einen Kernbereich der moralischen Selbstinszenierung des Orbán-Systems, das den Kinderschutz zuvor zu einem zentralen politischen Thema gemacht hatte. Er entwickelte eine enorme politische Sprengkraft, die auch durch die Rücktritte von Novák und der ehemaligen Justizministerin Judit Varga, bis 2023 mit Péter Magyar verheiratet, nicht begrenzt werden konnte.⁰⁹ Vielmehr wurde der Skandal zum Kristallisationspunkt einer bereits vorhandenen, verbreiteten Unzufriedenheit mit der Leistungsbilanz der Orbán-Regierung. Seit Jahren belasteten hohe Inflation, wirtschaftliche Stagnation und sinkende Reallöhne einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Gleichzeitig wurden die Defizite des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Infrastruktur immer offensichtlicher, hinzu kam eine wachsende Empörung über systemische Korruption und die demonstrative Bereicherung der Fidesz-Elite.

In dieser Situation betrat das bisherige Fidesz-Mitglied Péter Magyar die politische Bühne. Er erklärte seinen Bruch mit dem System Orbán und kritisierte dessen Ideologie als bloßen „Zuckerguss“, der Machtmissbrauch und Bereicherung verschleierte. Seine Herkunft aus dem Inneren des

⁰⁸ Vgl. dies. (Anm. 3), S. 43.

⁰⁹ Vgl. dies. (Anm. 2).

Fidesz-Systems verlieh seiner Kritik besondere Glaubwürdigkeit. Magyar beschränkte sich aber nicht auf scharfe Kritik am Orbán-System, sondern entwarf zugleich die positive Zukunftsvision eines funktionsfähigen, modernen und europäischen Ungarn, das auf konservativen, bürgerlichen und nationalen Traditionen basiert. Er wandte sich also nicht gegen das konservative Selbstverständnis vieler Ungarn, sondern griff dieses auf und unterlief zugleich Orbáns Anspruch auf die alleinige Repräsentation des nationalkonservativen Lagers.

Innerhalb weniger Monate veränderte sich das Parteiensystem grundlegend. Bei den Europawahlen im Juni 2024 erreichte die erst wenige Wochen vorher von Magyar übernommene Tisza quasi aus dem Stand heraus knapp 30 Prozent der Stimmen, ab Herbst 2024 lag die Partei in den meisten unabhängigen Umfragen mit wachsendem Abstand vor Fidesz. Lokale „Tisza-Inseln“ und die ständige Präsenz Magyars im ganzen Land machten sie zu einer gesellschaftlichen Mobilisierungsbewegung, die auch in Fidesz-Hochburgen vordrang. Die bisherigen Oppositionsparteien wurden zunehmend marginalisiert.

Die Wahl 2026 wurde dann zu einem Referendum über die Zukunft Ungarns. Während Tisza die Ankündigung notwendiger Strukturreformen im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie in der Infrastrukturpolitik mit dem Versprechen verband, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit wiederherzustellen und Ungarn neu in der EU zu verankern, setzte Fidesz auf eine negative Kampagne der Angst und der Feindbilder und zeichnete für den Fall einer Wahlniederlage eine dystopische Zukunft für Ungarn. Doch diese Strategie verfiel nicht mehr. Die Rekordwahlbeteiligung von 79,6 Prozent und der deutliche Sieg Tiszas zeigen, wie groß der Wunsch nach einem Regierungswechsel und die Mobilisierungskraft von Péter Magyar waren. Allerdings: Noch immer stimmten von rund 8,1 Millionen Wahlberechtigten 2,4 Millionen Menschen für Fidesz. Von einem gesellschaftlichen Konsens über die Überwindung des Orbán-Systems kann deshalb keine Rede sein.

RÜCKKEHR ZU DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Mit dem Machtwechsel von 2026 ist zwar ein über viele Jahre verfestigtes Herrschaftssystem abgelöst worden, die Hinterlassenschaften des Orbán-

Systems wurden jedoch nicht beseitigt. Die neue Regierung steht deshalb vor der großen Aufgabe, „geerbte“ institutionelle und personelle Blockaden abzubauen und zugleich eine demokratische Ordnung zu schaffen, die politische Macht wirksam begrenzt, fairen Wettbewerb gewährleistet und einen erneuten autoritären Rückfall erschwert. Die Zweidrittelmehrheit Tiszas ist dabei Chance und Risiko zugleich. Einerseits ermöglicht sie es der Regierung, Blockaden zu beseitigen, die eine einfache Mehrheit kaum überwinden könnte. Andererseits aber verfügt nun erneut eine einzige politische Kraft über genau jene Machtfülle, die den Aufbau des Systems Orbán erst ermöglicht hatte. Entscheidend ist daher nicht nur, was die neue Mehrheit verändert, sondern auch, wie sie ihre Macht einsetzt.

In den ersten hundert Tagen leitete die neue Regierung einen umfassenden Reformprozess ein und inszenierte zugleich symbolisch den Bruch mit dem alten System. Letzteres spielte bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 9. Mai 2026 eine zentrale Rolle. Dort wurde nicht nur die Flagge der Europäischen Union wieder am Parlament aufgezogen, sondern neben der ungarischen Hymne auch die Europahymne und erstmals ein als Hymne der Roma geltendes Lied im Parlament gespielt.¹⁰

Zentrale institutionelle Veränderungen erfolgten durch zwei Verfassungsänderungen. Die erste begrenzt die Amtszeit eines Ministerpräsidenten auf acht Jahre und schafft die Voraussetzungen für die Auflösung der „Stiftungen zur Verwaltung von Vermögenswerten“.¹¹ Die zweite, ausdrücklich als Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten einer neuen Verfassung deklarierte Änderung verkürzt unter anderem die Amtszeit der Verfassungsrichter, schließt deren Wiederwahl aus und führt die Altersgrenze von 70 Jahren wieder ein. Zugleich erhielt das Verfassungsgericht seine umfassende Normenkontrollkompetenz für Haushalts- und Steuergesetze zurück. Änderungen bei der Justizverwaltung und beim Obersten Gericht stärken ebenfalls

¹⁰ Vgl. Ilona Gizińska, *Magyar's First 100 Days in Office*, Centre for Eastern Studies, 19.8.2026, www.osw.waw.pl/sites/default/files/OSW_Commentary_745_0.pdf.

¹¹ Vgl. Balázs Cseke/Andrea Horváth Kávai, *Hungarian Parliament Adopts Amendment to Fundamental Law Which Prevents Viktor Orbán from Ever Being PM Again*, 15.6.2026, <https://telex.hu/english/2026/06/15/hungarian-parliament-adopts-amendment-to-fundamental-law-which-prevents-viktor-orban-from-being-pm-again>.

die richterliche Autonomie. Außerdem wurden die Amtszeit des damaligen Staatspräsidenten Tamás Sulyok mit einer Übergangsregel vorzeitig beendet, ein großer Teil der Kardinalgesetzgebung zurückgenommen und das 2023 geschaffene „Amt zum Schutz der Souveränität“ aufgelöst. Auch die Medienaufsicht und der öffentliche Dienst wurden reformiert und weitere Schritte zur Rückführung öffentlichen Vermögens und zur stärkeren Kontrolle öffentlicher Aufträge eingeleitet.¹²

RULE-OF-LAW-DILEMMA UND NEUE VERFASSUNG

Mit diesen Reformen stellt sich jedoch die Frage nach den legitimen Mitteln der Re-Demokratisierung. Die zentrale Frage lautet: Welche Instrumente sind zulässig, wenn eine demokratisch gewählte neue Mehrheit Strukturen beseitigen will, die auf legalem Wege geschaffen wurden, um die Macht der bisherigen Herrschaftselite über einen Regierungswechsel hinaus abzusichern? Wer zur Wiederherstellung des Rechtsstaats rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, riskiert lediglich eine Umkehrung der politischen Vorzeichen. Andererseits können demokratische Mehrheiten handlungsunfähig bleiben, wenn Verfassung, qualifizierte Mehrheiten und langfristig besetzte Ämter jede grundlegende Korrektur blockieren.

Ungarn liefert für dieses Dilemma konkrete Anschauungsfälle. Besonders umstritten ist die vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Staatspräsidenten und die Wiedereinführung einer Altersgrenze von 70 Jahren für Verfassungsrichter, durch die mehrere amtierende Richter ihre Position ebenfalls vorzeitig verloren. Ähnliche Instrumente hatte bereits die Orbán-Regierung genutzt. Die neue Mehrheit greift damit teilweise auf Instrumente zurück, die an Praktiken des „autocratic legalism“ erinnern, um dessen Folgen zu beseitigen.¹³ Solche Übergangsmaßnahmen sind nur dann zu legitimieren, wenn sie eindeutig

der Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen und unabhängiger Kontrollinstitutionen dienen, sachlich und zeitlich begrenzt sind und in eine neue institutionelle Ordnung münden, in der vergleichbare außergewöhnliche Machtmittel künftig nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der wichtigste Test für die Tisza-Regierung wird deshalb die angekündigte neue Verfassung sein, die ab Oktober 2026 ausgearbeitet werden soll. Hier bietet die ungarische Verfassungsgeschichte zwei gegensätzliche Bezugspunkte. 1989 beruhte die demokratische Neuordnung auf Verhandlungen und breitem Konsens, 2011 verabschiedete allein die damalige Regierungsmehrheit ein Grundgesetz, das eng mit dem politischen Projekt des Fidesz verbunden war. Eine neue Verfassung, die nun lediglich die Präferenzen Tisas widerspiegelte, würde Zweifel an ihrer Legitimität wecken. Gerade weil die Partei über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, besteht ihre demokratische Bewährungsprobe in der Selbstbegrenzung. Eine neue Verfassung sollte aus einem umfassenden gesellschaftlichen und fachlichen Konsultationsprozess hervorgehen und Gewaltenteilung, unabhängige Kontrollinstitutionen und Oppositionsrechte dauerhaft absichern. Besonders aussagekräftig wird deshalb die ebenfalls angekündigte Reform des Wahlrechts werden. Auch hier wäre ein Akt der Selbstbeschränkung notwendig, da die Tisza-Mehrheit ein System beenden müsste, von dessen disproportionaler Wirkung sie 2026 selbst erheblich profitiert hat. Am neuen Wahlrecht wird sich zeigen, ob die neue Mehrheit bereit ist, auf eigene strukturelle Vorteile zugunsten fairer Wettbewerbsbedingungen zu verzichten.

Doch selbst eine vorbildliche neue Verfassung würde nur einen Teil der Aufgabe lösen. Demokratische Erosion hinterlässt informelle Praktiken, politische und wirtschaftliche Netzwerke sowie politische Verhaltensmuster, die sich nicht per Verfassungsänderung beseitigen lassen. Dies gilt zunächst für die personellen und wirtschaftlichen Netzwerke des Orbán-Systems. Korruption muss aufgearbeitet und öffentliches Vermögen gegebenenfalls auf rechtsstaatliche Art und Weise zurückgeführt werden – Verantwortlichkeit muss individuell nachgewiesen werden –, und die Entpolitisierung des öffentlichen Dienstes darf nicht darin bestehen, Fidesz-loyales Personal durch Tisza-loyale Amtsträger zu ersetzen.

Noch schwieriger ist die Veränderung der politischen Kultur. Magyars Versprechen, die ge-

¹² Vgl. dies., *Hungarian Parliament Passes Law Ousting Orbán-Allied President*, 13.7.2026, <https://telex.hu/english/2026/07/13/hungarian-parliament-adopts-amendment-to-fundamental-law-which-ends-term-of-orban-loyalist-president-and-sends-head-of-constitutional-court-to-retirement>.

¹³ Vgl. Kim Lane Scheppele, *Autocratic Legalism*, in: *University of Chicago Law Review* 2/2018, S. 545–583; Nóra Chronowski, *The New Constitutional Amendment and the Removal of the President*, 15.7.2026, <https://verfassungsblog.de/the-new-constitutional-amendment>.

sellschaftliche Polarisierung zu überwinden, ist ebenso bedeutsam wie die Reform der politischen Institutionen und Verfahren. Demokratische Konsolidierung setzt voraus, dass politische Gegner nicht mehr als Feinde, sondern als legitime Wettbewerber in einem pluralistischen System akzeptiert werden. Der veränderte Regierungs- und Kommunikationsstil der Regierung könnte zur Veränderung der alten Verhaltensmuster beitragen, zumindest sind die ständigen Propagandakampagnen der Regierung Orbán durch kontinuierliche sachliche Informationen ersetzt worden. Während der ersten kleinen Krise, die die neue Regierung zu bewältigen hatte, zeigte sich, dass Magyar nicht über Ausnahmezustand und Dekrete zu regieren gedenkt, sondern über die transparente Information der Bürger und die Bitte um Mithilfe bei der Bewältigung von Herausforderungen.¹⁴ Im Widerspruch dazu stehen allerdings der konfrontative Stil und die scharfe Rhetorik des Ministerpräsidenten bei seinen bisherigen Parlamentsauftritten.

Ein spezifisches Risiko der neuen Konstellation liegt darin, dass der Aufstieg Tiszas in außergewöhnlichem Maße mit der Person Péter Magyar verbunden ist. Demokratische Resilienz entsteht jedoch nicht dadurch, dass ein dominanter politischer Führer durch einen vermeintlich besseren ersetzt wird, sondern durch Institutionen, die gerade nicht von den persönlichen Eigenschaften eines Regierungschefs abhängen. Tisza muss sich deshalb auch von einer stark auf Magyar zugeschnittenen Mobilisierungsbewegung zu einer funktionsfähigen demokratischen Partei weiterentwickeln.

Die Entstehung einer demokratischen Bürgerkultur schließlich wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich die Opposition in Zukunft organisieren wird. Zum einen wird es auf die zukünftige Rolle von Fidesz und Viktor Orbán ankommen, die zurzeit noch ungewiss ist. Zum anderen wird entscheidend sein, ob und wie sich linke, liberale und grüne Interessen in Zukunft organisieren werden, die im aktuellen Parlament nicht vertreten sind.

PERSPEKTIVEN

Nur wenige Monate nach den Wahlen lässt sich der Erfolg einer Re-Demokratisierung noch nicht abschließend beurteilen. Die Ausgangsbedingun-

gen sind jedoch günstig: Der Machtwechsel erfolgte friedlich, und die Zweidrittelmehrheit der neuen Regierung ermöglicht es ihr, die Legacies des Orbán-Systems zu beseitigen und ein demokratisches und rechtsstaatliches System neu zu konstituieren. Die bisherigen Reformen weisen in diese Richtung, zudem verfügt die Regierung durch das Wahlergebnis über eine große Legitimation für ihre Politik.

Gerade die Größe der erzielten Mehrheit ist jedoch zugleich das größte Risiko. Tisza verfügt über dieselben verfassungsändernden Möglichkeiten, mit denen Fidesz nach 2010 das politische System seinen Präferenzen entsprechend umgestaltet hat. Der Erfolg der Re-Demokratisierung wird deshalb nicht daran zu messen sein, wie vollständig Tisza das System Orbán beseitigt, sondern daran, ob sie eine politische Ordnung schafft, die einem erneuten Machtwechsel nicht entgegensteht.

Viel wird auch von der Leistungsfähigkeit der neuen Regierung abhängen. Viele Wähler entschieden sich 2026 auch wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation und des katastrophalen Zustands des Bildungs- und Gesundheitssystems sowie der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur für Tisza. Institutionelle Reformen müssen deshalb mit spürbaren Verbesserungen staatlicher Leistungsfähigkeit verbunden werden.

Ungarn war 1989 Musterbeispiel des demokratischen Systemwandels in Ostmitteleuropa und wurde nach 2010 zum europäischen Modellfall demokratischer Erosion. Nun könnte das Land zu einem Vorreiter für die Wiederherstellung von Demokratie nach einem langjährigen Prozess der demokratischen Erosion werden. Ob dies gelingt, hängt vor allem davon ab, ob die neue Mehrheit jene politische Selbstbegrenzung praktiziert, die unter Orbán verloren gegangen ist – und eine Ordnung schafft, in der Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit unabhängig davon gelten, wer gerade die Mehrheit besitzt.

ELLEN BOS

ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der Andrassy Universität Budapest.

¹⁴ Vgl. Emese Ibos, Hungary Faces Record Heat, Nuclear Fears and a Public Media Scandal Ahead of August Presidential Vote, 7.8.2026, <https://euobserver.com/231663>.

ESSAY

EXPLOSION DER FREIHEIT

Die ungarische Gesellschaft nach Orbán

Cathrin Kahlweit

Das berühmteste Symbol für die neue Zeitrechnung, die in Ungarn am Abend des 12. April 2026 begonnen hat, ist ein schwarzer Bildschirm mit weißer Schrift. Er erschien etwa drei Monate nach der Parlamentswahl, am Nachmittag des 7. Juli, auf den Geräten all jener ungarischen Fernsehzuschauer, die gerade öffentlich-rechtliche Sender wie M1 eingeschaltet hatten. Was da zu lesen war, schaffte es weltweit in die Nachrichten: „Die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen nicht lügen. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir dies über viele Jahre hinweg dennoch getan haben!“

Die ungarische Medienlandschaft war 16 Jahre lang der Spiegel des gesellschaftlichen Wandels unter dem autoritären Politiker Viktor Orbán gewesen – und sie machte den Weg von einer liberalen Nachwendegesellschaft zu einer „illiberalen Demokratie“ sichtbarer und deutlicher, als es alle Umbrüche in Kunst und Wissenschaft, Bildung und Forschung, Parteipolitik und Zivilgesellschaft vermocht hatten. Denn jenseits der großen Städte, auf den Dörfern, in der Provinz – überall dort also, wo der Langzeit-Premier seine Machtbasis strategisch und langfristig besonders gut ausgebaut hatte –, war und ist das staatliche Fernsehen für die meisten Ungarn die wichtigste Informationsquelle. Hier erfuhren neun Millionen Ungarn 16 Jahre lang, was die offizielle Wahrheit war, was sie zu sehen, hören, glauben hatten.

Nach dem überraschend deutlichen Wahlsieg des Orbán-Herausforderers Péter Magyar und seiner Tisza-Partei hatte dieser bereits an Tag zwei eine Pressekonferenz abgehalten, die für Aufsehen sorgte: Er lud Journalisten all jener Medien ein, die unter seinem Vorgänger jahrelang keine Interviews bekommen, ja nicht einmal Zugang zu offiziellen Pressekonferenzen gehabt hatten. Nun wolle er, so der euphorische Wahlsieger, endlich jenen die Chance zur Berichterstattung geben, die mit ihren Recherchen über Korruption und Machtmissbrauch zur Ab-

wahl des Fidesz-Regimes beigetragen hätten. Der Journalist Ákos Tóth legt in einem Report beredtes Zeugnis von der Medienarbeit der Orbán-Ära ab.⁰¹ Er spricht von einem permanenten „Ausbau der Zensur“, nachdem Viktor Orbán 2010 zum zweiten Mal die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Diese Zensur währte bis zum 12. April 2026.

Die Reaktionen in der Bevölkerung auf die Sendeunterbrechung am 7. Juli changierten zwischen Begeisterung über entwaffnende und vielversprechende Offenheit und dem Vorwurf einer an kommunistische Zeiten erinnernden Selbstkritik, mit der die alten Medienmacher regelrecht gedemütigt worden seien. In diesem Spannungsfeld bewegt sich seit dem Wahlsieg Magyars die gesamte gesellschaftliche Debatte: Wie baut man eine Wahlautokratie zurück in eine Demokratie, ohne dabei selbst an Glaubwürdigkeit zu verlieren? Wird es dem Wahlsieger gelingen, die Gesellschaft dabei mitzunehmen? Und: Wird die Abrechnung mit der alten Zeit neue Wunden schlagen? Eine Recherche in Ungarn Monate nach der Wahl macht deutlich: Die Mehrheit jener, die Orbán abgewählt haben, ist mit dem neuen Kurs zufrieden. Allzu viele Fehler hat Péter Magyar offenbar noch nicht gemacht.

Der neue Ministerpräsident selbst kommentierte die Unterbrechung des Sendebetriebs im Juli auf Facebook übrigens so: „Ein historischer Tag. Heute endet die Ausstrahlung von Propaganda auf den Plattformen der öffentlich-rechtlichen Medien. Damit ist nun Schluss.“ Und Viktor Orbán? Der hatte sich nach der Wahl eine Zeitlang kaum zu Wort gemeldet, auch sein Mandat im Parlament hatte er nicht angenommen. Nun tobte er öffentlich, dass dies alles ein Beleg für „die Willkür der Tisza-Partei“ sei. Die wahre Wahrheit finde man anderswo – und zwar ausschließlich in den verbliebenen, unter Fidesz-Einfluss stehenden Medien.

DIE PROPAGANDAMASCHINE WIRD ABGESCHALTET

Doch deren Zahl hat dramatisch abgenommen. Überhaupt ist die ungarische Medienlandschaft radikal im Umbruch. Nach Magyars Wahlsieg versiegten schlagartig die Milliarden an Steuergeldern, mit denen die Fidesz-Regierung zuvor parteinahe Blätter mit Werbekampagnen dauerhaft querfinanziert hatte. Überall brechen nun die Auflagen ein, Massenentlassungen sind die Folge. Ein Orbán-Jubelorgan wie „Magyar Nemzet“ erscheint nur noch wöchentlich, aber auch ein Traditionsblatt wie die linksliberale „Népszava“ musste sein Erscheinen einstellen. Die Glaubwürdigkeit der alten Medien ist aufgebraucht, neue Onlinemedien, die der abgewählten, korrupten Regierung scharf auf die Finger geschaut hatten, befassen sich jetzt mit den Aufräumarbeiten und den Plänen der neuen Truppe.

Derzeit gibt es in Ungarn keine einzige gedruckte Tageszeitung mehr. „Während die Akteure im regierungsnahen Medienimperium jahrelang unabhängig von der Marktlogik agieren konnten“, schreibt das Investigativ-Medium „Átlászo“, das von Orbáns Handlangern regelmäßig unter Druck gesetzt wurde, „sehen sie sich nun zum ersten Mal mit der Frage konfrontiert, welches Produkt sich ohne staatliche Unterstützung tatsächlich erhalten kann.“

Vor allem im öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen wird alles auf den Kopf gestellt – unter anderem mithilfe eines neuen Mediengesetzes, das vom Parlament Ende Juni beschlossen wurde. Die redaktionelle Unabhängigkeit wird gestärkt, staatliche Sender und die Nachrichtenagentur MTI sollen als unabhängige Unternehmen neu gegründet werden. Künftig wird das Parlament deren Budget festlegen. Viele Orbán-treue Manager in den Staatsmedien waren schon kurz nach der Wahl ausgetauscht und gegen kommissarische Leiter ersetzt worden. Deren Posten sind jetzt ausgeschrieben oder bereits besetzt, im Herbst sollen die neuen Teams stehen. Ohne Grabenkämpfe und harte Abrechnungen dürfte aber auch das nicht abgehen: Schon jetzt wird beispielsweise Kritik daran laut, dass der Regierungschef hinter den Kulissen Einfluss auf die Bestellung von Führungspersonlichkeiten beim Staatsfernsehen nehmen soll.

01 Vgl. Ákos Tóth, Nach der Eroberung: Wie Autokraten Medien kontrollieren. Insiderchronik der Übernahme unabhängiger Medien in Ungarn, Kempten 2026.

GRENZENLOSE EUPHORIE

Ihre Realität und ihre Wahrheit allerdings – die haben sich die Ungarn ohne mediale Begleitung schon selbst zurückerobert. Nach der Wahlniederlage Orbáns war Ungarn in einem spontanen Freudenfest explodiert, das selbst schärfste Kritiker des autoritären Regierungschefs und seiner „illiberalen Demokratie“ überraschte. Es sei eine Stimmung gewesen wie in der Nacht des Mauerfalls 1989, sagt etwa die Ungarn-Korrespondentin der „Neuen Zürcher Zeitung“, Meret Baumann, die die Nacht nach der Wahl zwischen tanzenden und singenden Menschen am Donauufer in Budapest verbracht hatte. Tatsächlich war die Erleichterung über die Niederlage einer Regierung, die mit Düsterei und Panikmache, mit Kriegsangst, der Verleumdung politischer Gegner und Drohungen gegen Kritiker Wahlkampf gemacht hatte, mit Händen zu greifen.

Der Politikberater und Autor Gergő Papp ist noch Wochen nach der Wahlnacht euphorisch. Als er im Juli vor der Friedrich-Naumann-Stiftung in München sein Buch zum Sturz des Systems Orbán vorstellt,⁰² spricht er mit bebender Stimme von einer „Zeitenwende“, die weniger an die Wahl einer neuen und die Abwahl einer alten Regierung erinnere als an eine „Revolution“. Die Abwahl der alten Regierung habe sich angefühlt wie das Ende des Kommunismus, wie ein Regimewechsel. Das Potemkinsche Dorf des vermeintlichen politischen Erfolgs, die Fassaden der Macht seien mit einem lauten Knall in sich zusammengebrochen. „Der Wahlkampf von Péter Magyar hat definitiv den Blick auf die Realität im Land geschärft. Das ist es, was die Menschen plötzlich gesehen haben: marode Krankenhäuser, bröckelnde Schulen, Korruption, Armut, Niedergang.“

Papp, der unter anderem die liberale Partei Momentum beraten hat, sieht auch Polarisierung und Radikalisierung, mit der Orbáns Propagandisten das Land überzogen hätten, wie weggewischt – als habe jemand ein Fenster aufgemacht und Licht hereingelassen in die Dunkelheit. „Wo Fidesz gegen die Ukraine agitiert hat, wachsen jetzt die Sympathien für die Ukraine; wo Fidesz gegen Homosexuelle gehetzt hat, zeigt sich jetzt eine große Entspannung im Umgang mit Queeren.“

02 Vgl. Gergő Papp, Der Sturz Orbáns. Wie eine neue Bewegung ein politisches System wegfegte, Kempten 2026.

UMFRAGEN, VORHERSAGEN UND LAHME ENTEN

Der radikale Wechsel, die Revolte gegen 16 Jahre Fidesz-Regierung, hatte sich schon länger angekündigt und war vor der Wahl spürbar und messbar, jedoch hinter dem Getöse der polternden Regierungsmaschine schwer zu hören gewesen. Denn dass das Land ökonomisch vor die Hunde ging, das konnte jeder sehen, der einkaufen, einen Arzt aufsuchen, ein Kind durch die Schule bringen musste. Auch sonst war die Stimmung in vielerlei Hinsicht anders als von der Regierungspropaganda behauptet. So konnte man etwa in einer soziologischen Studie des renommierten Meinungsforschungsinstituts Median lesen, dass Akzeptanz und Unterstützung für LGBTQ-Themen in Ungarn zuletzt gestiegen, nicht gefallen waren. Offenbar, so heißt es dort, habe das Orbán-Regime es in den vergangenen Jahren mit homophoben Kampagnen so übertrieben, dass diese kontraproduktiv geworden seien. 49 Prozent der Befragten befürworteten laut der Umfrage von 2024 die Heirat gleichgeschlechtlicher Paare und deren Adoptionsrecht; 55 Prozent waren der Meinung, dass Schwule und Lesben gute Eltern sein können.⁰³

Spätestens als dann der Pride-Marsch 2025, den die Administration für illegal erklärt hatte und unbedingt verhindern wollte, massiven Zulauf erhielt und mit etwa 200 000 Teilnehmern die größte Pride aller Zeiten in Ungarn wurde, sei offensichtlich gewesen, dass „Viktor Orbán eine lahme Ente und seine Hochphase vorbei war“, so der Politikberater Gergő Papp. Orbán habe seinen Gegnern keine Angst mehr machen können. „Der Wandel war damit nur noch eine Frage der Zeit.“

Stimmen aus der queeren Szene in Ungarn rund um die Pride 2026 bestätigen den Eindruck eines neuen Freiheitsgefühls. Zudem hat Ungarns neue Regierung im September einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem Passagen aus dem repressiven Kinderschutzgesetz gestrichen werden sollen, die die „Förderung“ und die „Darstellung“ von Homosexualität etwa in Filmen und im Fernsehen für Minderjährige untersagt hatten. In Zukunft soll dort nur festgehalten sein, dass Inhalte verboten sind, die die körperliche, geis-

tige, emotionale oder moralische Entwicklung von Kindern „ernsthaft beeinträchtigen“ können. Schon zuvor war die Anklage gegen den Lehrer und schwulen Aktivisten Géza Buzás-Hábel fallengelassen worden, dem unter Orbán ein Jahr Haft gedroht hatte, weil er im vergangenen Jahr eine friedliche Pride-Parade in seiner Heimatstadt Pécs organisiert hatte. Es sei erfreulich, heißt es jetzt in Pressemitteilungen der queeren Community, dass die repressiven Gesetze der Orbán-Zeit nicht mehr umgesetzt werden.

EUROPA IST POPULÄRER DENN JE

Eine deutlich liberalere Haltung der Gesellschaft spiegelte sich lange vor der Parlamentswahl auch in den Sozialreports, die jährlich vom Sozialforschungsinstitut Tarki veröffentlicht werden. In der jüngsten, ebenfalls auf Erhebungen von 2024 beruhenden Studie stellen die Autoren fest, dass die Begeisterung für die europäische Integration innerhalb von 20 Jahren von 60 auf 69 Prozent gestiegen ist – trotz der massiven antieuropäischen Kampagnen der Budapester Regierung.⁰⁴ Die von Orbán propagierte nationale Souveränität und eine Abkehr von Europa waren in der Bevölkerung wenig populär.

Soziologen und Politikwissenschaftler, die die Stimmung in der ungarischen Bevölkerung wissenschaftlich ausloten, sind von diesen Trends wenig überrascht. „Die Leute hatten genug davon, dass sich die Politik nicht mehr um die realen Probleme im Land kümmert“, so der Direktor des Thinktanks Political Solutions, Gabor Györi: „Während die Qualität von Schulen und Spitälern sank und die Wirtschaft stagnierte, malte die Regierung außenpolitische Schreckensszenarien an die Wand. Viele wollten eine Rückkehr zur Normalität.“

DAS GROßE AUF- UND ABRECHNEN

Wer nun aber vermutet hatte, dass sich der friedliche Machtwechsel, der sich im Frühjahr vollzogen hat, auch stimmungsmäßig mit durchwegs guter Laune und Versöhnlichkeit in der Gesellschaft fortsetzt, der sieht sich getäuscht. Überall im Land werden alte Rechnungen beglichen oder neue aufgemacht. Wer hat wie viel öffentliches

⁰³ Vgl. Hatter Society, Social Attitudes Towards LGBTQI Issues in Hungary, November 2024, <https://en.hatter.hu/sites/default/files/dokumentum/kiadvany/median-2024nov-report.pdf>.

⁰⁴ Siehe www.tarki.hu/tarsadalmi-riport.

Geld hinterzogen? Wer hat sich wo bereichert? Wo sind all die Steuergelder hin verschwunden, welche EU-Fördermittel wurden veruntreut, welche Cliques haben sich im Windschatten von Fidesz Vorteile verschafft, wer wurde brutal ausgegrenzt, wo droht Rache, wer übt Vergeltung?

Die Medien sind voll von Berichten über Luxusreisen von Fidesz-Politikern, über Schenkungen und schnelle letzte Schecks für Orbán-Günstlinge, über ins Ausland verschobene Reichtümer und im Inland verbautes Betongold. Ein Nationales Amt für Vermögensrückführung und Vermögensschutz, eine Art Antikorrupsionsbehörde, soll nun unterschlagene Staats- und EU-Mittel aufspüren, an den Staat zurückführen und Straf Ermittlungen gegen mutmaßliche Täter einleiten. Fidesz wiederum vergleicht die neue Behörde prompt mit der Geheimpolizei unter den Kommunisten, während der frühere Ministerpräsident um seine Position in der Geschichte ringt.

Die neue Regierung hat zudem, gestärkt von ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament, eilig mit dem Rückbau des Patronagesystems der Clique rund um Orbán begonnen. Universitäten, die als Stiftungen der öffentlichen Kontrolle entzogen waren, werden in eine neue Rechtsform überführt. Politischen Kaderschmieden wie dem nationalkonservativen Mathias Corvinus Collegium (MCC) sollen die Mittel entzogen werden. Netzwerke von Natur- und Sozialwissenschaften, Akademien und Forschungsinstitute sollen wieder unabhängig arbeiten. Amtszeiten werden begrenzt, Amtsinhaber – wie der von Orbán ernannte Staatspräsident Tamás Sulyok – zum Rücktritt gezwungen.

Der Zuspruch aus der Bevölkerung für diese Maßnahmen ist groß; in Umfragen liegt die Partei von Ex-Ministerpräsident Orbán derzeit bei etwa 20 Prozent – während Magyars Popularität ungebrochen ist. Dennoch warnen nicht nur seine Gegner, sondern auch Verfassungsrechtler, dass Tisza Gefahr laufen könnte, die Selbstherrlichkeit der Orbán-Ära zu wiederholen und die eigene Zweidrittelmehrheit als Freibrief zur Absicherung der Macht zu nutzen. Fidezs-Politiker bezeichnen die Amtsenthebung von Staatspräsident Sulyok entsprechend als „Tyrannei“. Magyar, so heißt es, überziehe Ungarn mit einer „Diktatur“.

Der Regierungschef selbst wehrt sich gegen den Vorwurf des Machtmissbrauchs. „Es käme einem Verrat an der ungarischen Nation gleich,

wenn wir das jetzige Grundgesetz nicht anrühren würden“, so Magyar; es sei Basis für die Errichtung des Orbán'schen „Mafia-Staates“ gewesen. Und er verweist zugleich auf die freiwillige Begrenzung seiner politischen Macht. Tatsächlich hat die Tisza-Partei mit ihrer verfassungsändernden Mehrheit die Amtszeiten von Abgeordneten – und auch die des Regierungschefs – für die Zukunft begrenzt. Ein neues Wahlrecht ist angekündigt, um die Verzerrungen des aktuellen Wahlrechts abzuschaffen, das die jeweils stärkste politische Kraft unverhältnismäßig stark belohnt. Auch eine – mit Bürgerbeteiligung zu entwickelnde – neue Verfassung ist in Arbeit; die Reform des Verfassungsgerichts und die Wiederherstellung der Budgethoheit des Parlaments sind vom Parlament bereits beschlossen.

RHETORIK DER SPALTUNG

Die Machtverhältnisse haben sich deutlich verschoben, alte Gräben aber, auch die gesellschaftlichen, bleiben. Die forensische Linguistin Sára Ránki wird in einem Artikel des Online-Mediums „Telex“ mit der Aussage zitiert, sprachliche Aggression sei in den vergangenen 16 Jahren die „prägendste Erfahrung“ für ungarische Sprachforscher gewesen: Hassrede, die Konstruktion von Feindbildern und die Aufrechterhaltung einer kriegerischen Atmosphäre seien dominante Ausdrucksformen der Orbán-Ära gewesen. Der Sturz von Fidesz habe diesen Zustand zwar beendet, aber durch eine neue Schärfe ersetzt: Mit dem Niedergang der Partei sei eine „Rhetorik der Vergeltung anstelle einer hasserfüllten Rhetorik“ getreten. Deshalb könne die Gesellschaft kaum aufatmen, und angesichts des Zustands des öffentlichen Diskurses könne man derzeit nicht von einer Konsolidierung sprechen.

Es geht in der aufgeheizten gesellschaftlichen Debatte aber nicht nur um Geld, Bereicherung und Korruption. Sondern auch um die Folgen des Kulturkampfs, mit dem Fidesz das Land überzogen und umgestaltet hat. Denn wer totgeschwiegen, aus dem öffentlichen Leben verdrängt, nicht mehr gedruckt oder aus Gremien geworfen wurde, fordert nun Wiedergutmachung. Oder zumindest eine öffentliche Entschuldigung, so wie es vom Fernsehsender M1 mit seinem Bekenntnis zur Lüge erzwungen worden war.

Die Civilizáció koalíció, ein Zusammenschluss aus etwa 50 Nichtregierungsorganisationen, die

in den vergangenen Jahren gemeinsam gegen den politischen und juristischen Druck des Fidesz-Regimes kämpften, ist sich einig: Der erfolgreiche Übergang in eine neue, offene und angstfreie Gesellschaft mit großer Bürgerbeteiligung wäre das beste Indiz dafür, dass Magyar und Tisza es mit der Demokratisierung ernst meinen. In ihrem Manifest „17 zentrale Punkte einer neuen Regierungsstrategie für die ungarische Zivilgesellschaft“⁰⁵ fordert sie die Achtung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Rücknahme der Gesetze aus der Orbán-Ära, die sie als Trias aus „Stigmatisieren, Aushungern und Strangulieren“ zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft bezeichnet. Und sie fordert einen neuen gesetzlichen Rahmen, der die Arbeit der NGOs langfristig finanziert und sichert.

Doch was davon ist unter Magyar schon umgesetzt? Veronika Móra, Direktorin der wichtigen Umweltstiftung Ökotárs, die unter anderem die Vergabe von Fördermitteln innerhalb der Szene koordiniert, ist vorsichtig optimistisch. „Das Ganze ist natürlich *work in progress*, aber die restriktive Gesetzgebung wird Schritt um Schritt zurückgenommen, die Politik der Einschüchterung ist vorbei.“ Das Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ müsse zwar dringend abgeschafft werden, derzeit liege es aber an Institutionen wie Schulen oder Kindergärten, es umzusetzen, „da gibt es noch einen Graubereich“. Aber: Erst unlängst sei ein riesiger Datensatz veröffentlicht worden, der zeige, wie einseitig unter Orbán Gelder vergeben worden seien. Nun müsse Tisza dringend den Rahmen dafür schaffen, dass die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen künftig „fair“ ablaufe.

NEUER KULTURKAMPF

Die Strangulierung der freien Kunst- und Kulturszene hatte in den vergangenen Jahren ungekannte Ausmaße angenommen, und kaum jemand kann und will nun einfach zur Tagesordnung übergehen. In der Theaterlandschaft waren linke und gesellschaftskritisch denkende Intendanten abberufen und regimetreue Künstler installiert worden. In der Bildenden Kunst hatten – von staatsnahen Künstlern dominierte – nationale Wettbewerbe der freien Szene die Luft abgeschnürt. Literaten und Denker wie György Kon-

rád oder Nobelpreisträger Imre Kertész waren als anti-ungarisch beschimpft, faschistische Autoren aus den 1930er und 1940er Jahren in den nationalen Bildungskanon aufgenommen, staatliche Auszeichnungen an Autoren der radikalen Rechten vergeben worden.

Zahlreiche Fehden sowie politische und private Abrechnungen werden seit der Abwahl des alten Regimes nun in der Öffentlichkeit ausgetragen. Einige Theaterintendanten und Direktoren staatlicher Akademien und Museen werden zum Rücktritt aufgefordert, aber viele Verträge laufen noch Jahre, und kaum einer will freiwillig gehen.

Als prominentestes Beispiel für einen öffentlichen Schlagabtausch, der sich über den gesamten Sommer 2026 zog, dürfte die Auseinandersetzung zwischen dem nationalkonservativen Intendanten des berühmten Nationaltheaters, Attila Vidnyánszky, einem bis 2028 installierten Orbán-Anhänger, und dem neuen Staatssekretär für Kulturangelegenheiten, Ervin Nagy, gelten. Nagy hatte die Ära Vidnyánszky bei einer Podiumsdiskussion und in zahlreichen Interviews als Zeit des Verfalls und des Niedergangs europäischer Werte bezeichnet. Wer „so viele Verbrechen gegen das ungarische Theaterleben“ begangen habe, für den sei „offensichtlich wenig Platz in der ungarischen Kulturpolitik“. Der Angegriffene wiederum bezeichnete die Kritik an seiner Arbeit als Unwahrheiten, warf der neuen Führung seinerseits „Verbrechen“ vor und deutete an, man werde ihn zweifelsohne in die Emigration zwingen.

Kulturstaatssekretär Nagy hat gegenüber der Zeitschrift „HVG“ zwar angekündigt, die von den Fidesz-Anhängern gewählten Theaterdirektoren würden „ihr Mandat erfüllen. Es gibt keinen Grund für Rache: Frieden ist in der Kultur nötig, wir können nicht länger in dieser Rechts-Links-Spaltung verharren.“ Dennoch ist die Stimmung in der Kulturlandschaft, ungeachtet der spürbar großen Erleichterung über die neue Freiheit und das Ende politischer Interventionen, durchaus angespannt. Die ungarische Theaterregisseurin Ildikó Gáspár, die über viele Jahre am Budapester Örkény Theater inszeniert hat, erinnert sich mit Grausen: „Unter Viktor Orbán wurde die Debattenkultur, der Austausch, die Kommunikation unter Künstlern und Theatermachern abgewürgt. Viele emigrierten, andere bekamen keine Jobs mehr. Attila Vidnyánszky war Quasi-Kulturminister und Intendant des Nationaltheaters,

⁰⁵ Siehe <https://civilizacio.net/en/civil-minimum-2026-en-1>.

er beeinflusste, wer wo eingeladen wurde.“ Noch kurz vor der Abwahl der alten Regierung habe er Milliarden Forint an Günstlinge und befreundete Institutionen verteilt. Jetzt hofften alle Kollegen wieder auf Selbstbestimmung, auf künstlerische Autonomie, so Gáspár; viele, die vom Regime aus ihren Posten verdrängt und an der Arbeit gehindert worden seien, kehrten jetzt zurück. „Sie wollen wieder in Ungarn arbeiten. Aber sie wollen auch Genugtuung.“

Anders als in der Theater- und Kunstszene hat sich in der für Ungarn wichtigen Filmindustrie der Wandel extrem schnell Bahn gebrochen: Nur einen Tag nach der Abwahl Orbáns trat der Leiter des nationalen Filminstituts, Csaba Káel, zurück. Er hatte die Filmförderung zentralisiert, kaum noch kleine, ungarische Filme gefördert, unabhängige Jurys entmachtet und nationale Themen auf die Agenda gesetzt. Der Filmexperte Jörg Tazsman schreibt im Branchenblatt „Filmdienst“, das ungarische Kino stehe nun vor einer Neuorientierung; die Förderung solle dezentralisiert und regionalisiert werden. Die Grundlage dafür ist da: In den letzten Jahren der Ära Orbán hatte sich eine innovative Low-Budget-Szene entwickelt, die nicht zuletzt mit Dokumentarfilmen Furore machte. Einer hieß „Frühlingswind“ („Tavaszi szél – Az ébredés“) und handelte vom Aufstieg eines neuen Politikertypus – von Péter Magyar. Millionen Ungarn sahen ihn.

ENDE EINER TOXISCHEN BEZIEHUNG

Márton Gergely, Chefredakteur der Zeitschrift „HVG“, hat den Film über Magyar natürlich auch gesehen; und er war gespannt auf den neuen Mann. Und doch hat Gergely, einer der renommiertesten Publizisten des Landes, Bauchschmerzen. Nicht wegen der Fortschritte beim Rückbau von Orbáns autoritärem Staat. Sondern bei der Frage, ob und wie lange die ungarische Gesellschaft das mitmacht, bevor sie wieder nach einem starken Mann ruft. „Wir haben als Journalisten mit den Mitteln der Aufklärung und der Recherche 16 Jahre lang gegen diesen Wahnsinn gekämpft“, sagt er, aber die Wahrheit sei auch: „Orbán hatte vor 16 Jahren den gleichen großen Vertrauensvorschuss wie Magyar heute.“

Der Wandel vom liberalen zum illiberalen Staat sei dereinst schleichend vorangegangen, und auch damals seien anfangs viele noch begeistert

gewesen. „Jetzt werden Leute beschimpft, die vor zehn Jahren mal für Orbán und seine Truppe gearbeitet haben. Aber viele, egal in welcher Branche, haben irgendwann mal für dieses Regime gearbeitet – als es noch nicht so eindeutig autoritär war. Auch der heutige Ministerpräsident. Ist jetzt jeder ein Verräter?“ Die Frage der Kollaboration werde noch lange eine offene Wunde bleiben, sagt Gergely.

Für ihn und für viele seiner Freunde und Kollegen fühle es sich derzeit noch so an, als habe sich das Land aus einer toxischen Beziehung befreit, sagt der Fünzigjährige. „Man ist glücklich über die neue Freiheit, aber auch traumatisiert durch das Erlebte. Oder anders gesagt: Ich habe Angst, dass die Verrohung, die unter Orbán Einzug hielt, noch Jahre anhalten wird.“

DIE HOFFNUNG KOMMT AUS DER PROVINZ

Was viele langjährige Orbán-Gegner indes positiv stimmt, ist die Stimmung fern der Städte, fern der Eliten, die sich jetzt teils abnabeln und lossagen, teils neu erfinden oder neu durchstarten müssen. Auf dem Land hatten sich schon während Magyars Wahlkampf sogenannte Tisza-Inseln gegründet, die der politischen Dominanz von Fidesz etwas entgegensetzen wollten: Vereine, Gruppen, Gremien, die jetzt wieder Basisdemokratie üben. Sie werden von der neuen Regierung unterstützt, Geld wird bewusst in regionale und lokale Programme geleitet, um selbstbestimmtes Verwalten zu ermöglichen. „Orbán’s Machtapparat“, sagt „HVG“-Chefredakteur Márton Gergely, „war eine paranoide, sich selbst bereichernde Macho-Welt. Seine Welt war voller Cäsaren und Despoten, die alles an sich rissen und die Macht und das Geld in wenigen Händen bündelten.“ Das ändere sich gerade. Die Macht werde wieder dezentral verteilt. „Und?“, fragt er am Ende des Gesprächs in Budapest nun doch sehr zuversichtlich, „ist nicht genau das eine der Grundlagen von gesellschaftlicher Teilhabe – dass viele mitreden, viele mitentscheiden?“ Die ungarische Zivilgesellschaft müsse sich neu erfinden, sagt Gergely. Aber sie sei auf einem guten Weg.

CATHRIN KAHLWEIT

ist freie Publizistin. Von 1989 bis 2025 war sie Redakteurin und Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“, unter anderem für Mittel- und Osteuropa.

ABHÄNGIGER KAPITALISMUS MIT NATIONALER FASSADE

Ungarns Wirtschaftsmodell seit 1989

Dorothee Bohle

Wer heute an das ungarische Wirtschaftssystem denkt, hat wohl vor allem die Hinterlassenschaften des Orbán-Regimes im Kopf, mit denen sein Nachfolger Péter Magyar nun zu kämpfen hat: ein bankrotter Staatshaushalt, unterfinanzierter öffentliche Infrastruktur, die beispiellose Bereicherung Orbán-naher Zirkel, die Abkehr von der EU und die Öffnung für chinesische und russische Direktinvestitionen – in den Augen des ehemaligen liberalen Bildungsministers Magyar Bálint ein „Mafia-Staat“.⁰¹

Dieses Verständnis des Wirtschaftssystems unter Viktor Orbán greift jedoch zu kurz. Es überschätzt den persönlichen Einfluss Orbáns auf die Wirtschaft und unterschätzt die Kontinuitäten innerhalb des neoliberalen Wirtschaftssystems, das nach dem Zusammenbruch des Sozialismus eingeführt worden ist. Es unterschätzt auch die Grenzen der Autonomie, die sich aus der semi-peripheren Lage Ungarns in der europäischen Wirtschaftslandschaft ergeben. 16 Jahre Alleinherrschaft durch Fidesz haben das Wirtschaftssystem stark geprägt, es ist jedoch deutlich vielfältiger, als es die Bezeichnung vom „Mafia-Staat“ nahelegt. Zudem gibt es Kontinuitäten, die sich durch die gesamte (Nach-)Transformationszeit ziehen.

NEOLIBERALE UND ABHÄNGIGE TRANSFORMATION

Wie alle mittel- und osteuropäischen Länder verfolgte Ungarn seit 1989 eine Wirtschaftsstrategie, die weitgehend den politischen Empfehlungen des Washington Consensus folgte.⁰² Damit wird ein neoliberales Reformprogramm bezeichnet, das von internationalen Finanzorganisationen und US-amerikanischen ökonomischen Eliten als Reaktion auf die Schuldenkrise der Länder des Globalen Südens in den 1980er Jahren entwi-

kelt wurde. Kennzeichnend für dieses Reformprogramm waren neben kurzfristigen Stabilisierungsmaßnahmen vor allen Dingen langfristige Strukturreformen: Öffnung des Außenhandels, Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft.

In keinem Teil der Welt hat sich diese neoliberale Strategie so schnell und nachhaltig durchsetzen können wie in den ehemaligen sozialistischen Gesellschaften Osteuropas nach 1989.⁰³ Das ist nicht überraschend: Zum einen stand dieses Standardmodell für Strukturanpassungen schon bereit, zum anderen waren die sozialistischen Systeme wirtschaftlich nahezu bankrott. Zudem wurde der neoliberale Wirtschaftskurs auch dadurch bestärkt, dass der von den mittel- und osteuropäischen Ländern angestrebte EU-Beitritt an Konditionen geknüpft war, die weitgehend wirtschaftsliberal waren.⁰⁴

Die neoliberalen Reformen der 1990er und 2000er Jahre waren in Ungarn und den anderen Visegrád-Ländern Polen, Tschechien und der Slowakei jedoch nicht so radikal wie etwa in den baltischen Staaten oder Russland. In der Literatur wird daher von einem „eingebetteten Neoliberalismus“ gesprochen.⁰⁵ Dieser zeigte sich in Ungarn insbesondere an einer massiven Frühverrentung, die dabei helfen sollte, den Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten. Das ungarische Sozialsystem geriet damit jedoch von Anfang an in eine Schieflage. Während konsumtive sozialstaatliche Ausgaben wie Renten hoch waren, gerieten investive Ausgaben in Bildung und Gesundheit schnell unter Druck. Diese Ausgaben belasteten auch den Staatshaushalt.

Ein weiteres wesentliches Merkmal des ungarischen Wirtschaftssystems war die zentrale Rolle ausländischer Direktinvestitionen (ADI) für Modernisierung, Wachstum und Exporte. Privatisierung durch ausländische Investoren wurde in den 1990er und 2000er Jahren für Osteuropa häufig

als alternativlos angesehen, und für westliche Investoren wurden die osteuropäischen Standorte zunehmend attraktiv. Zum einen gab es hier gut ausgebildete und billige Arbeitskräfte, zum anderen lockten die osteuropäischen Staaten mit großzügigen Subventionen.

Ab Mitte der 1990er Jahre integrierten westliche Unternehmen die osteuropäischen Länder vermehrt in ihre Wertschöpfungsketten, zunächst als Exportplattformen standardisierter Industriegüter. In der Literatur wird deshalb von einem „abhängigen Kapitalismus“ oder einem durch ADI getriebenen Wachstum gesprochen.⁰⁶ Kennzeichnend hierfür ist, dass Rohstoffe, Komponenten oder andere Teile der Wertschöpfungskette importiert werden, diese weiterverarbeitet und dann in größere oder weiterentwickelte Märkte exportiert werden. Der EU-Beitritt verstärkte diese abhängige Ausrichtung, da Privatisierung durch ausländische Investoren indirekt zu einer Bedingung des Beitritts gemacht wurde.⁰⁷

Ungarn war absoluter Vorreiter bei der Etablierung eines solchen abhängigen Kapitalismus.⁰⁸ Anfang der 1990er Jahre gehörte das Land zu den fünf größten Kapitalimporteuren weltweit. Zunächst erwarben Investoren vor allem bestehende Unternehmen, doch schon bald gewannen Neugründungen, sogenannte Greenfield-Investitionen, an Bedeutung. Ausländische Investitionen entwickelten sich rasch zum dynamischsten Teil der ungarischen Wirtschaft. Mitte der 1990er Jahre entfielen bereits die Hälfte al-

ler Investitionen, 40 Prozent der Wertschöpfung in der Industrie und 70 Prozent der Exporte des Landes auf ausländische Unternehmen.⁰⁹ Ungarn wurde vor allem in die Wertschöpfungsketten der deutschen Automobilindustrie integriert: Schon 1992 begann in Szentgotthárd die Motorenproduktion für die deutsche Automarke Opel. 1993 wurde die ungarische Unternehmenstochter von Audi in Győr gegründet, 2012 folgte Mercedes in Kecskemét, und BMW startete 2025 mit der Produktion in Debrecen. Daneben etablierten sich auch die wichtigsten Zuliefererunternehmen wie Bosch oder Knorr-Bremse in Ungarn. Schon hier zeigt sich die Kontinuität im ungarischen Wirtschaftssystem: Der Grundstein für Ungarns heutige Schlüsselindustrie wurde in den 1990er Jahren gelegt.¹⁰

Ungarns Wirtschaftsmodell galt in den 1990er und frühen 2000er Jahre als relativ erfolgreich. Das Land war ein Vorreiter in der Reformpolitik, erzielte respektable Wachstumsraten, und der Standort wurde zunehmend attraktiver für Investoren. Der EU-Beitritt im Jahr 2004 besiegelte die zuvor durchgeführten Reformen und diente als Garantie für weitere Reformbemühungen. In diesen Jahren konnte Ungarn immer komplexere und höherwertigere Produktionssegmente für sich gewinnen.

WIEDERKEHRENDE KRISEN

Zugleich wurde Ungarns wirtschaftliche Entwicklung immer wieder von Krisen erschüttert. Bereits 1995 sah sich die damalige sozialistisch-liberale Regierungskoalition gezwungen, ein drastisches Sparpaket zu verabschieden, um den Staatshaushalt und die Leistungsbilanz zu konsolidieren. Mit dem „Bokros-Paket“, das darauf zielte, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Sozialausgaben langfristig zu senken, wurde bereits die soziale Abfederung der gewaltigen Strukturumbrüche infrage gestellt.¹¹ Die sozialen Verwerfungen der neoliberalen Transformation und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Bokros-Pa-

⁰¹ Vgl. Bálint Magyar, *Post-Communist Mafia State. The Case of Hungary*, Budapest 2016.

⁰² Vgl. John Williamson, *What Washington Means by Policy Reform*, in: ders. (Hrsg.), *Latin American Adjustment: How Much Has Happened?*, Washington, D.C. 1990, S. 7–24.

⁰³ Vgl. Peter Murrell, *The Transition According to Cambridge, Mass.*, in: *Journal of Economic Literature* 1/1995, S. 164–178.

⁰⁴ Vgl. Heather Grabbe, *A Partnership for Accession? The Implications of EU Conditionality for the Central and East European Applicants*, EUI Working Paper RSC 99/12, Florenz 1999.

⁰⁵ Vgl. Dorothee Bohle/Béla Greskovits, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*, Ithaca 2012.

⁰⁶ Vgl. Andreas Nölke/Arjan Vliegenthart, *Enlarging the Varieties of Capitalism. The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe*, in: *World Politics* 4/2009, S. 670–702.

⁰⁷ Vgl. Gergő Medve-Bálint, *The Role of the EU in Shaping FDI Flows to East Central Europe*, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2014, S. 35–51.

⁰⁸ Vgl. Besnik Pula, *Globalization Under and After Socialism. The Evolution of Transnational Capital in Central and Eastern Europe*, Stanford 2018.

⁰⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. Ungarns Autowunder. Wie ein Billigstandort zur Schlüsselregion deutscher Hersteller wurde, 13.7.2026, <https://industriemagazin.at/automobil/ungarn-autoindustrie-bmw-audi-mercedes>.

¹¹ Vgl. Richard Phillips et al., *Usurping Social Policy. Neoliberalism and Economic Governance in Hungary*, in: *Journal of Social Policy* 4/2006, S. 585–606.

ket waren dann auch wichtige Gründe für die Etablierung der ersten Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán 1998, die anschließend ein eher keynesianisches Wirtschaftsprogramm umsetzte, das auf Staatsausgaben statt auf Sparkurs setzte.

Bei den Wahlen 2002 kehrte die sozialistisch-liberale Koalition an die Macht zurück, die zunächst versuchte, an einigen der keynesianischen Maßnahmen der Vorgängerregierung festzuhalten. Dieser Versuch führte jedoch zu einer raschen Verschlechterung der öffentlichen Finanzen. Spekulative Angriffe auf den Forint sowie die Auflagen der EU verschärften die Haushaltsprobleme zusätzlich und zwangen die Regierung, von vielen der bisherigen Maßnahmen abzurücken. Die berühmteberüchtigte „Lügenrede“ des 2006 gerade wiedergewählten sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány legte dramatisch offen, wie sehr die Regierung im Vorfeld der Wahl den wahren Zustand der Staatsfinanzen verschleiert hatte. Mit dieser Rede wuchs sich die ökonomische Krise zu einer veritablen politischen Krise aus. Die Regierung wurde zunehmend handlungsunfähig und bereitete so Viktor Orbán den Weg zum Wahlsieg 2010.¹²

Schon 1998 wurde auch erstmals der andere Pfeiler des ungarischen Wachstums auf den Prüfstand gestellt, als die Asien- und die Russlandkrise zu einem Einbruch ausländischer Investitionen führten. Diese Krisen hatten zudem zur Folge, dass die anderen Visegrád-Staaten nun ebenfalls verstärkt auf ADI setzten, was einen wahren Subventionswettbewerb auslöste, der den ungarischen Staatshaushalt zusätzlich belastete.¹³

Die hohe Subventionierung ausländischer Investitionen führte zu steigender Unzufriedenheit der einheimischen Unternehmer. In der Tat war in Ungarn infolge dieses Wachstumsmodells eine duale Wirtschaft entstanden: Während ausländische Unternehmen häufig lukrative Segmente besetzten – neben der Exportwirtschaft auch den Finanzsektor oder den Einzelhandel – und wenig in der lokalen Ökonomie verankert waren, blieben einheimische Unternehmen von diesen Segmenten abgekoppelt und in weniger profitablen

Sektoren mit geringeren Profitchancen tätig. In einer Studie zum Aufstieg des Orbán-Regimes zeigt sich sehr schön, wie sich nationale Unternehmen in den 2000er Jahren mehr und mehr vom linken politischen Lager ab- und dem rechten politischen Lager zuwenden.¹⁴ Sie erhofften sich – nicht ganz zu Unrecht – eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen in der Wirtschaftspolitik und mehr staatliche Ressourcen.

Eine weitere Sorge, die die wirtschaftlichen Akteure umtrieb, war die Angst vor der „Falle der mittleren Einkommen“ („middle income trap“). Diese verweist darauf, dass viele ärmere Länder nach einer Periode raschen Wachstums und dem Erreichen des Status eines Landes mit mittlerem Einkommen dazu verdammt scheinen, in dieser Position zu verharren, anstatt mit stärker entwickelten Ländern zu konvergieren. In Ungarn, wie auch in Polen, sah man einen direkten Zusammenhang zwischen dieser „Entwicklungsfalle“ und den ausländischen Direktinvestitionen. Denn während diese in der Vergangenheit Produktivitätssteigerungen ermöglicht hatten, erwies sich der Übergang zu innovativeren und forschungs- und entwicklungsintensiveren Aktivitäten schwieriger als angenommen.

All diese Problematiken entluden sich in der globalen Finanzkrise ab 2008. Hohe Leistungsbilanzungleichgewichte, Kapitalflucht und eine massive Rezession zwangen Ungarn, sich für einen Notfallkredit an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu wenden. Das 20-Milliarden-Euro-Kreditpaket des IWF, der Europäischen Union und der Weltbank war mit strengen Auflagen verbunden. Vor diesem Hintergrund wurde Fidesz 2010 von einer zutiefst desillusionierten Wählerschaft und einer Revolte der einheimischen Elite an die Macht getragen.

UMBAU NACH 2010

Fidesz gestaltete das ungarische Wirtschaftssystem maßgeblich um, angetrieben von einer nationalistischen, souveränistischen, ultrakonservativen und autoritären Ideologie, aber auch eingebettet in internationale wirtschaftliche Zwänge. Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats führte immer wieder zu hohen Haushaltsdefiziten und öffentlicher Ver-

¹² Vgl. z. B. Sándor Révész, Gyurcsány vallott, az ország megkapta Orbánt – húsz éve hangzott el az őszi beszéd, 26. 5. 2026, https://hvg.hu/360/20260526_gyurcsany-ferenc-2006-oszodi-beszed-mszp-orban-viktor-fidesz.

¹³ Vgl. Dorothee Bohle, „Race to the bottom“? Die Dynamik der Konkurrenzbeziehungen in der erweiterten Europäischen Union, in: *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 3/2006, S. 343–360.

¹⁴ Vgl. Gábor Scheiring, *The Retreat of Liberal Democracy. Authoritarian Capitalism and the Accumulative State in Hungary*, Cham 2020.

schuldung, die das Land auf den internationalen Finanzmärkten vulnerabel machten. Orbáns Regierung entschied daher, kurzen Prozess mit diesen Ausgaben zu machen: Zwar blieben die Renten – auch mit kostspieligen Erhöhungen im Vorfeld von Wahlen – eine wichtige Säule der sozialen Absicherung. Die Frühverrentung, ein Eckpfeiler des eingebetteten Neoliberalismus, wurde hingegen abgeschafft, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe wurden stark gekürzt.¹⁵ Oberste Priorität hatte es nun, Menschen in Arbeit zu bringen. Die Schaffung neuer Jobs geschah anfangs vorrangig durch den massiven Ausbau öffentlicher Arbeitsprogramme, an denen vor allem Geringqualifizierte teilnahmen. Häufig handelte es sich dabei um körperliche Tätigkeiten in der Land- und Forstwirtschaft oder beim Straßenbau, und die Programme waren auf strukturschwache und ländliche Regionen konzentriert. Dort waren in den Spitzenjahren 2014/15 mehr als 20 Prozent aller Arbeitnehmer in solchen Programmen beschäftigt. Als Beschäftigte in öffentlichen Arbeitsprogrammen fielen sie nicht unter das Arbeitsgesetzbuch und verdienten weniger als den Mindestlohn.¹⁶

Die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitskosten wurde auch durch den Abbau kollektiver Arbeitnehmerrechte und die Flexibilisierung des Arbeitskräfteangebots erkaufte. Die Rolle der Gewerkschaften, die schon unter der ersten Fidesz-Regierung 1998–2002 geschwächt worden war, wurde nun nochmals eingeschränkt. 2018 wurde ein von Kritikern „Sklavengesetz“ getauftes Regelwerk zur Flexibilisierung der Arbeitskraft verabschiedet, das es Unternehmen unter anderem ermöglichte, die Anzahl der Überstunden, die sie von den Beschäftigten verlangen können, von 250 auf 400 Stunden pro Jahr zu erhöhen, während die Bezahlung um drei Jahre aufgeschoben werden kann. Weitere Flexibilisierungsmaßnahmen erfolgten unter dem Deckmantel der Covid-19-Pandemie.¹⁷

Weitgehend ausgenommen von den Kürzungen der Sozialleistungen blieb die Familienpolitik. Ungarn gehört weiterhin zu jenen EU-Ländern, in denen vergleichsweise viel Geld für Familienleistungen ausgegeben wird. Diese werden aber häufig mit einer pronatalistischen Agenda verbunden und an die Teilnahme am Arbeitsmarkt und die Erbringung unentgeltlicher Sorgearbeit geknüpft. Diese neu entstandene Gender-Ordnung ist als „Carefare-Regime“ bezeichnet worden, das soziale Leistungen und Rechte für Frauen nicht mehr primär anhand der Erwerbsbiografie vergibt, sondern über das Gebären und Aufziehen von Kindern innerhalb einer heteronormativen Familie.¹⁸

Ein weiterer Baustein des Wirtschaftssystems unter Fidesz ist sein militanter, aber selektiver Wirtschaftsnationalismus. Mit ihm beabsichtigte die Regierung eine stärkere finanzielle Unabhängigkeit von internationalen Finanzmärkten bei gleichzeitiger Ressourcenverteilung zugunsten nationaler Wirtschaftsakteure.¹⁹ Das Land zahlte seine Schulden beim IWF vorzeitig zurück – und drang dann erfolgreich auf die Schließung des Budapester IWF-Büros. Auch ging es auf direkten Konfrontationskurs mit ausländischen Unternehmen. Anstatt jedoch alle ausländischen Unternehmen anzugreifen, wurde zwischen „guten“ und „schlechten“ ADI unterschieden. Gute Direktinvestitionen waren jene in die exportorientierte Industrie, schlechte jene in ausländisch kontrollierte Sektoren, die den heimischen Markt bedienten, vor allem den Banken-, Einzelhandels-, Energie-, Telekommunikations- und Werbesektor. Unternehmen in diesen Sektoren wurden erst mit Sondersteuern überzogen und anschließend teilweise renationalisiert.²⁰

Besonders hart ging die Regierung den Bankensektor an. Der Löwenanteil der Sondersteuern entfiel auf diesen Sektor, die Banken wurden zudem gezwungen, ausstehende private Fremdwährungskredite zu einem zugunsten der Schuldner vom Marktwechsellkurs abweichenden Kurs

¹⁵ Vgl. Dorottya Szikra, *Democracy and Welfare in Hard Times. The Social Policy of the Orbán Government in Hungary Between 2010 and 2014*, in: *Journal of European Social Policy* 5/2014, S. 486–500.

¹⁶ Vgl. ebd.; Bálint Menyhért, *The Labor Market in Hungary, 2000–2025*, <https://wol.iza.org/articles/the-labor-market-in-hungary>.

¹⁷ Vgl. Joachim Becker, *Governing Neo-Nationalism, Trade Unions and Industrial Relations. The Cases of Hungary and Poland*, in: *Transfer: European Review of Labour and Research* 1/2024, S. 51–65.

¹⁸ Vgl. Eva Fodor, *The Gender Regime of Anti-Liberal Hungary*, Cham 2022.

¹⁹ Vgl. Miklós Sebők/Jasper Simons, *How Orbán Won? Neoliberal Disenchantment and the Grand Strategy of Financial Nationalism to Reconstruct Capitalism and Regain Autonomy*, in: *Socio-Economic Review* 4/2022, S. 1625–1651.

²⁰ Vgl. Dorothee Bohle/Béla Greskovits, *Politicising Embedded Neoliberalism. Continuity and Change in Hungary's Development Model*, in: *West European Politics* 5/2019, S. 1069–1093.

umzuwandeln.²¹ Da das Bankengeschäft in Ungarn zunehmend unrentabel wurde, zogen sich einige ausländische Investoren zurück. Mittlerweile ist die Mehrheit der Bankenaktiva im inländischen Besitz, wovon vor allem Fidesz nahestehende Unternehmer profitierten. Diese Banken wurden auch dazu genutzt, bestimmten Unternehmen selektiv Kredite zu gewähren.²²

Neben dem Zurückdrängen ausländischer Investoren war die öffentliche Auftragsvergabe ein weiteres Instrument, mit dem einheimische Unternehmen gezielt gestärkt wurden.²³ Die Fidesz-Regierung nutzte dabei geschickt die Gelder, die bis zur Aussetzung eines Großteils der europäischen Kohäsionsmittel Ende 2022 über die EU-Förderprogramme ins Land flossen. Diese wurden über das öffentliche Auftragswesen in erheblichem Umfang an eine Handvoll Oligarchen verteilt. Der bekannteste von ihnen ist Lőrinc Mészáros, Ungarns reichster Mann, ehemaliger Gasinstallateur und Jugendfreund Viktor Orbáns, dessen Aufstieg maßgeblich auf staatlichen Aufträgen beruht. Ein weiterer prominenter Fall ist István Tiborcz, Orbáns Schwiegersohn, der binnen weniger Jahre mit Aufträgen für öffentliche Beleuchtung ein Vermögen erwarb – das EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF stellte in allen 35 geprüften Ausschreibungen Unregelmäßigkeiten fest – und damit ein Immobilienimperium aufbaute.²⁴ In den vergangenen Jahren haben Investigativjournalisten, NGOs und Wissenschaftler ein breites Korruptionsnetzwerk rund um Viktor Orbán aufgedeckt. Beteiligt waren jedoch auch andere Politiker: So dokumentierte der ungarische Rechnungshof in mehreren Berichten, wie unter György Matolcsy, bis 2025 Präsi-

dent der Nationalbank, Vermögen über die von der Notenbank gegründeten Stiftungen in private Hände floss – unter anderem in Unternehmen, die seinem Sohn nahestanden.²⁵

Aber nicht nur einheimische und/oder politisch vernetzte Unternehmen profitierten von der Wirtschaftspolitik unter Orbán, sondern auch die ausländischen Investoren in der Exportindustrie. Hier hat sich die Förderung unter Fidesz sogar noch intensiviert. Die Investitionsagentur wirbt mit direkten Zuschüssen, Steuervergünstigungen, der Förderung von Ausbildung, Beihilfen und anderen Instrumenten. Die Automobilindustrie ist weiterhin der größte Empfänger der umfangreichsten staatlichen Beihilfepakete.²⁶ Zusätzlich profitieren diese Unternehmen von dem liberalisierten Arbeitszeitgesetz, dem Abbau kollektivvertraglicher Regelungen und steuerlichen Anreizen. Die Fidesz-Regierung entwickelte auch ein neues politisches Instrument namens „strategische Partnerschaft“ mit Großinvestoren, das darauf abzielt, Investitionen, Beschäftigung und Bildung zu fördern und die Beziehungen zu einheimischen Zulieferern zu stärken. Diese Partnerschaften bieten den führenden Investoren und Exporteuren Ungarns mehr Sicherheit und direktere Kontakte zur Regierung.²⁷

Diese Maßnahmen zur Investitionsförderung tragen weiterhin Früchte. Der deutsche Premium-Automobilhersteller BMW hatte 2018 für den Ausbau der Elektromobilität Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro für den Bau eines neuen Werks in Ungarn angekündigt, die sich mittlerweile auf zwei Milliarden Euro belaufen. Kurz zuvor hatte auch Mercedes-Benz den massiven Ausbau seines Werks in Kecskemét angekündigt, unter anderem ebenfalls zur Produktion von Elektrofahrzeugen. Schon seit Mitte der 2010er Jahre verfolgte die Orbán-Regierung das Ziel, zu einem der größten Batterieproduzenten Europas – und damit für die deutsche Automobilindustrie unverzichtbar – zu werden. Auslöser

21 Vgl. Károly Attila Soós, *Tributes Paid Through Special Taxes. Populism and the Displacement of „Aliens“*, in: Magyar Balint/Julia Vasarhelyi (Hrsg.), *Twenty-Five Sides of the Mafia State*, Budapest 2017, S. 259–277; Éva Várhegy, *The Banks of the Mafia State*, in: ebd., S. 295–309.

22 Vgl. Nils Oellerich, *Promoting Domestic Bank Ownership in Central and Eastern Europe. A Case Study of Economic Nationalism and Rent-Seeking in Hungary*, in: *East European Politics* 2/2022, S. 167–187.

23 Vgl. Elizabeth Dávid-Barrett/Mihály Fazekas, *Grand Corruption and Government Change. An Analysis of Partisan Favoritism in Public Procurement*, in: *European Journal on Criminal Policy and Research* 4/2020, S. 411–430.

24 Vgl. European Anti-Fraud Office (OLAF), *Final Report*, Case No. OF/2015/0034/B4, 22. 12. 2017, https://tasz.hu/wp-content/uploads/2024/01/Final_Report_OCM201726804_redacted.pdf.

25 Vgl. Állami Számvevőszék (ÁSZ), *Jelentés. A Pallas Athéné Domus Meriti Apapítvány gaszállkodásával ellenőrzése*, 2025, www.asz.hu/dokumentumok/25035.pdf.

26 Vgl. Gergő Medve-Bálint/Andrea Éltes, *Economic Nationalists, Regional Investment Aid, and the Stability of FDI-Led Growth in East Central Europe*, in: *Journal of European Public Policy* 3/2024, S. 874–899.

27 Vgl. Andrea Éltes/Katalin Antalóczy, *FDI Promotion of the Visegrád Countries in the Era of Global Value Chains*, Institute of World Economics, Working Paper 229, Mai 2017.

dieser Entscheidung war ausgerechnet die EU, die 2014 eine Emissionsobergrenze für die Automobilhersteller festlegte, wodurch der Umstieg auf Elektromobilität beschleunigt werden sollte. Um einen Einbruch in diesem für Ungarn lebenswichtigen Exportsektor zu verhindern, begannen das Außenministerium und die ungarische Investitionsagentur früh damit, sich intensiv um asiatische Großinvestitionen zu bemühen. Die Strategie übertraf alle Erwartungen: Zwischen 2016 und 2025 kündigten 43 asiatische Unternehmen aus der gesamten Batteriebranche Investitionen in Ungarn an, unter ihnen auch die chinesischen Riesen CATL und BYD.²⁸

AUSBLICK

Das ungarische Wirtschaftssystem unter Orbán war insgesamt weniger ein vollständiger Bruch mit dem vorherigen System als vielmehr eine Neujustierung, die auch mit einer Neuverteilung von Ressourcen einherging. Die Grundpfeiler des nach 1989 etablierten Wirtschaftssystems – Neoliberalismus und Abhängigkeit von wenigen, ausländisch kontrollierten Industriezweigen – blieben nicht nur erhalten, sondern wurden sogar vertieft, wobei die wirtschaftspolitische Steuerung zunehmend autoritäre Züge annahm. Was sich veränderte, war die Verteilung von Ressourcen und die soziale Koalition, die das System trug. Über Sondersteuern, Renationalisierung, öffentliche Ausschreibungen und Teilprivatisierungen staatlichen Eigentums wurde ein einheimisches, politisch loyales Unternehmertum geschaffen. Über „Workfare“, Arbeitszeitflexibilisierung, den Abbau kollektivvertraglicher Regelungen sowie die Aushöhlung der sozialen Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungssektor wurden die Kosten dafür wesentlich auf die unteren Einkommenschichten abgewälzt. Die gleichzeitig ins Land fließenden EU-Gelder kamen nicht der breiten Bevölkerung, sondern den politisch loyalen Unternehmen zugute.

Trotz der großzügigen Subventionierung einheimischer und ausländischer Unternehmen ge-

lang Ungarn jedoch kein Ausbrechen aus der abhängigen Entwicklung. Hier unterscheidet es sich von Polen, das unter der rechtskonservativen PiS-Regierung mittels finanzieller Anreize versuchte, die „mittlere Einkommensfalle“ zu überwinden. Im Unterschied zu Ungarn wurden hier auch die Sozialausgaben ausgeweitet und die Mindestlöhne progressiv angehoben.²⁹

Seit der Covid-Pandemie und vor allen Dingen dem russischen Angriff auf die Ukraine ist das ungarische Modell an seine Grenzen gestoßen; hier rächt sich Ungarns Abhängigkeit vom russischen Gas. Zudem führte das zunehmend aggressive Auftreten gegenüber der EU zur Aussetzung eines Großteils der EU-Kohäsionsmittel, auf die das Regime so dringend angewiesen war. Und schließlich schlägt die Krise der deutschen Automobilindustrie ungefiltert auf Ungarn durch. Solange diese im Zeitalter des Verbrennungsmotors verharret, hilft Ungarn die Wette auf die Batterieproduktion wenig.

Die neue Regierung unter Péter Magyar hat die Korruption zu einem Schwerpunktthema ihrer Kampagne gemacht und wird nun versuchen, über eine neu geschaffene Behörde einen Teil der abgeflossenen Vermögen zurückzuholen. Es ist allerdings zweifelhaft, ob der politische Wille dafür ausreicht – und selbst mit politischem Willen wird es schwierig sein, das Geld tatsächlich zurückzubekommen. Gleichzeitig ist offen, inwieweit die neue Regierung bereit ist, von den Grundsätzen des (in Teilen autoritären) Neoliberalismus – niedrige Körperschaftssteuer, liberalisiertes Arbeitsrecht, geschwächte Gewerkschaften, arg reduzierte Sozialpolitik, ultrakonservative Familienpolitik, Subventionierung ausländischer Investitionen – abzuweichen. Gerade in Zeiten klammer Haushalte, einer Konstante im ungarischen Wirtschaftssystem, wird eine grundlegende Umorientierung des Wirtschaftssystems hin zu einer wirklichen sozialen Einbettung kein einfacher Weg sein.

²⁸ Vgl. David Karas, *Orbán Unplugged: How a Battery Boom Backfired on Illiberalism*, 1.5.2025, <https://thedirigiste.substack.com/p/orban-unplugged-how-a-lithium-battery>.

²⁹ Vgl. Marek Naczyk/Edgars Eihmanis, *Populist Party-Producer Group Alliances and Divergent Developmentalist Politics of Minimum Wages in Poland and Hungary*, in: *Competition & Change* 3–4/2025, S. 419–436.

DOROTHEE BOHLE

ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie forscht zur politischen Ökonomie Osteuropas.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. Oktober 2026

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Baran Korkmaz
Johannes Piepenbrink
Peer Morten Prüve (Volontär)
Isabel Röder
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
43–45/2026, 17. Oktober 2026

POLITISCHE
BILDUNG



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz